

Monika Tantzscher

Maßnahme »Donau«
und
Einsatz »Genesung«.

Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69
im Spiegel der MfS-Akten

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Monika Tantzscher: Maßnahme »Donau« und Einsatz »Genesung«. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten (Analysen und Berichte, Reihe B, Nr. 1/1998)

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-2012092402>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifizier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
Postfach 218
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr: 5,00 €

2. Auflage, Berlin 1998

urn:nbn:de:0292-2012092402

Inhalt

Vorbemerkung	1
I. Das MfS und die ersten Risse im "sozialistischen Lager"	3
Exkurs: Die Operativgruppen des MfS in anderen Ostblockstaaten	7
II. Systematischer Überblick	12
1. Beteiligte Dienstleistungen des MfS	12
2. Die wichtigsten Befehle und Anordnungen	15
III. Abriß der Ereignisse in der Tschechoslowakei aus der Sicht des MfS	19
1. Das MfS im Vorfeld der militärischen Invasion	19
2. Der 21. August 1968	30
3. Das Ende der Ära Dubcek	32
4. Die "Normalisierung"	48
IV. Schlußbemerkung	52
V. Dokumentenverzeichnis	55

Vorbemerkung

Die Unterdrückung des Prager Frühlings zerstörte die Loyalität vieler Menschen im kommunistischen Machtbereich gegenüber dem "sozialistischen Gesellschaftssystem", die bis dahin an seine Reformierbarkeit geglaubt und auf einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" gehofft hatten¹. Die DDR-Führung hat im Interesse der Absicherung ihres Regimes daran aktiv Anteil genommen (wenn es auch inzwischen als sehr unwahrscheinlich gelten muß, daß Verbände der NVA unmittelbar am Einmarsch beteiligt gewesen sind). Im folgenden Beitrag wird auf Bitte der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages der spezifische Beitrag des Ministeriums für Staatssicherheit an dieser repressiven und antireformerischen Politik und seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des tschechoslowakischen Nachbarlandes herausgearbeitet.

Auf drei Probleme muß in diesem Zusammenhang vorab hingewiesen werden: Erstens handelt es sich nur um einen Teilaspekt der Politik der DDR gegenüber der Tschechoslowakei in jenen Jahren. Weitgehend unberücksichtigt bleibt die Rolle der SED-Führung und anderer staatlicher Institutionen wie des Nationalen Verteidigungsrates und des Außenministeriums. So kann es sich auf diesen Seiten nur darum handeln, zu einer noch ausstehenden Gesamtanalyse beizutragen. Zweitens sind die osteuropäischen Geheimdienste noch wenig erforscht. Das MfS ist das einzige Glied aus jener zerfallenen Kette von "Bruderorganen", dessen Hinterlassenschaft der zeitgeschichtlichen Forschung fast uneingeschränkt offen steht. Gerade bei der Aktion gegen die Tschechoslowakei aber handelte es sich um ein "Kooperationsprojekt", das sich in allen Facetten erst dann abschließend darstellen und beurteilen läßt, wenn die Archive der anderen Geheimdienste ebenso wie die der kommunistischen Parteien und Regierungen, insbesondere natürlich der ehemaligen CSSR, gleichermaßen herangezogen werden können. Und drittens konnten auch die Archivalien des MfS nicht vollständig ausgewertet werden. Zum einen weist die Hinterlassenschaft der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) außerordentlich große Lücken auf - Spuren der HV A konnten dennoch gefunden werden. Zum anderen sind auch die vorhandenen Bestände derzeit nicht vollständig erschlossen. Es kann deshalb nur ein Ausschnitt eines Gesamtbildes offeriert werden, dessen Konturen sich nun abzeichnen. Die ausgewerteten Archivalien stammen überwiegend aus den Beständen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), bei der die Berichte sämtlicher Dienstseinheiten des MfS zusammengefloßen sind, und des Sekretariats des Ministers (SdM).

Das Kernstück der vorliegenden Arbeit bildet die Darstellung der Ereignisse in der Tschechoslowakei 1968/69 und der damit verknüpften Stasi-Aktivitäten im Spiegel der MfS-Akten.

¹ Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993, S. 370 und 481 f.

Hinzugezogen wurden außerdem Dokumente aus dem ehemaligen SED-Archiv, heute Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO, Zentrales Parteiarchiv ZPA).

Zu Beginn wird die politische Situation jener Jahre - die beginnende Entspannungspolitik - kurz erwähnt, um den Hintergrund, vor dem die Aktivitäten des MfS zu sehen sind, in Erinnerung zu rufen. Um den institutionellen Rahmen wenigstens anzudeuten, wurde dann im ersten Teil der Versuch unternommen, einige Aspekte der grenzüberschreitenden Tätigkeit des MfS in anderen Ostblockländern zu skizzieren. Jene Abteilungen des MfS, die in der anschließenden Schilderung des Ablaufs der Geschehnisse immer wieder erwähnt werden, sollen zudem - um das Verständnis zu erleichtern - mit ihrer spezifischen Aufgabenstellung vorgestellt werden. Und schließlich werden die wichtigsten Befehle referiert, die die Spitze des Ministeriums für Staatssicherheit in diesem Zusammenhang erlassen hat. Der größte Teil dieser Arbeit bezieht sich auf die chronologisch gegliederten Darstellung der Reaktion des MfS auf jene Entwicklungen, die es zuerst mißtrauisch beäugte, um dann - vor allem nach der Intervention der Warschauer Paktstaaten - zum aktiven Mithelfer bei der Restauration der alten Verhältnisse zu werden.

Das Dokumentenverzeichnis enthält neben den wichtigsten Befehlen und Weisungen bislang unveröffentlichtes Material über die Kulminationspunkte des Geschehens, Arbeitsdokumente des MfS und einzelne Papiere aus den Beständen des Ministerium des Innern (Mdi) der DDR.

I. Das MfS und die ersten Risse im "sozialistischen Lager"

"Inoffiziell erlangt

Am 04.08.1969 äußerte Genosse Molnar, daß Genosse Minister Pelnar zu verstehen gegeben habe (ich weiß nicht, wem gegenüber), daß er über die bevorstehenden Verhandlungen mit dem Minister für Staatssicherheit der DDR, Genossen Mielke, nicht allzu begeistert sei. Er hat sich angeblich in dem Sinne geäußert, was er mit ihm eigentlich erörtern wird, und daß das 'wieder ein mehrstündiger Vortrag bzw. eine Schulung wird'.²

Nicht erst nach der "Hilfsaktion" der Warschauer Paktstaaten in der CSSR, als es galt, den tschechoslowakischen Sicherheitsdienst neu aufzubauen und zu disziplinieren, haben die Kader des MfS sich als "Zeigefinger-Deutsche"³ aufgespielt. Sie kamen schließlich aus einem Staat, dessen Führung schon aufgrund seiner fragilen geopolitischen und "halbnationalen" Existenzbedingungen der Staatssicherheit große Aufmerksamkeit widmete, ein Staat, der aber zugleich wegen seiner besonders engen Beziehungen zur Blockführungsmacht und aus wirtschaftlichen Gründen als "Musterknabe" im sozialistischen Lager galt.

Die SED-Führung sah die Stabilität der DDR stets in engem Zusammenhang mit der Sicherung der sozialistischen Staatengemeinschaft. Entsprechend formulierte das MfS sein Selbstverständnis. In einem sogenannten "Material zur politisch-operativen Lage" vom November 1965, das für Verhandlungen mit den Sicherheitsorganen der CSSR erarbeitet wurde, heißt es: "Das MfS ist bemüht, in seiner gesamten Tätigkeit den Aufgaben gerecht zu werden, die sich ergeben aus der internationalen Lage/Veränderung des Kräfteverhältnisses und seiner Auswirkungen." Zu den Grundaufgaben zähle "die Sicherung der DDR und entsprechend unseren Möglichkeiten auch anderer sozialistischer Länder vor feindlichen Anschlägen"⁴.

In der Tat war für kein anderes Ostblockland der Zusammenhalt des sozialistischen Staatenbündnisses von so existentieller Bedeutung wie für die DDR. Das war vor allem bedingt durch den diesem System eigenen Legitimationsmangel, verstärkt durch die Teilung der Nation; weiter durch die auch nach dem 13. August 1961 anhaltende Abwanderung Deutscher von Ost nach West; und schließlich die - aus SED-Sicht - "ideologische Infiltration" durch die Westmedien, von keiner Sprachbarriere gehemmt. Die Bundesrepublik Deutschland als "Feind Nummer Eins" konnte den anderen Ostblockländern nicht in gleicher Weise als Existenzbedrohung erscheinen. Dort erhoffte man sich im Gegenteil von einer neuen

² Inoffizielle Information der Abteilung X an Erich Mielke vom 6. August 1969, Übersetzung aus dem Tschechischen; Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Zentralarchiv (ZA), Sekretariat des Ministers (SdM) 1435, Bl. 506. - Die Schreibweise der slawischen Namen weicht hier und in einigen weiteren Zitaten, um die Authentizität zu wahren, von der sonst üblichen lautgetreuen Transkription ab.

³ ZAIG, "Bericht über Meinungsäußerungen aus Kreisen vorwiegend mittlerer leitender KPC-Funktionäre sowie aus Kreisen der CSSR zur Entwicklung in der CSSR", Ende Juni 1968; BStU, ZA, ZAIG 5404, Bl. 18.

⁴ BStU, ZA, ZAIG 5200, Bl. 4 und 5.

Ostpolitik, die zunächst zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien führte, vorteilhafte Handelsbeziehungen und für die Modernisierung der Wirtschaft dringend notwendige Kredite.

Eine Folge dieser unterschiedlichen Interessenlage war, daß der am 17. März 1967 zwischen der CSSR und der DDR geschlossene Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand - aus Sicht der SED-Führung - in der Praxis unterlaufen wurde. Mit diesem Vertrag sollte die CSSR zu einem blockkonformen außenpolitischen Kurs gegenüber der Bundesrepublik verpflichtet werden. In einer internen Information für das ZK der SED vom 20. Februar 1968 aber heißt es:

"Die CSSR ist zu einer laufenden Abstimmung der Politik gegenüber Westdeutschland bereit, unternimmt aber z. T. in der praktischen Politik von der vereinbarten Linie abweichende Schritte (Vereinbarung mit Westdeutschland über die Errichtung von Handelsvertretungen, Haltung gegenüber Westberlin in einigen Fragen). Richtige Einschätzungen der westdeutschen Politik und ihre konkreten taktischen Erscheinungsformen, die seitens der führenden tschechoslowakischen Genossen und in Konsultationen mit anderen sozialistischen Staaten herausgearbeitet werden, werden häufig nur ungenügend oder zu langsam von einer Reihe mittlerer Funktionäre übernommen bzw. für ihre speziellen Aufgabenbereiche präzisiert. Das führt z. B. auch dazu, daß in der tschechoslowakischen Presse oberflächliche, z. T. dem Klassenstandpunkt entgegengesetzte bzw. stark voneinander abweichende, falsche Einschätzungen oder Darstellungen zu den gleichen politischen Ereignissen in Westdeutschland gegeben werden."⁵

Damit das Feindbild nicht verblaßte, nutzte das MfS seine Verbindungen zum tschechoslowakischen "Bruderorgan" bei Arbeitstreffen und beim Austausch von "politisch-operativen Informationen", um beherrschend Einfluß zu nehmen. Das "Hauptziel der Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands", heißt es in dem bereits erwähnten Arbeitspapier für die Sicherheitsorgane der CSSR, ist die "Restaurierung der Herrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus vorerst in den Grenzen des ehemaligen deutschen Reiches von 1937. Darüber hinaus Gebietsansprüche an die CSSR unter dem Deckmantel des sog. Rechts auf Heimat". Die erste Etappe sei der "Versuch einer Liquidierung der DDR, dann Grenzrevision gegenüber Polen und der CSSR" und schließlich die "Liquidierung des gesamten sozialistischen Lagers". Eine Variante der Bonner Militärstrategie sei auch "nach uns vorliegenden Unterlagen [...] ein lokaler oder begrenzter Krieg (gegen die DDR oder nur

⁵ "Information zur Politik der KPTsch und der CSSR" vom 20. Februar 1968; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), Zentrales Parteiarhiv (ZPA), J V 2/202-292, Band 1, S. 9. Die Autorenschaft geht aus dem Papier nicht hervor.

einige sozialistische Staaten - besonders Polen und die CSSR -) unter der Heraushaltung der Großmächte"⁶.

Diese Art politischer Agitation war eine Spezialität des MfS - nicht nur gegenüber der CSSR. Die Geheimdienste der anderen sozialistischen Länder verwandten darauf, so steht zu vermuten, weniger Energie. Darauf verweist beispielsweise eine "Aufstellung über den Informationsaustausch mit der VR Ungarn in der Zeit von 1963 - Mai 1967". Danach gingen vom MfS insgesamt 168 "politisch-operative Informationen" an die Ungarn, während von ungarischer Seite keine einzige derartige "Information" geliefert wurde⁷. Abgesehen von verbalen Beeinflussungsversuchen lassen sich jedoch vor den Ereignissen in der CSSR 1968/69 - bisher zumindest - keine Aktivitäten des MfS nachweisen, die den Charakter einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Ostblockländer gehabt hätten. Hatte das MfS bis dahin seine Kräfte an zwei Fronten konzentriert - gegen die politische Opposition im Innern und den "imperialistischen Feind" von außen - so eröffnete es 1968 eine dritte Front, die gegen die "revisionistischen" und "rechtsopportunistischen" Reformbemühungen bei den eigenen Bündnispartnern gerichtet war.

In Studienmaterialien des MfS zur Geschichte der Staatssicherheit wurde nachträglich der "Schutz der sozialistischen Errungenschaften der CSSR" im Jahre 1968 als eine "Kernfrage der Gewährleistung der Sicherheit der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft, des Schutzes der Souveränität der DDR und der Gewährleistung der Sicherheit in ganz Europa" bezeichnet. Den Geheimdiensten wurde dabei eine wesentliche Rolle zugeschrieben:

"Bei der Erfüllung der sich daraus ergebenden internationalistischen Verpflichtungen hatten die Staatssicherheitsorgane der Bruderländer einen hohen Beitrag zu leisten. Die Hauptlast brüderlicher Hilfe trugen die Tschechen der UdSSR."⁸

Bestimmt wurde ihr Vorgehen von den herrschenden kommunistischen Parteien. Die Sicht der SED-Führung auf die Entwicklung in der CSSR bringt ein von Walter Ulbricht unterzeichnetes Schreiben des Politbüros der SED an Leonid Breschnew vom 10. September 1968 - unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Staatssicherheit - zusammenfassend zum Ausdruck:

"Das Charakteristische der Entwicklung in der CSSR sehen wir darin, daß es den von den imperialistischen Kräften gelenkten Kräften der Konterrevolution gelungen war, durch Beherrschung der Massenmedien unter der Losung der 'Freiheit' entscheidende Positionen in der Partei- und Staatsführung in ihre Hände zu bekommen. Durch Beherrschung der Massenmedien und durch ein breites Netz von Kontakten mit den imperia-

⁶ BStU, ZA, ZAIG 5200, Bl. 17 f.

⁷ BStU, ZA, SdM 1435, Bl. 307.

⁸ Juristische Hochschule (JHS), Fachschulstudium Rechtswissenschaft, Geschichte, Studienmaterial Teil IV (1966-1970), VVS MfS JHS-Nr. 136/80; BStU, ZA, SA 553/IV a, S. 120.

listischen Kräften Westdeutschlands und Frankreichs sowie durch die Beherrschung wichtiger Positionen im Staatsapparat und in Institutionen durch die antisozialistischen Kräfte gewann die Westorientierung die Vorherrschaft. Das entsprach der Globalstrategie der USA und der 'neuen Ostpolitik' der Bonner Regierung und der Konzeption von de Gaulle. [...]

Angesichts des tiefen Eindringens der kapitalistischen Ideologie in der CSSR und der unübersehbaren Kontakte und vielfachen Formen der Zusammenarbeit ist es notwendig, daß die Westkontakte tschechoslowakischer Funktionäre und Intellektueller sowie der Führungen der kleinbürgerlichen Parteien, ferner die Westtransporte an der Grenze systematisch kontrolliert werden. Es wäre die Aufgabe von tschechisch sprechenden Mitarbeitern der Staatssicherheitsorgane unserer Länder, in Prag und an der Grenze an diesen Kontrollen teilzunehmen.

Der Westverkehr der Leitung der Akademie der Wissenschaften in der CSSR und der Studentenaustausch mit westdeutschen und französischen Hochschulen und Universitäten sollte unter Kontrolle genommen bzw. aufgehoben werden. Der Reiseverkehr westdeutscher Journalisten und Filmteams, die der Spionage in der CSSR dienen, ist aufgrund des neuen Pressegesetzes zu unterbinden. Die Zentren der Westverbindungen wie zum Beispiel das Institut von Snejdarek⁹ und das Institut von Sik¹⁰ sowie die Filmzentrale von Barrandov und das Büro des Schriftstellerverbandes sollten durch tschechoslowakische Funktionäre gesäubert werden.

Wir sind also der Meinung, daß die tschechoslowakischen Genossen veranlaßt werden sollen, mit Hilfe tschechisch und slowakisch sprechender Genossen unserer Staaten in der CSSR die notwendigen Methoden der Kontrolle einzuführen."¹¹

Der Einmarsch der verbündeten Truppen und die Moskauer Verhandlungen vom 23. bis zum 27. August 1968 hatten nicht das erwartete Ergebnis gezeitigt. Die Probleme, vor denen in der Phase nach dem Einmarsch die Warschauer Paktstaaten standen, waren mit militärischen und diplomatischen Mitteln allein nicht zu lösen. Andere Methoden waren jetzt gefragt, um das Machtzentrum in Prag neu zu besetzen, die Reformkräfte aus allen wichtigen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen zu entfernen und die Einflußmöglichkeiten des Westens in der CSSR auszuschalten. Darauf wird zurückzukommen sein.

⁹ Das Prager Institut für Internationale Politik.

¹⁰ Das Ökonomische Institut der Akademie der Wissenschaften in Prag.

¹¹ SAPMO, ZPA, J IV 2/202-299, S. 2-4.

Exkurs: Die Operativgruppen des MfS in anderen Ostblockstaaten

Wie das MfS mit seinen spezifischen Mitteln zum Werk der fünf Warschauer Paktstaaten beigetragen hat und an welchen Maßnahmen es vor der Invasion beteiligt war, soll in den folgenden Kapiteln dargestellt werden. Zuvor jedoch gilt es, einige Aspekte der grenzüberschreitenden Tätigkeit des MfS in den anderen Ostblockländern zu skizzieren. Dies kann aus den einleitend genannten Gründen nur in Form einer allgemeinen Charakteristik geschehen.

Das MfS verfügte in den Ostblockländern über eigene Diensteinheiten als Vertretungen, die auf der Grundlage von zwischenstaatlichen Vereinbarungen agierten und entsprechend ihrer jeweiligen Linie¹² eingesetzt waren. Neben der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) wirkten dort vorwiegend die Linie II (Spionageabwehr, Kontrolle ausländischer Botschaften, Sicherung der DDR-Auslandsvertretungen, innere Sicherheit im MfS, Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen des Gastgeberlandes u. a.) und die Linie VI (Paßkontrolle, Fahndungen an Grenzübergängen, Sicherung In- und Auslandstourismus und vor allem Verhinderung von "Republikflucht").

Als Leitzentren für die im Lande wirkenden Diensteinheiten des MfS fungierten in diesen Ländern - mit Ausnahme von Rumänien - sogenannte Operativgruppen (OG). Es gab sie in der UdSSR in Moskau (Hauptsitz), Leningrad und Kiew, in der Volksrepublik Ungarn in Budapest (Hauptsitz), Siofok, Balatonfüred und Kestenely, in der Volksrepublik Bulgarien in Sofia (ab Mitte der achtziger Jahre Hauptsitz), Varna (zuvor Hauptsitz) und Burgas, in Polen in Warschau (Hauptsitz), Gdansk, Szczecin, Wrocław und Katowice und in der CSSR in Prag (Hauptsitz), Bratislava und Karlovy Vary.

Unterlagen über die Operativgruppen in der CSSR Ende der sechziger Jahre wurden bisher nur vereinzelt aufgefunden¹³. Um sich dennoch eine Vorstellung von ihren Aufgaben zu machen, muß man auf Vereinbarungen, Redekonzeptionen, Arbeitspläne von Operativgruppen des MfS in anderen sozialistischen Staaten zurückgreifen - wohl wissend, daß dies nicht mehr als eine heuristische Hilfe sein kann.

Die Operativgruppen arbeiteten auf der Grundlage von Befehlen und Weisungen des Ministers, seiner Stellvertreter, der Leiter der delegierenden Diensteinheiten und des Leiters der Abteilung X. Letztere koordinierte die Zusammenarbeit und die Beziehungen der Dienst-

¹² Der Begriff in "Linie" bezeichnet Diensteinheiten mit spezifischem Aufgabenbereich, verkörpert durch die Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen des MfS auf oberster Ebene, die ihre Ableger mit analogen Funktionen in den Bezirksverwaltungen hatten.

¹³ Ihre Existenz geht z. B. aus der Notiz des Leiters der Abteilung X, Oberstleutnant Damm, über ein Telefongespräch mit dem "Leiter der Operativ-Gruppe in Prag, Genossen Oberleutnant Dorfmeister" vom 2. April 1969 hervor. Dorfmeister war Angehöriger der Hauptabteilung (HA) X. Die insgesamt vier Exemplare dieser Mitteilung gingen an Mielke, seinen Vertreter Beater, an die ZAIG und an die Abteilung X. Vgl. BStU, ZA, SdM 1436, Bl. 146 f. - Eine Reihe von Mitteilungen der Operativgruppe (OG) Prag an die Abteilung X in Berlin aus dem Jahre 1970 belegt, daß diese die Vermittlungsinstanz für Meldungen über bei einem Aufenthalt in der CSSR "auffällig" gewordene DDR-Bürger war. Vgl. BStU, ZA, AP 6584/84.

heiten des MfS zu den Sicherheitsorganen der Ostblockländer und sicherte den für die Leiter der OG erforderlichen Informationsfluß. Die Federführung für die praktische Arbeit der Operativgruppen lag bei der HV A, der Hauptabteilung II, Abteilung 10 (HA II/10) und der HA VI/2.

Konzeptionen zu Gesprächen Mielkes mit dem bulgarischen Sicherheitsminister ist zu entnehmen, daß bei regelmäßig stattfindenden Konsultationen aktuelle Aufgabenstellungen zwischen den beiden Sicherheitsdiensten festgelegt wurden¹⁴. Akten aus späteren Jahren, über die Operativgruppe (OG) Warschau von 1980 und über die Operativgruppe Moskau von 1985, geben Einblick in konkrete Aufgabenstellungen¹⁵. Dort werden genannt:

- die Abwehrarbeit an den Botschaften (Überprüfung der Kontakte der Leiter und Mitarbeiter der Botschaft, Überwachung der Freizeitbereiche von Geheimnisträgern, Gewährleistung des Schutzes von Staats- und Dienstgeheimnissen, Kontrolle der ausländischen Arbeitskräfte);
- die abwehrmäßige Sicherung aller anderen Auslandsvertretungen der DDR und die Zusammenarbeit mit den Auslandsvertretungen zur Informationsgewinnung und Sicherstellung operativer Maßnahmen;
- die Anleitung der Inoffiziellen Mitarbeiter durch Führungsoffiziere;
- die Einleitung Operativer Personenkontrollen (OPK) und Operativer Vorgänge (OV) bei entsprechenden Hinweisen;
- die Bestimmung von Schwerpunktbereichen und funktionellen Schwerpunkten;
- die Gewinnung von "Quellen" und der Ausbau operativer Kontakte in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen;
- die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen des Landes (in Abstimmung mit der Abteilung X);
- die Koordinierung und Abstimmung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Linien des MfS;
- die materiell-technische und operativ-technische Sicherstellung.

Die "politisch-operative Zuständigkeit" der Operativgruppen erstreckte sich im übrigen auf alle DDR-Bürger, die sich in dem betreffenden Land aufhielten.

Aus einer "Übersicht über die in der Operativgruppe Moskau tätigen MfS-Mitarbeiter" vom 26. Februar 1986 geht hervor, daß die dortige MfS-Residentur bereits seit 1954 existierte¹⁶.

¹⁴ Vgl. "Kurzbericht über die Verhandlungen von Delegationen des MfS der DDR und des KfS der VR Bulgarien vom 5.-9. Juni 1967 in Sofia"; BStU, ZA, SdM 1435, Bl. 495 ff. "Hinweise für ein Gespräch des Genossen Minister mit führenden Vertretern der bulgarischen Sicherheitsorgane am 26. Januar 1970"; ebenda, SdM 1436, Bl. 35 f.

¹⁵ Vgl. "Angaben zum Umfang und den Ergebnissen der politisch-operativen Arbeit" der OG Warschau; BStU, ZA, HA II/10 279, Bl. 37 f. "Schwerpunktaufgaben der HA II/10-OG Moskau" vom 2. April 1985; ebenda, Bl. 198 f.

¹⁶ Ebenda, Bl. 200-204.

Die OG Moskau beschäftigte ca. 30 hauptamtliche Mitarbeiter, die in der Regel alle vier Jahre ausgewechselt wurden. Dieser Übersicht kann man auch entnehmen, daß neben der federführenden Linie II/10 die Linie XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft, RGW, Genehmigung von Auslandsdienstreisen u. a.) und die Linie I (Nationale Volksarmee, Grenztruppen, Militärattaché-Apparat) mit einem festen Mitarbeiterstamm vertreten waren.

Da der Schwerpunkt der Tätigkeit des MfS in Ländern wie Bulgarien, Ungarn und der CSSR auf der Verhinderung von Republikflucht, der Sicherung des Reise- und Touristenverkehrs der DDR und der Sicherung der Auslandskader der Reisebüros lag, war dort die HA VI die wichtigste, federführende Linie. Anders war das in Polen und in der Sowjetunion, wo die Operativgruppen der HA II, d. h. der Abwehr im engeren Sinne, unterstellt waren¹⁷.

Die Diensteinheiten der jeweiligen Linien steuerten ein weit verzweigtes IM-Netz in den betreffenden Ländern, das sich vorwiegend aus langfristig oder häufig im Ausland weilenden DDR-Bürgern bzw. aus DDR-Bürgern rekrutierte, die dort ihren ständigen Wohnsitz hatten. Die verschiedensten Berufsgruppen waren vertreten: Journalisten, Künstler, Gastronomen, technisches Fachpersonal und Studenten. Ihre Auswahl erfolgte unter Nutzung der Personendatenbank des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und der Konsularabteilungen der Botschaften der DDR. In Abstimmung mit der Abteilung X des MfS, die für die offizielle Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst des jeweiligen Gastlandes zuständig war, konnten auch dessen Bürger als Inoffizielle Mitarbeiter angeworben werden. Ebenso war eine zeitweilige Übergabe und Nutzung der inoffiziellen Quellen an die anderen Sicherheitsorgane möglich. Die Modalitäten waren zwischen den Ländern vertraglich geregelt.

Analog zu dem ständig größer werdenden Staatssicherheitsapparat innerhalb der DDR weiteten sich die Aktivitäten des MfS im Ausland aus. Das galt auch für die Ostblockländer. Die Ereignisse in der CSSR haben dazu wesentlich beigetragen. Das MfS beschränkte sich immer weniger auf die in das Aufgabengebiet der HV A fallende Aufklärung und Ausschaltung westlicher Geheimdienste auf dem Territorium dieser Länder. Zunehmend wurde das sozialistische Ausland als Sprungbrett für die operative Tätigkeit der HV A im Westen genutzt. Das in mangelnder demokratischer Legitimation begründete, übersteigerte Sicherheitsbedürfnis der DDR-Führung - und vielleicht auch innerbürokratische Konkurrenz - führte zu Doppelarbeit. So übernahm die HV A zum Teil dieselben nachrichtendienstlichen Aufgaben wie die HA II, ähnlich der Zweigleisigkeit der HV A und der Aufklärung der Nationalen Volksarmee. Mit der Zunahme der innenpolitischen Probleme in den anderen Ostblockländern wurde die HV A auch zur Bekämpfung der "politisch-ideologischen Diversion" eingesetzt¹⁸. Hinzu kam

¹⁷ Erst mit dem Befehl des Ministers Nr. 13/89 vom 14. Juli 1989 wurden sämtliche Operativgruppen in den Ostblockländern und die Verbindungsoffiziere der einheitlichen Leitung der HA II unterstellt.

¹⁸ Vgl. Peter Richter/Klaus Rösler: Wolfs West-Spione. Ein Insider-Report. Berlin 1992, S. 71 f.

die sich überschneidende Abwehrarbeit aller übrigen im Ausland tätigen Linien, zunehmend auch der Linie XX¹⁹.

Bilaterale und multilaterale Abkommen regelten die Zusammenarbeit der "Bruderorgane" und das Zusammenwirken der verschiedenen Ministerien²⁰. So unterhielten die Sicherheitsorgane der Ostblockstaaten ständige Arbeitskontakte zur HV A und zu den Diensteinheiten der erwähnten Linien II, VI, I, XVIII, XX sowie zu den Linien

- VII (Volkspolizei und Strafvollzug, operative Arbeit in VP-Grenztruppen);
- VIII (Sicherung und Kontrolle der Transitwege, Observation von Personen im Zusammenhang mit der Bearbeitung operativer Vorgänge, Beobachtungen im Rahmen der politischen Untergrundtätigkeit);
- IX (Bearbeitung von Ermittlungsverfahren in der Zuständigkeit des MfS, Zusammenarbeit mit den Untersuchungsorganen sozialistischer Länder, insbesondere im Zusammenhang mit "ungesetzlichen Verbindungsaufnahmen" und Versuchen "ungesetzlichen Verlassens der DDR" u. a.);
- XII (Führung der Zentralen Personendatenbanken, Nachweisführung und Archivierung registrierter Aktenvorgänge);
- der Abteilung N (Nachrichtenkommunikation des MfS, Sicherung der Regierungsnachrichtenverbindung); und zum
- operativ-technischen Sektor.

Verbindungsoffiziere hielten den Kontakt aufrecht und nahmen im Bedarfsfall auch Arbeitskontakte zu den Diensteinheiten weiterer, hier nicht aufgeführter Linien, auf. Die offizielle Zusammenarbeit schloß u. a. ein:

- die Teilnahme an der Vorbereitung und die Durchführung von Arbeitstreffen auf Minister- oder Linienebene;
- die Teilnahme an der Planung und Durchführung gemeinsamer operativer Maßnahmen;
- die Gewährung gegenseitiger Hilfe in der operativen Arbeit und konkreter Hilfe für die eigenen Diensteinheiten;
- den Austausch von Aufklärungsergebnissen, operativen Materialien, Mustern operativer Technik, einschlägiger Archiv- und Lehrmaterialien;

¹⁹ Die HA XX war u. a. zuständig für die Sicherung von zentralen Organen und Einrichtungen des Staatsapparates, vor allem auch für die Bekämpfung der "politisch-ideologischen Diversion" und "politischer Untergrundtätigkeit".

²⁰ Vgl. "Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und dem Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" (Entwurf, 28. November 1973); BStU, ZA, SdM 423, Bl. 182-192. "Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium der Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Innere Angelegenheiten der VR Polen" (Entwurf, 16. Mai 1974); BStU, ZA, ZAIG 5627 a, Bl. 19-29.

- die gegenseitige Unterstützung bei der Aufklärung konkreter Formen der Feindtätigkeit, der Fahndung und Personenkontrolle;
- die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechtshilfe;
- die Gewährleistung der Sicherheit der eigenen Staatsbürger im jeweiligen Land;
- die Sicherung der Konspiration.

Rechtshilfeabkommen regelten die gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit bei der Aufdeckung von Straftaten und der Durchführung von Strafverfahren, die nach den innerstaatlichen Bestimmungen jeder Seite in die Zuständigkeit der Staatssicherheitsorgane fielen²¹. So waren die Innenministerien der Volksrepubliken vertraglich verpflichtet, DDR-Bürger, die versuchten, über deren Grenzen in den Westen zu gelangen, nebst ihren Fluchthelfern festzunehmen und strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Sie wurden dabei von den Operativgruppen des MfS und Mitarbeitern der Linie IX bei den Justizorganen unterstützt, die bei Bedarf verstärkt wurden. Beispielsweise entsandte das MfS in der Urlaubssaison zusätzliche "Beobachtungsbrigaden", die speziell die Kontaktaufnahme von DDR-Bürgern zu westlichen Ausländern bzw. BRD-Bürgern kontrollierten²².

Das MfS war aber auch an inoffiziellen Informationen aus dem politischen Machtapparat interessiert. Es existiert eine Reihe von Informationen über Aktivitäten der tschechoslowakischen Führung²³, die als "inoffiziell erlangt" deklariert wurden. Im Jahre 1969 informierte sich das MfS sogar - aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf offiziellem Weg - über den Verlauf der bilateralen Verhandlungen zwischen den Sicherheitsorganen der CSSR und dem KGB²⁴.

Die Präsenz des MfS in den anderen Ostblockländern schuf die Voraussetzung dafür, daß in Krisensituationen - wie in geringerem Maße schon 1968/69 in der CSSR und stärker noch ein Jahrzehnt später in Polen - die indirekte Einflußnahme auf innenpolitische Entwicklungen möglich war.

²¹ Vgl. "Vereinbarung zwischen dem Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik über die Verfahrensweise zur Verwirklichung gegenseitiger Rechtshilfe und Zusammenarbeit bei der Durchführung von Strafverfahren, die in die Zuständigkeit der Organe für Staatssicherheit fallen" vom 26. Juni 1975; BStU, ZA, SdM 424, Bl. 24-32. Durch diese Vereinbarung wurde ein älterer Rechtshilfevertrag vom 28. November 1957 abgelöst.

²² "Hinweise zur politisch-operativen Lage" (für Verhandlungen mit den Sicherheitsorganen der Ungarischen Volksrepublik) vom Mai 1967; BStU, ZA, SdM 1435, Bl. 285-286.

²³ In: BStU, ZA, SdM 1437, Bl. 238 ff.. Es handelt sich dabei um Berichte zu Verhandlungen zwischen dem tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienst und den analogen Diensten anderer Ostblockländer aus den Jahren 1969 und 1970.

²⁴ Vgl. Schreiben des Staatssekretärs im MdI der CSSR, Jan Majer, an Gustav Husak vom 19. Oktober 1969 mit Vermerk: "Übersetzung aus dem Tschechischen", "Inoffiziell erlangt", "Streng geheim von besonderer Wichtigkeit"; BStU, ZA, SdM 1435, Bl. 500-503.

II. Systematischer Überblick

1. Beteiligte Dienststeinheiten des MfS

Die Schilderung der Operativgruppen hat bereits gezeigt, daß das MfS seine Aktivitäten im befreundeten Ausland arbeitsteilig anging. Das war im Fall der Aktion gegen die Tschechoslowakei 1968/69 nicht anders. Verschiedene Abteilungen waren daran beteiligt. Die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) hatte während der Vorbereitungsphase auf die militärische Invasion vorrangig die Aufgabe, die mögliche Reaktion des Westens zu erkunden. In dem genannten internen Studienmaterial des MfS wird das folgendermaßen beschrieben:

"Das MfS hatte alle seine Kräfte einzusetzen, um die gegen die CSSR gerichteten Pläne und Absichten des Gegners umfassend aufzuklären. Im Vordergrund standen dabei die militärischen Planungen der NATO, die strategischen und taktischen Überlegungen und Maßnahmen des Gegners für einen Spannungs- und Ernstfall."²⁵

Von einem weiteren Tätigkeitsfeld der HV A zeugt ein von Markus Wolf unterzeichneter "Maßnahmeplan zur Zurückdrängung konterrevolutionärer Einflüsse und zur Stärkung progressiver Kräfte in der CSSR"²⁶ vom 14. Juni 1968, der zu den wenigen überlieferten Beweismaterialien über konkrete Einsätze gehört und deshalb im Anhang dokumentiert wird. Nach diesem Plan sollte neben der Informationsbeschaffung durch "Quellen" im Operationsgebiet, d. h. in der Regel in der Bundesrepublik Deutschland, zur "Aufklärung der Politik und der Zersetzungsversuche der Westmächte" der Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern in der CSSR erfolgen, die gezielt zu "CSSR-Bürgern mit progressiver Einstellung" Verbindung aufnehmen sollten. Andere Inoffizielle Mitarbeiter erhielten den Auftrag, in der CSSR zu "Bürgern mit politisch negativer bzw. schwankender Einstellung" Verbindungen herzustellen. Die "Mitarbeiter des Apparates", d. h. der HV A, kamen aufgrund persönlicher Beziehungen zu CSSR-Bürgern und ihrer dienstlichen bzw. fachlichen Kontakte zum Einsatz.

Der Hauptabteilung IX fiel in der zu untersuchenden Periode eine zentrale Rolle zu, die jedoch in engem Zusammenhang mit der der Justizorgane des Ministeriums des Innern zu sehen ist. Die HA IX war laut der neuen Strafprozeßordnung der DDR als staatliches Untersuchungsorgan zur Durchführung von Ermittlungen berechtigt. Die Bekämpfung von Straftaten, die in Kapitel 1 und 2 des Besonderen Teils des Strafgesetzbuches vom 1. Juli 1968 aufgeführt waren, fiel überwiegend in ihren Zuständigkeitsbereich.

Die Erfahrungen, die die HA IX und ihre regionalen Abteilungen bei den Einsätzen unmittelbar vor und nach dem 21. August 1968 sammelten, mündeten in einen "Vorschlag zur

²⁵ JHS, Fachschulstudium Rechtswissenschaft, Geschichte, Studienmaterial Teil VI (1966-1970), VVS MfS JHS-Nr. 136/80, S. 120; BStU, ZA, SA 553/IV a.

²⁶ Siehe Dokument 1, S. 61.

Ausarbeitung von Modellen für zentrale Einsätze der Linie Untersuchung des MfS" vom 17. September 1968²⁷. Darin wird auch das Arbeitsgebiet II der 1964 gebildeten Hauptabteilung Kriminalpolizei beim Ministerium des Innern einbezogen, deren Aufgabenstellung sich zum Teil mit der des MfS deckte. Die Dezernate II bzw. Kommissariate II bearbeiteten schwere Straftaten oder Straftaten mit besonderer "politisch-operativer" Bedeutung. Sofern die Ermittlungsverfahren nicht an das MfS übergeben wurden, erfolgte eine laufende Information über alle Ermittlungsverfahren und -ergebnisse. Untersuchungsführer des MfS wurden mit der Führung der Vernehmungen betraut oder nahmen an den Vernehmungen teil²⁸. Zur Koordinierung der Maßnahmen auch mit anderen staatlichen Bereichen und gesellschaftlichen Organisationen war u. a. der "Einsatz von Koordinierungsoffizieren des MfS in den Dezernaten II der BdVP [Bezirksverwaltung der Volkspolizei]" beabsichtigt²⁹.

Die Hauptabteilung VII/Abteilung 9 (HA VII/9) des MfS sicherte das offizielle Zusammenwirken mit dem Ministerium des Innern und seinen Organen. Von der HA VII war bereits 1964 im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Staatsverbrechen die Initiative ausgegangen, bei der Kriminalpolizei MfS-Mitarbeiter als Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) zu verpflichten, die die Leitung von speziellen Untersuchungsabteilungen übernahmen.

In den Zuständigkeitsbereich des MfS fiel seit 1963 auch die Paßkontrolle und Zollfahndung an der Staatsgrenze. Die Hauptabteilung Paßkontrolle/Zollfahndung (HPF) war für eine "weitgehend lückenlose Überwachung der Reisetätigkeit" zuständig. Zu ihren Aufgaben zählte 1968/69 insbesondere die Verhinderung des "Einschleusens revisionistischer und anderer feindlicher Materialien" aus der CSSR, des "Ausschleusens von Personen aus dem Gebiet der DDR in die CSSR" sowie die Dokumentierung von "Feindhandlungen und provokatorischen Verhaltensweisen"³⁰. Im Zeitraum um den 21. August 1968 wurden den Zollämtern an der Grenze zur CSSR Kontrolloffiziere aus den MfS-Bezirksverwaltungen zugeteilt, die "die Leiter der Zollämter in der ideologischen Arbeit, bei der Erkennung von Schwerpunkten und bei der qualifizierten Durchsetzung der angewiesenen Kontrollmaßnahmen" unterstützten³¹. Die Arbeitsgruppe "Sicherung des Reiseverkehrs" (ASR) hatte u. a. durch den "zielgerichteten

²⁷ BStU, ZA, HA IX/982, Bl. 22-24. Vgl. Monika Tantzsch: "Hetzlosungen, Hetzschriften und organisierte Sympathiebekundungen". In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. August 1993, S. 6.

²⁸ "Thesen zu Problemen zur Zusammenarbeit der Untersuchungsabteilungen des Ministeriums für Staatssicherheit mit den Organen der Deutschen Volkspolizei vom 15. November 1971; BStU, ZA, HA IX/241, Bl. 14 f.

²⁹ ZAIG, "Hinweise für die Zentrale Dienstbesprechung am 10. Dezember 1969", o. D.; BStU, ZA, ZAIG 4735, Bl. 21.

³⁰ ZAIG, "Hinweise für Kollegiumssitzung - Dienstbesprechung" vom Oktober 1968; BStU, ZA, ZAIG 4725, Bl. 67.

³¹ Abteilung Information und Dokumentation, "Informationsbericht Nr. 16 über Feststellungen und Probleme im Zusammenhang mit der Lage in der CSSR (Zeitraum vom 9.-15. September 1968)" vom 16. September 1968; SAPMO, ZPA, IV A 2/12/27, S. 2.

Einsatz überprüfter IM und anderer zuverlässiger Kräfte" die Absicherung und Kontrolle von tschechoslowakischen und DDR-Touristengruppen zu gewährleisten³².

Die Hauptabteilung XIX (HA XIX) war für die Sicherheit des Transports auf den Schienen und auf dem Luftwege zuständig und hatte eine "mißbräuchliche Benutzung zur Feindtätigkeit" auszuschließen.

Die Fernschreib- und Fernsprechverbindungen standen unter der operativen Kontrolle der zuständigen Diensteinheiten der Abteilung M (Linie Postkontrolle) und PZF (Postzollfahndung). Anonyme Absender von "Hetzmaterialien" waren durch sie unter Ausnutzung aller operativ-technischen Möglichkeiten festzustellen, verdächtige Kontakte von und nach der CSSR aufzudecken und zu kontrollieren.

Die sogenannten ortsfesten Nachrichtenanlagen in den Kontrollterritorien der Grenzübergangsstellen (GÜSt) wurden auf der Grundlage von Vereinbarungen vom Ministerium für Nationale Verteidigung, vom Ministerium für Verkehr (Zollverwaltung) und vom MfS genutzt. Zuständig waren im MfS neben der HPF die Abteilung N (Linie Nachrichten) und die Abteilung 26 (Telefonüberwachung, operativ-technische Kontrollmaßnahmen).

Die Hauptabteilung I (HA I) hatte die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit den MfS-Bezirksverwaltungen Karl-Marx-Stadt und Dresden die militärischen Konzentrierungsräume abzusichern, die Ordnung über den Aufenthalt in Sperrgebieten durchzusetzen, "Diversionshandlungen" zu verhindern bzw. aufzuklären, Zulieferbetriebe für die Armee abzusichern und den Briefverkehr der Truppenteile zu kontrollieren.

Die HA XX gewann durch die Ereignisse in der CSSR und die dadurch ausgelöste Protestbewegung im März 1968 in Polen wesentlich an Bedeutung. Ausgehend von der Erkenntnis, daß in der CSSR und in Polen die "Intelligenz" und die "Kulturschaffenden" die Träger der "konterrevolutionären Forderungen und Handlungen" waren, richtete sich die operative Tätigkeit des MfS zunehmend auf diese Personenkreise in der DDR sowie auf die Kirche. Die Koordinierungsgruppe der HA XX wurde mit der Ausarbeitung und Vorbereitung von zentralen Sicherungsmaßnahmen und Aktionen betraut.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR wurde die Zusammenarbeit aller Diensteinheiten innerhalb des MfS intensiviert. Es wurden Einsatzgruppen mit Spezialisten der verschiedenen Linien zur Bearbeitung von "Schwerpunktorkommnissen" bzw. zur Unterstützung von Diensteinheiten gebildet. Koordinierungsmaßnahmen ermöglichten die "schwerpunktmäßige Bearbeitung" von Personenkreisen.

Von den Ressorts, die nicht zu den operativen Abteilungen des MfS zählten, war die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) in den Jahren 1968/69 von besonderer Wichtigkeit. Sie sammelte und verdichtete die Informationen aus den einzelnen operativ tätigen

³² Siehe Anmerkung 30, Bl. 68.

Abteilungen und bereitete sie regelmäßig für das SED-Politbüro auf. Heute sind es besonders diese "Informationsberichte", "Hinweise" etc., die Einblick in die damaligen Aktivitäten des MfS ermöglichen.

Es gab selbstverständlich auch einen Fluß von Informationen und Befehlen in umgekehrter Richtung: von der Parteiführung zum MfS. Unmittelbar im Anschluß an die Sitzungen des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED, auf denen die Vorgänge in der CSSR behandelt bzw. entsprechende Beschlüsse gefaßt wurden, erfolgte die Auswertung in den Führungsgremien des MfS, besonders im "Kollegium". Danach wurden die Informationen, Richtlinien und Beschlüsse für die operative Arbeit auf dem Dienstweg nach unten weitergegeben.

Besondere Bedeutung kam 1968/69 der Abteilung für Sicherheitsfragen beim ZK der SED zu. Zum Unterstellungsverhältnis der Kreisparteiorganisation des MfS heißt es im "Beschuß über den Parteaufbau in den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit" vom 18.12.1968:

"Die Kreisparteiorganisation untersteht dem Zentralkomitee der Partei, wird vom Sekretariat des Zentralkomitees kontrolliert und ist ihm rechenschaftspflichtig. Mit der Durchführung dieser Aufgaben beauftragt das Sekretariat die Abteilung für Sicherheitsfragen beim Zentralkomitee der SED."³³

Die Abteilung für Sicherheitsfragen war außerdem für das Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) und für das Ministerium des Innern (MdI) zuständig. In Problemsituationen oder in Spannungsperioden wie 1968/69 entsandte die Abteilung sogenannte Brigaden zur Unterstützung der Parteiarbeit an besonders neuralgische Punkte in diesen Ministerien.

2. Die wichtigsten Befehle und Anordnungen

Die internen Weisungen und Befehle des MfS im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR 1968/69 sind bisher nur zum Teil archivarisch erschlossen. Die Aktivitäten des MfS wurden außerdem durch einschlägige Anordnungen des Nationalen Verteidigungsrates, des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Nationale Verteidigung mitbestimmt, in deren Ausarbeitung und Verwirklichung das MfS einbezogen war. Auch sie konnten zu einem erheblichen Teil noch nicht herangezogen werden. Im folgenden werden einige Befehle referiert, die im Dokumentenverzeichnis nachzulesen sind:

Zu den wesentlichen Bestimmungen aus den Wochen vor der Intervention zählt der Befehl Nr. 18/68 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei "über das Zusammenwirken der Kräfte des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Staatssicherheit und des

³³ SAPMO, ZPA, IV A 2/12/108, S. 3.

Ministeriums für Nationale Verteidigung bei der Aufklärung und Abwehr von Handlungen gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik" vom 10. Juli 1968³⁴. Die Deutsche Volkspolizei und die "anderen Organe des Ministeriums des Innern" wurden darin angewiesen, ihre Tätigkeit mit den "Handlungen der Nationalen Volksarmee bei der zuverlässigen militärischen Sicherung der Staatsgrenze" auch an der Grenze zur CSSR und zu Polen zu koordinieren. Um die Überwachungstätigkeit auf den Transitstrecken zu verschärfen, wurden "Maßnahmen der territorialen Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit bei der Erfassung, Analyse und Bekämpfung der gesamten Feindtätigkeit in Richtung Staatsgrenze mit spezifischen Mitteln im Grenzgebiet, dem grenznahen Hinterland und in der Tiefe der Republik" angeordnet. Gemeinsame Beratungen, Informationsaustausch und Maßnahmepläne sollten das reibungslose Zusammenspiel von Volkspolizei, Staatssicherheit und Grenzsicherungstruppen gewährleisten. Die Befehlskompetenzen und Befugnisse der Beteiligten wurden detailliert festgelegt. Eine Woche vor der Intervention, am 15. August 1968, trat dieser Befehl in Kraft. Erst am 30. April 1971 wurde er in einigen Punkten aufgehoben.

Von den Schreiben des Ministers für Staatssicherheit (denen selbstverständlich der Charakter von Befehlen zukam) mit grenzübergreifender Stoßrichtung sei an dieser Stelle nur jenes vom 27. August 1968³⁵ erwähnt. Die zynisch Einsatz "Genesung" genannte Intervention war in vollem Gange. Die in diesem Schreiben angeordneten Observierungsmaßnahmen sollten diese Aktion absichern und stellten einen offenkundigen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte von CSSR-Bürgern dar.

Nachdem die militärische Durchsetzungsfähigkeit der Interventionsstaaten gesichert war, wurde der Reiseverkehr in die Tschechoslowakei in begrenztem Maß wieder zugelassen. Damit war von seiten der DDR eine Reihe von Auflagen verbunden, die in Kooperation des MfS mit dem Mdi durchzusetzen waren. Anweisungen dazu finden sich im Schreiben des Ministers vom 31. August 1968³⁶. Mit Befehl Nr. 24/68 vom 23. September 1968 wurden die per Fernschreiben vom 27.8., 2.9. und 31.9.1968 angewiesenen Sondermaßnahmen der Volkspolizei im Grenzgebiet zur CSSR aufgehoben und weitere Maßnahmen "zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet" festgelegt. Der Befehl Nr. 31/68 verfügt die Aufhebung der Maßnahmen der erhöhten Einsatzbereitschaft für das MfS durch den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates³⁷.

Der Repression in der DDR sind Schreiben des Ministers vom 25. August und vom 2. September 1968 gewidmet. Darin wurde verstärkte Observierung von Personenkreisen angeordnet, bei denen "aus überprüften operativen Hinweisen oder aus begründeten Verdachtsmomenten ein negatives oder feindliches Verhalten bekannt ist" oder die durch ihre berufliche

³⁴ Bundesministerium des Innern, Außenstelle Berlin, Schriftgutverwaltung, Nr. 4636.

³⁵ Siehe Dokument 12, S. 103.

³⁶ Siehe Dokument 14, S. 104.

³⁷ Siehe Dokument 16, S. 115.

Tätigkeit öffentlich wirksam werden könnten³⁸. Die gleiche Stoßrichtung nach innen hatte auch das Schreiben des Ministers vom 24. Januar 1969. Das auslösende Ereignis war die öffentliche Selbstverbrennung des Studenten Jan Pallach am 16. Januar 1969 in Prag, von der man eine Signalwirkung für die DDR befürchtete³⁹.

Im Zusammenhang mit letzten Zeichen offenen Widerstands in der Tschechoslowakei steht auch der Befehl Nr. 11/69 vom 7. April 1969⁴⁰ und die dazugehörige Direktive⁴¹. Darin ging es um Maßnahmen zur Weiterführung der Aktion "Genesung". Der Befehl ist im Kontext mit der Phase der endgültigen Niederschlagung des Prager Frühlings zu sehen. Ausgelöst wurde sie durch die antisowjetischen Ausschreitungen anlässlich des Sieges der CSSR-Nationalmannschaft über das sowjetische Team bei der Eishockey-Weltmeisterschaft am 28. März 1969. Insbesondere die Zwischenfälle am Prager Wenzelsplatz, die nach Ansicht Alexander Dubceks von sowjetischen Agenten bei der tschechoslowakischen Staatssicherheit (StB) initiiert worden waren⁴², dienten als Vorwand für die Durchsetzung weitgehender politischer Forderungen, vor allem nach personellen Veränderungen. Dubceks Rücktritt wurde am 17. April 1969 von der sowjetischen Führung erzwungen. An seine Stelle trat Gustav Husak. Damit setzte die erste große Säuberungswelle ein. Der Befehl Nr. 11/69 und die dazugehörige Direktive belegen, daß das MfS an diesem Prozeß beteiligt werden sollte⁴³. Angeordnet wurde die Schaffung einer zeitweiligen Operativ-Dienststelle, die alle Aktionen des MfS im "Unterstützungsbereich", d. h. in der CSSR, zu koordinieren hat. Zu den einbezogenen MfS-Abteilungen zählten das Referat III der HV A, die Abteilung X, die HA XX, die HA II sowie die MfS-Bezirksverwaltungen Dresden und Karl-Marx-Stadt. "Koordinierte politisch-operative Maßnahmen" zur Unterstützung der tschechoslowakischen Sicherheitsorgane "bei der Aufdeckung konterrevolutionärer, antisozialistischer und revisionistischer Gruppen und bei der Aufklärung von feindlichen Verbindungskanälen" sowie "Maßnahmen des Eindringens und der Zersetzung" von tschechoslowakischen Emigrantengruppen im Ausland wurden angeordnet. Besondere Beachtung verdient im Zusammenhang mit den geplanten "Säuberungen" (d. h. der Entfernung von Reformanhängern aus Führungspositionen und öffentlichen Ämtern, Berufsverbote, Parteiausschlüsse bis hin zur Inhaftierung) der Schwerpunkt "Unterstützung und Beschleunigung des Differenzierungsprozesses zur Festigung, Stärkung und Förderung der Aktivitäten marxistischer Kader". Gefordert wurde die "Prüfung und Erarbeitung neuer Möglichkeiten der Einbeziehung von IM, GMS [Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit] und anderen geeigneten Kräften in die Lösung der Aufgaben, besonders bei der Durchführung spezieller Maßnahmen zur Ab-

³⁸ Siehe Dokument 11, S. 101 und Dokument 15, S. 114.

³⁹ Schreiben Mielkes vom 24. Januar 1969; BStU, ZA, Dokumentenstelle 101832.

⁴⁰ Siehe Dokument 18, S. 120.

⁴¹ Siehe Dokument 19, S. 122.

⁴² Alexander Dubcek: Leben für die Freiheit. München 1993, S. 338 f.

⁴³ Inwieweit das MfS tatsächlich in diesem Prozeß involviert war, bedarf noch weiterer Forschung vor allem in den tschechischen Archiven.

schöpfung, Informationsbeschaffung und positiven ideologischen Einflußnahme auf Bürger des Unterstützungsbereichs". Im Schreiben des Ministers vom 4. Juli 1969⁴⁴ gewinnen die Aufgaben des Befehls Nr. 11/69 in Erwartung des ersten Jahrestages der militärischen Invasion noch einmal an Bedeutung.

Wie aus der folgenden Darstellung zu ersehen ist, bereiteten den Warschauer Paktstaaten die 1968 vollzogene Reform des tschechoslowakischen Sicherheitsdienstes besondere Schwierigkeiten. Da die Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes hinter der Regierungspolitik stand, hatte sich eines seiner Hauptaufgabengebiete, die Bekämpfung der inneren Opposition, weitgehend erübrigt. Er verlor seine Machtposition und entzog sich gleichzeitig zunehmend der sowjetischen Einflußnahme.

Die Rolle, die das MfS bei der Neuformierung der tschechoslowakischen Staatssicherheit nach der Niederschlagung des Prager Frühlings spielte, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht exakt nachzeichnen. Eine Momentaufnahme lieferte Oberst Damm, Leiter der Abt. X des MfS, im Anschluß an eine Dienstreise nach Prag Anfang Dezember 1969. Er berichtet, daß es im Zuge der Reorganisation der tschechoslowakischen Staatssicherheit Auseinandersetzungen um die Frage gegeben habe, ob die Staatssicherheit künftig föderal oder zentralistisch aufgebaut sein sollte. Er habe darüber mit dem Leiter der Staatssicherheit, Kosnar, und dem dortigen Leiter der Verwaltung für Information und Leitungstätigkeit, Houska, gesprochen:

"Aus diesen Gründen bitten beide Genossen um Unterstützung von seiten des MfS in der Form der Ausarbeitung eines 'Gutachtens' oder ähnlichem, in dem eindeutig aufgrund der in der DDR für die Staatssicherheitsorgane gültigen Gesetze sowie der Leitung auf staatlicher und politischer Ebene nachgewiesen wird, daß ein wirksames Organ der Staatssicherheit nur ein zentralisiertes Organ sein kann, das auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei- und Staatsführung arbeitet.

Des weiteren bitten diese Genossen um die Möglichkeit von Konsultationen mit leitenden Genossen des MfS."

Damm resümiert seine Bemühungen:

"In allen Gesprächen wurde versucht, den tschechoslowakischen Genossen darzulegen, daß es ohne einen straff und zentral organisierten Apparat der Staatssicherheit, der von allen rechten und schwankenden Elementen gesäubert ist, nicht möglich sein wird, eine erfolgreiche politisch-operative Arbeit durchzuführen."⁴⁵

⁴⁴ Siehe Dokument 20, S. 130.

⁴⁵ Abteilung X, "Notiz über Dienstreise nach Prag vom 1. bis 3. Dezember 1969" vom 4. Dezember 1969, gez. Damm Oberst; BStU, ZA, SdM 1436, Bl. 157-165, hier Bl. 160 und 162.

Eine Rededisposition für ein Arbeitstreffen Mielkes mit dem Minister des Innern der CSSR, das im Januar 1972 geplant war, zeigt den Hang des MfS zur Belehrung und Bevormundung: Ausgehend von einer detaillierten innenpolitischen Lageeinschätzung der CSSR, werden den tschechoslowakischen Sicherheitsorganen die Aufgaben im weiteren Konsolidierungsprozeß Punkt für Punkt nachdrücklich angeraten. Das MfS hatte seine "erzieherische" Tätigkeit bei dem - inzwischen vermutlich auf Linie gebrachten - "Bruderorgan" wieder aufgenommen⁴⁶.

III. Abriß der Ereignisse in der Tschechoslowakei aus Sicht des MfS

1. Das MfS im Vorfeld der militärischen Invasion

Die Mobilisierung des MfS erfolgte zu einem Zeitpunkt, als in der CSSR die wesentlichen innenpolitischen Hindernisse für den Reformprozeß beseitigt waren. Im März 1968 stand das Aktionsprogramm des ZK der KPC, laut Alexander Dubcek der "Herzschlag des Prager Frühlings"⁴⁷, kurz vor seiner Verabschiedung. Die Reformkräfte verfügten im Präsidium des ZK der KPC über die Mehrheit. Die Zensur war mit der Ablösung des Chefideologen Jiri Hendrych durch Josef Spacek faktisch abgeschafft.

Der Eindruck, den diese Entwicklung auf die DDR-Führung machte, wird aus einem Papier deutlich, das von dem Botschafter der DDR in Prag, Peter Florin, unterzeichnet worden ist. Sein Titel: "Zur gegenwärtigen Situation in der CSSR - 10. März 1968"⁴⁸. Darin wird die Entwicklung mit dem "Vorabend des konterrevolutionären Putsches 1956 in Ungarn" verglichen. Weiter heißt es:

"Es wird ein systematischer Angriff gegen die staatlichen Machtorgane, ihre Repräsentanten, gegen die Stützen der sozialistischen Gesellschaft und gegen Grundfragen des Sozialismus geführt [...] Führende csl. Genossen versuchen bis heute, die Tätigkeit der gegnerischen Kreise als extreme Erscheinungen zu bezeichnen. In Wirklichkeit jedoch haben wir es mit einer zentral gesteuerten und systematisch entwickelten Vorbereitung der Konterrevolution zu tun."

Die tschechoslowakischen Staatssicherheitsorgane waren von den Reformkommunisten weitgehend entmachtet worden. Alexander Dubcek hatte bereits im Januar 1968, nach einem Putschversuch der Novotny-Anhänger, den Leiter der Sicherheitsabteilung des ZK der KPC, Miroslav Mamula, ausgewechselt⁴⁹. An seine Stelle trat der General Vaclav Prchlik, der später, nach Husaks Machtantritt, während der Säuberungen zu zwei Jahren Gefängnis

⁴⁶ Vgl. "Thesen (Probleme) für Gespräche des Gen. Minister mit führenden Vertretern der Sicherheitsorgane der CSSR (Januar 1972)"; BStU, ZA, ZAIG 5417.

⁴⁷ Siehe Anmerkung 42, S. 219.

⁴⁸ SAPMO, ZPA, J IV 2/202-292, S. 1-6.

⁴⁹ Siehe Anmerkung 42, S. 197.

verurteilt werden sollte⁵⁰. Er hatte u. a. gefordert, daß die Arbeit der Abwehr auf den äußeren Feind zu richten und die Bspitzelung der eigenen Landsleute, insbesondere der Intellektuellen, einzustellen. In einer Fernsehsendung am 27. März 1968 beschuldigte er die konservative Führung, sie habe "die Armee zur Ausübung politischen Drucks auf das ZK der KPC zu mißbrauchen versucht"⁵¹. Damit untermauerte er die Forderung nach dem Rücktritt des Verteidigungsministers Lomsky.

Am 15. März wurde der Innenminister Dr. Josef Kudrna⁵², gleichzeitig mit dem Generalstaatsanwalt Prof. Dr. Baruska, nach einem Mißtrauensantrag des Präsidiums der Nationalversammlung abberufen⁵³. Josef Pavel, der wie Erich Mielke am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen hatte, allerdings in den fünfziger Jahren Opfer der Repressionswelle geworden war und mehrere Jahre im Gefängnis verbracht hatte, wurde zum neuen Innenminister ernannt. Für die "innigen Glückwünsche" Mielkes bedankte sich Pavel in einem Telegramm vom 17. April 1968, wobei er versicherte, "daß die Mitarbeiter des MdI der CSSR alle Kräfte für die Entwicklung und Festigung der Zusammenarbeit zwischen [...] beiden Ministerien einsetzen werden"⁵⁴. Indessen "leitete Pavel schon bald eine Reihe von Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Aktivitäten der Staatssicherheit ein. Dadurch büßten die Sowjets einen Teil ihrer Kontrolle über die Geheimpolizei ein, und schon bald stand Pavel auf der Abschußliste der Sowjets ganz oben"⁵⁵.

Angesichts dieser Entwicklung findet im Berliner MfS am 10. März 1968 für die Leiter der operativen Dienstseinheiten eine sogenannte "Anleitung" statt. Gefordert wird, "auf außenpolitischem Gebiet alles zu unternehmen, um die Einheit des sozialistischen Lagers zu festigen und zu stärken"⁵⁶. Einen Tag später verabschiedet das Sekretariat des ZK der SED eine "Information zur gegenwärtigen Lage in der CSSR"⁵⁷, die den gesamten SED-Parteiparat bis hinunter in die Grundorganisationen in Alarmbereitschaft versetzt.

Im Sitzungsprotokoll der noch am selben Tag stattfindenden Kollegiumssitzung des MfS, angeleitet von Generalleutnant Beater, Erster Stellvertreter Mielkes und Kandidat des ZK der SED, heißt es:

"Gegner unternimmt große Anstrengungen, um in einigen sozialistischen Nachbarländern die Möglichkeit zur Durchsetzung seiner feindlichen Plattform zu nutzen.

⁵⁰ Ebenda, S. 246.

⁵¹ ZAIG, "Hinweise zur Lage im Innenministerium, besonders bei den Staatssicherheitsorganen, und in der Armee der CSSR" vom 3. März 1968; BStU, ZA, ZAIG 5402, Bl. 9.

⁵² In der CSSR wie auch in den anderen Volksdemokratien des Ostblocks waren die Sicherheitsorgane dem Ministerium des Innern unterstellt.

⁵³ Siehe Anmerkung 51, Bl. 1.

⁵⁴ BStU, ZA, SdM 1437, Bl. 139.

⁵⁵ Siehe Anmerkung 42, S. 217.

⁵⁶ "Protokoll über die Kollegiumssitzung am 11. März 1968" vom 11. März 1968; BStU, ZA, SdM 1563, Bl. 168 f.

⁵⁷ SAPMO, ZPA, IV A 2/12/27, Az 10/04/42.

Beachten:

Nichtkonsequente Entgegnung der feindlichen Machenschaften birgt Gefahr der Konterrevolution in sich.

Vorgänge in diesen Ländern können dazu führen, konterrevolutionäre und aufgeweichte Elemente in der DDR zu wecken und zu aktiven Handlungen veranlassen. (Prüfen, wo sind diese Elemente verblieben, die dem Feind das Wort redeten.)

Welche bekannten konterrevolutionären und aufgeweichten Elemente halten jetzt besonders Kontakt nach diesen Ländern.

Sich daraus ergebende evtl. feindliche Regungen in der DDR 'nicht mit Überzeugung bekämpfen', sondern kompromißlos zerschlagen.

Die Vorgänge durch Ausnutzung aller Informationsmöglichkeiten sachlich und objektiv verfolgen.

Es ergeben sich zusätzliche Maßnahmen zur wirksamen Sicherung der Staatsgrenze."⁵⁸

Am 14. März folgt für die Leiter der Bezirksverwaltungen und selbständigen Verwaltungen eine Dienstbesprechung mit "Information und Instruktion zu einigen politischen-operativen Problemen"⁵⁹. Gefordert wird u. a.:

- "Operative Kontrolle der in der DDR tätigen Bürger der CSSR und der VR Polen, besonders Aspiranten und Studenten, aber auch Beachtung der Konzentrationen von Bau- und Montagekräften
- operative Kontrolle über die Auswirkungen dieser Vorgänge auf die in der CSSR/VR Polen tätigen DDR-Bürger, besonders ebenfalls Aspiranten, Studenten, Montagekräfte
- verstärkte operative Kontrolle der klerikalen Verbindungen [...]
- verstärkte Beachtung des gegenseitigen Touristenverkehrs, besonders von Bürgern der CSSR in die DDR
- kluge Maßnahme durch HPF [Hauptabteilung Paßkontrolle und Zollfahndung], M [Linie Postkontrolle] und Postzollfahndung zur Verhinderung der Einschleusung von Materialien konterrevolutionären Inhalts [...]
- Unterbindung des Menschenhandels besonders über die CSSR
- verstärkte Postkontrolle über die Deckadressen der gegnerischen Rundfunk- und Fernsehstationen, um Übersendung von sog. Zustimmungserklärungen zu den Ereignissen in der CSSR und Polen zu unterbinden (gegenwärtige Situation dürfte diese

⁵⁸ "Protokoll über die Kollegiumssitzung am 11. März 1968" vom 11. März 1968; BStU, ZA, SdM 1563, Bl. 163.

⁵⁹ Mitteilung von Oberstleutnant Ludwig, Büro der Leitung (BdL), an die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen vom 11. März 1968; BStU, ZA, SdM 1563, Bl. 173.

Personen zur Aktivität anregen; günstige Möglichkeit ihrer Aufdeckung und Liquidierung)."60

Nach einer Einschätzung der Vorgänge in der CSSR und in der VR Polen, wo es im März zu Unruhen gekommen war, folgen umfangreiche Aufklärungsaufgaben, die nicht nur an die HV A gerichtet sind, sondern in die "alle Organe des MfS" einbezogen werden sollen.

Am 22. März erstellt die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS für das Politbüro des ZK der SED einen Bericht zur "Reaktion der Bevölkerung der DDR über die Vorkommnisse in der CSSR und in der VR Polen".

"In den Bezirken der DDR wird gegenwärtig zu den Vorgängen in Warschau und in der CSSR unter allen Bevölkerungsschichten diskutiert. Besonders die Meinungsäußerungen über die Erscheinungen in der CSSR sind vom Umfang und der Intensität her ständig angewachsen. Dagegen wird der Umfang der Meinungsäußerungen über die Vorkommnisse in der VR Polen ständig geringer. Dabei muß in der Grundtendenz eingeschätzt werden, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung den Vorkommnissen wenig Sympathie entgegenbringt. Vor allem werden die Krawalle polnischer Studenten mißbilligt. [...]

Die negativen und feindlichen Diskussionen nehmen einen geringen Umfang ein und beschränken sich überwiegend auf Meinungen einzelner Personen. Der Einfluß der politisch-ideologischen Diversion ist dabei offensichtlich. Folgende Grundrichtungen in der Diskussion sind festzustellen:

- Zustimmung zu den 'Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen' in der CSSR, teilweise unter dem Tenor, in der DDR sei eine ähnliche Entwicklung wünschenswert
- Forderung nach 'mehr Freiheit'. Darunter wird u. a. verstanden:
- Freizügigkeit im Reiseverkehr nach Westdeutschland und bei Einreisen ins Sperrgebiet der Grenzkreise,
- Erhaltung des 'Streikrechts' auch in der neuen Verfassung [...]
- freie Meinungsäußerung bei Zusicherung von Straffreiheit [...]

Aus den bisher vorliegenden Informationen und Hinweisen geht eindeutig hervor, daß besonders in Kreisen der Studenten, Kulturschaffenden und Intellektuellen die Diskussionen über die Ereignisse in der VR Polen und vor allem in der CSSR einen großen Umfang angenommen haben."61

60 ZAIG, "Thesen für Kollegiumssitzung und Dienstbesprechung" vom 13. März 1968; BStU, ZA, ZAIG 4717, Bl. 26 f.

61 ZAIG, "Einzel-Information über die Reaktion der Bevölkerung der DDR über die Ereignisse in der CSSR und in der VR Polen und über damit im Zusammenhang zu sehende Vorkommnisse in der DDR" vom 22. März 1968; BStU, ZA, ZAIG 1561, Bl. 10, 15 ff. - Vgl. Stefan Wolle: Die DDR-Bevölkerung und der

Die SED-Führung erhält von nun an in regelmäßigen Abständen solche Auswertungen, in denen in zunehmendem Maße auch "damit in Zusammenhang zu sehende Vorkommnisse in der DDR"⁶² dokumentiert werden.

Am 25. März wird vom Nationalen Verteidigungsrat eine Alarmordnung erlassen, die die Bildung einer operativen Arbeitsstaffel des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee vorsieht, der operativen Gruppen des Ministeriums für Staatssicherheit, des Ministeriums des Innern, des Stabes der Zivilverteidigung und der Hauptverwaltung für Planung beim Vorsitzenden des Ministerrats der DDR zugeordnet werden⁶³. Ebenfalls am 25. März 1968 findet eine Kollegiumssitzung des MfS statt, in Auswertung des 5. Plenums des ZK der SED "in Verbindung mit politisch-ideologischen und politisch-operativen Fragen, die sich aus der Beratung der Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder am 23. März in Dresden ergeben"⁶⁴, wie es heißt. "Genosse General Wolf schlug vor", so das Protokoll der Sitzung, "in der Leitung des Ministeriums nochmal eine Abstimmung herbeizuführen, um eine noch systematischere Bearbeitung der Einrichtungen und Kräfte zu erreichen, die als Initiatoren bzw. Träger der politisch-ideologischen Diversion gegenüber der DDR wirken"⁶⁵.

Am 27. März 1968 wird eine Dienstkonferenz einberufen, zu der alle Abteilungsleiter des MfS sowie die Leiter der MfS-Bezirksverwaltungen und selbständigen Verwaltungen geladen sind. Neben dem Volksentscheid zur neuen Verfassung am 6. April 1968 werden die politisch-operativen Aufgaben für das MfS im Zusammenhang mit den Vorgängen in der CSSR und in Polen erläutert.⁶⁶

Am 30. März 1968 gibt die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe "Hinweise zur Lage im Innenministerium, besonders bei den Staatssicherheitsorganen, und in der Armee der CSSR"⁶⁷ heraus.

Inzwischen hat Novotny seine Funktion als Staatspräsident niedergelegt. Der von der Nationalversammlung neu gewählte Staatspräsident, Armeegeneral Ludvik Svoboda, beauftragt nach dem Rücktritt des Kabinetts Lenart Oldrich Cernik mit der Regierungsbildung. Am 5. April nimmt das ZK der KPC das Aktionsprogramm "Der Weg der Tschechoslowakei zum Sozialismus" an.

Zu einer am 2. April 1968 konzipierten SED-Kreisleitungssitzung des MfS, die am 10. April 1968 stattfinden soll, werden als Gäste, die nicht Mitglieder der Kreisleitung sind, allein elf

Prager Frühling 1968. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 36/92, S. 35-45; Mitter/Wolle, siehe Anmerkung 1, S. 429-438.

⁶² Siehe Anmerkung 61, Bl. 10 f.

⁶³ Nationaler Verteidigungsrat, Geheime Kommandosache VS-Nr.: A 84459; BStU, ZA, SdM 35, Bl. 277 f.

⁶⁴ "Protokoll der Kollegiumssitzung vom 25. März 1968"; BStU, ZA, SdM, 1563, Bl. 175.

⁶⁵ Ebenda, Bl. 176.

⁶⁶ Ebenda, Bl. 186 f.

⁶⁷ Siehe Anmerkung 51.

Sekretäre der Parteiorganisation der Abteilung X geladen⁶⁸. Das erlaubt Rückschlüsse auf geplante Koordinierungsmaßnahmen der östlichen Sicherheitsdienste in Richtung CSSR, die aber bisher noch nicht im Detail nachweisbar sind.

Am 11. April weist Mielke in einem Schreiben an, daß "in Anbetracht der jetzigen Lage und Situation" Reisen von MfS-Angehörigen in die CSSR und nach Rumänien bis auf weiteres [...] unterbunden werden"⁶⁹. Vom Monat April 1968 sind bis jetzt nur vereinzelte Archivalien aufgefunden worden, darunter die Gesprächsnotiz eines Hauptmann Lerche von der HV A über ein Treffen mit einem Vertreter der II. Verwaltung des MdI in Prag⁷⁰. Daraus wird das Bemühen des tschechischen Kollegen ersichtlich, die DDR-Seite bezüglich der Entwicklung in der CSSR zu beschwichtigen und die Absicht des neuen Innenministers Pavel zu unterstreichen, die Zusammenarbeit künftig zu verbessern. Tatsächlich haben - nach bisherigem Erkenntnisstand - während des ganzen Jahres 1968 auf Ministerebene keine Arbeitstreffen zwischen den beiden Ländern stattgefunden.

Anfang Mai 1968, als die Ostblock-Parteichefs (ohne Rumänien und die CSSR) in Moskau beschließen, stärkeren Druck auf die CSSR auszuüben, legt die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe eine ca. 200 Seiten umfassende "Auskunft über das System und die Methoden der Feindtätigkeit zur Durchsetzung der Ziele der sogenannten neuen Ostpolitik, besonders gegenüber der CSSR, und über die Versuche zur Ausnutzung der Vorgänge in der CSSR zur Forcierung der politisch-ideologischen Aufweichungs- und Zersetzungstätigkeit gegen die DDR" vor. Aus diesem zusammenfassenden Text lassen sich die ersten Ergebnisse der vom MfS beschlossenen operativen Maßnahmen, besonders die Observierung bestimmter Personkreise und Institutionen, einschließlich Postkontrollen, ablesen⁷¹. In der Untersuchung werden die Zentren der "revisionistisch-antisozialistischen Kräfte" aufgeführt und ihre "Hauptangriffsrichtungen und Forderungen" benannt, darunter die Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Westdeutschland und Öffnung nach dem Westen durch Einführung des freien Reiseverkehrs, durch den freien Verkauf westlicher Presseerzeugnisse, oder die Einstellung der Störsendungen gegen westliche Rundfunkstationen. Prominente Reformkommunisten werden ausführlich charakterisiert, ihre Auffassungen, politischen Aktivitäten und Kontakte zu westlichen Politikern beschrieben. Es folgen Übersichten "über besonders in Erscheinung getretene Publikationsorgane der CSSR"⁷².

Im Abschnitt "Ausnutzung der Erscheinungen in der CSSR durch die Feindzentralen für die weitere Forcierung der ideologischen Diversion gegen die DDR" werden einschlägige Äußerungen westdeutscher Politiker zitiert und Sendungen des westdeutschen Rundfunks und

⁶⁸ Einladung des 1. Sekretärs der Kreisleitung der SED des MfS, Heidenreich, vom 2. April 1968; BStU, ZA, Kreisleitung 197 (MfS-Signatur), Bl. 970 und 971.

⁶⁹ Schreiben Mielkes vom 11. April 1968; BStU, ZA, Dokumentenstelle 101306.

⁷⁰ BStU, ZA, SdM, Bl. 136-137.

⁷¹ BStU, ZA, ZAIG 5403, Bl. 125 f.

⁷² Ebenda, Bl. 47 f.

Fernsehens genannt, darunter ein Fernsehinterview mit dem österreichischen Philosophen Ernst Fischer am 18. März 1968 und ein Gespräch mit Robert Havemann.

Daß der Briefverkehr zwischen der CSSR und der DDR intensiv durch die Linie M des MfS kontrolliert wurde, geht aus dem Abschnitt "Ausnutzung persönlicher bzw. postalischer Verbindungen" hervor. Wiedergegeben werden Inhalte privater Briefe und Korrespondenzen zwischen Institutionen, Betrieben, Forschungseinrichtungen etc. Durch die Postkontrollen war das MfS in der Regel auch über geplante Treffen von DDR-Bürgern mit Westberlinern oder Westdeutschen in der CSSR informiert, so daß gezielte Beobachtungen veranlaßt werden konnten. Konstatiert wird eine Zunahme der Kontaktaufnahmen im Vergleich zum Vorjahr um das Dreifache.

Der "stärkste Widerhall" der Ereignisse in der DDR-Bevölkerung wird "unter Studenten und den Lehrkörpern aller Universitäten und Hochschulen, unter Kulturschaffenden und Teilen der pädagogischen und medizinischen Intelligenz sowie unter Schülern der oberen Klassen der Polytechnischen Oberschulen und der erweiterten Polytechnischen Oberschulen" verzeichnet, während sich Angehörige anderer sozialer Schichten zwar "ebenfalls lebhaft und oft besorgt" äußern, aber "kaum Forderungen zur Übertragung dieser Entwicklung auf die DDR stellen" würden⁷³.

Die Analyse bildet den Schwerpunkt des Referats, das Erich Mielke auf der Dienstkonferenz am 24. Mai 1968 hält und das anschließend zur Auswertung an die Leiter der Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen, der Bezirksverwaltungen, Verwaltungen und Schulen des MfS verschickt wurde⁷⁴. "Es ist völlig klar," heißt es darin, "daß das sozialistische Lager niemals die CSSR allein lassen wird. Der Kampf gegen die Konterrevolution ist eine internationale proletarische Pflicht. Das sozialistische Lager wird dem Gegner nicht gestatten, die CSSR auf den kapitalistischen Weg zurückzuzerren." Mielke spricht vom Mißbrauch der CSSR "als Ausgangsbasis für die gesamte Feindtätigkeit gegen die sozialistischen Staaten". Dies würde "dadurch begünstigt, daß die tschechoslowakischen Sicherheitsorgane außerordentlich geschwächt sind und in ihrer Aktionsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt sind". Er fordert, "unser Spionageabwehrsystem an und in militärischen Objekten und Anlagen einer nochmaligen gründlichen Überprüfung [...] zu unterziehen", kritisiert die ungenügenden Kontrollen von Einreisenden aus der Bundesrepublik und berichtet über die Einrichtung eines "Informationspunktes", über den "telefonische Mitteilungen von Angehörigen des MfS z. B. über die Beobachtung von verdächtigen Treffs mit Insassen westlicher Kraftfahrzeuge schnell erfaßt und bearbeitet werden"⁷⁵.

⁷³ Ebenda, Bl. 146 f.

⁷⁴ BStU, ZA, ZAIG 4719.

⁷⁵ Ebenda, Bl. 59-61.

Nach heftiger Kritik am "Aktionsprogramm" der KPC kommt Mielke auf die Grenzbefestigungen der CSSR in Richtung Bundesrepublik Deutschland und Österreich zu sprechen, an denen "Angehörige tschechischer Grenzsicherungsorgane sogenannte 'kameradschaftliche Verbindung' mit Angehörigen des westdeutschen Zollgrenzdienstes und Bundesgrenzschutzes hergestellt und 'Grenzverletzungen' angeblich gemeinsam aufgeklärt haben". Er fordert die Anwesenden auf, "alle bestehenden operativen Verbindungen zur CSSR" auszunutzen, um diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und in "die vorbeugende Tätigkeit zur Unterbindung des Menschenhandels und der Einschränkung der Treffdurchführung und Kontaktaufnahmen [...] verstärkt in geeigneter Form IM und GMS einzubeziehen, um eine wirksamere Absicherung von Bürgern der DDR bei ihren Aufenthalten in der CSSR und in anderen Ländern sicherzustellen"⁷⁶.

Dann kommt Mielke auf den springenden Punkt: Die "eigentliche, prinzipielle Konfrontation der besten Kräfte der Partei und des Volkes mit den antisozialistischen, feindlichen Kräften" stehe noch bevor. Es könne zu einer "weiteren Zuspitzung der Lage kommen" und "die DDR wie ihre Verbündeten" stünden dann vor der Notwendigkeit, "den Genossen in der CSSR mit den entsprechenden und geeigneten Mitteln zu helfen. Um es deutlich zu sagen: Als Ministerium für Staatssicherheit müssen wir darauf vorbereitet sein, wenn es nottut, unseren Genossen in der CSSR auch unter noch schwierigeren Bedingungen zur Seite zu stehen"⁷⁷.

In der "Disposition für die Dienstkonferenz am 12.6.1968" wird insbesondere auf die Gefahr hingewiesen, die von den sogenannten revisionistischen Kräften in der KPC ausgeht.

"USA-Regierung ist ebenso wie Bonn der Auffassung, daß der sogen. Liberalisierungsprozeß, in dessen Folge sie sich eine Schwächung der revolutionären Staatsmacht der Arbeiterklasse in der CSSR versprechen, nur dann, erfolgversprechend, weitergeführt werden könne, wenn revisionistische Kräfte in Führung der KPC und nicht so sehr Kräfte außerhalb der Partei die Entwicklung in der CSSR bestimmen [...]. Weiter sind USA der Meinung: Wenn revisionistische Kräfte in der KPC-Führung Entwicklung in der Hand behalten, könne das Beispiel CSSR im gesamten sozialistischen Lager eine größere politische Wirksamkeit erzielen, als wenn dieser Prozeß zu stark von antisozialistischen Gruppen forciert wird."⁷⁸

Die Aufklärungsergebnisse der HV A in diesem Zeitraum schlagen sich unter anderem in einem "Material für Besprechungen des Genossen Winzer mit dem Außenminister der CSSR, Hajek"⁷⁹ vom 14. Juni 1968 nieder. Von besonderem Interesse sind darin die "Fakten zu den westdeutsch-tschechoslowakischen Beziehungen, die ausschließlich zur persönlichen Infor-

⁷⁶ Ebenda, Bl. 202 f.

⁷⁷ Ebenda, Bl. 112 f.

⁷⁸ BStU, ZA, ZAIG 4721, Bl. 26.

⁷⁹ Siehe Dokument 2, S. 76.

mation verwendet werden dürfen"⁸⁰. Sie belegen die von der DDR so gefürchtete behutsame Annäherung der beiden Staaten. Von diplomatischer Anerkennung ist die Rede, die von "halboffizieller tschechoslowakischer Seite" vorgeschlagen wird. Bonn signalisiert seinerseits die Bereitschaft zu wirtschaftlicher Hilfe. "Durch eine besondere operative Maßnahme" gelingt es der HV A, Unterlagen über die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland aus dem Zeitraum Mai bis Juni zu beschaffen, aus denen ersichtlich gewesen sei, daß der Westen bereits damals mit einer sowjetischen militärischen Intervention gerechnet habe⁸¹.

Ebenfalls im Monat Juni wird - ohne expliziten Bezug auf die Situation in der Tschechoslowakei - der gesetzliche Rahmen der Tätigkeit des MfS erweitert. Die Volkskammer verabschiedet eine Reihe einschlägiger Gesetze. Durch das "Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei vom 11. Juni 1968" werden auch die Mitarbeiter des MfS zur Wahrnehmung der in diesen Bestimmungen geregelten Befugnisse ermächtigt. In der Neufassung des Strafregistergesetzes wird die Laufzeit für Suchvermerke und Steckbriefnachrichten von drei auf fünf Jahre erhöht⁸². Das "Gesetz über die gesellschaftlichen Gerichte der DDR" wird vom MfS selbst als "bedeutungsvoll für die operative Arbeit und die Untersuchungstätigkeit"⁸³ eingeschätzt. "Bedeutung für verschiedene Linien des MfS"⁸⁴ wird auch dem "Gesetz über die Anpassung von Strafbestimmungen und Ordnungsstrafbestimmungen" zugemessen. In der 1. Ergänzung zum Befehl Nr. 3/68 zur Strafrechtsschulung in den Organen des MfS wird die "differenzierte Durcharbeitung" der neuen Gesetze, insbesondere für die Angehörigen der operativen Dienste, angeordnet. Die Juristische Hochschule Potsdam hat entsprechende Lehrmaterialien zu erarbeiten⁸⁵.

Ende Juni 1968 legt die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe einen "Bericht über Meinungsäußerungen aus Kreisen vorwiegend mittlerer leitender KPC-Funktionäre sowie aus Kreisen der Intelligenz der CSSR zur Entwicklung der CSSR" vor, in dem u. a. anlässlich der Kommandostabsübung des Warschauer Pakts "Böhmerwald", die am 20. Juni begonnen hat, "bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung Befürchtungen, über angebliche Truppenstationierungen der Sowjetarmee"⁸⁶ registriert werden.

Am 24. Juni übermittelt der Leiter der HA I, Generalmajor Kleinjung, einen ersten Situationsbericht über die Kommandostabsübung der Truppen des Warschauer Pakts an Erich Mielke⁸⁷. Die darin erwähnte "theoretische Übungsaufgabe mit den teilnehmenden Sicherheitsorganen",

⁸⁰ Ebenda, Bl. 21-26.

⁸¹ BStU, ZA, SdM 1437, Bl. 309 f.

⁸² ZAIG, "Zu den in der Tagung der Volkskammer am 10. und 11. Juni 1968 angenommenen Gesetzen". In: "Disposition für die Dienstkonferenz am 12. Juni 1968" vom 11. Juni 1968; BStU, ZA, ZAIG 4721, Bl. 36-38.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ Siehe Anmerkung 8, S. 59 f.

⁸⁶ BStU, ZA, ZAIG 5404, Bl. 18.

⁸⁷ BStU, ZA, SdM 1436, Bl. 1 f.

die auf Initiative des sowjetischen Generalmajors Matwejew durchgeführt wird, ist vermutlich als Generalprobe für die konzertierte Aktion der Sicherheitsorgane während der militärischen Invasion zu sehen. Dabei kommt es zu Differenzen mit den tschechoslowakischen Teilnehmern, die darauf verweisen, daß sie "nur nach außen wirken" dürften und nicht berechtigt seien, "im Innern des Landes tätig zu sein." Daraufhin wird ihnen von den "Bruderorganen" recht nachdrücklich bedeutet, daß eine äußere Abwehr nicht durchzuführen sei, "ohne die Feinde im Inneren des Landes zu liquidieren"⁸⁸.

Am 2. Juli informiert Walter Ulbricht auf der Sitzung des Politbüros über den Aufruf der 70 tschechoslowakischen Künstler, Intellektuellen und Sportler "2000" Worte, der vor einem Erlahmen des Demokratisierungsprozesses warnt. Am selben Tag findet eine außerplanmäßige Sitzung des Politbüros zur CSSR-Krise statt.

Am 10. Juli tritt der "Befehl Nr. 018/68 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über das Zusammenwirken der Kräfte des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums für Nationale Verteidigung bei der Aufklärung und Abwehr von Handlungen gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik" in Kraft.

Am 12. Juli weist Mielke in einem Schreiben an, daß Angehörige des MfS, die auf Urlaub in der CSSR waren, ihren Dienststellenleitern über persönliche Eindrücke und Erkenntnisse zur Lage in der CSSR zu berichten haben⁸⁹.

Die Vorbereitung auf die militärische Intervention veranlaßt das MfS zu einer selbstkritischen Einschätzung der Effektivität seines Überwachungssystems. Zur Optimierung der Arbeit werden innerhalb kürzester Frist Maßnahmen eingeleitet, die in der Kollegiumssitzung am 16. Juli 1968 erörtert werden. Dazu zählen neue Ordnungen über die Hauptaufgaben der Bezirksverwaltungen und selbständigen Verwaltungen des MfS sowie der Kreis- und Objektdienststellen, eine neue Fahndungsordnung, eine neue Dienstanweisung zum System der Planung der politisch-operativen Arbeit sowie eine Richtlinie zur konsequenten Durchsetzung der Geheimhaltung⁹⁰. Dem Sitzungsprotokoll läßt sich entnehmen, daß damit in einigen Kreisdienststellen eine Verdoppelung des Personalbestandes an operativen Mitarbeitern verbunden war⁹¹. "Wir müssen mit einer weiteren Zuspitzung der Lage in der CSSR rechnen und uns darauf einstellen!" heißt es im Protokoll. Und was den Zustand der

⁸⁸ Ebenda, Bl. 4.

⁸⁹ Schreiben Mielkes vom 12. Juli 1968, BdL/820/68; BStU, ZA, Dokumentenstelle 101306.

⁹⁰ ZAIG, "Hinweise auf eine politisch-operative Schlußfolgerungen bzw. Aufgaben in Auswertung des 6. ZK-Plenums und der 9. Volkskammertagung (für die Kollegiumssitzung am 16. Juni 1968)"; BStU, ZA, ZAIG 4722, Bl. 3 und 4.

⁹¹ BStU, ZA, SdM 1563, Bl. 222.

tschechoslowakischen Sicherheitsorgane anbelange, so sei "ihre Lage [...] geradezu alarmierend geworden"⁹².

In einem Schreiben vom 19. Juli weist Mielke die Leiter der Bezirksverwaltungen, der selbständigen Verwaltungen, der Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen an, "ab sofort einen konkreten Überblick über die Reaktion der Bevölkerung in ihrem Zuständigkeitsbereich zu verschaffen und darüber an die ZAIG zu berichten"⁹³.

Am selben Tag meldet die Zeitschrift des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes "Literaturny listy" den Besuch des HV A-Chefs Markus Wolf bei seinem Amtskollegen Viliam Salgovic in Prag, der angeblich auf Drängen der Sowjets als Stellvertretender Minister des Innern und Chef der tschechoslowakischen Sicherheitskräfte eingesetzt worden war.

Wenige Tage zuvor hatten die Partei- und Regierungschefs des Ostblocks (ohne Rumänien und CSSR) in Warschau getagt und die KPC aufgefordert, der "Konterrevolution" Einhalt zu gebieten. Der Prager Antwortbrief vom 16. Juli bekräftigte jedoch die Fortsetzung des Reformkurses. "Die vor wenigen Tagen beendete Konferenz in Warschau dürfte klargemacht haben", heißt es in einer Rededisposition für eine Dienstkonferenz des MfS in Schwerin am 18. Juli 1968, "daß die Bruderparteien dem Treiben der imperialistischen Globalstrategen und ihren Helfershelfern (z. B. in der CSSR) nicht tatenlos zusehen werden"⁹⁴.

Im Monat Juli steht das Thema CSSR viermal auf der Tagesordnung des Politbüros. Am 19. Juli beschließt das ZK der SED die Bildung einer Arbeitsgruppe "für die Arbeit nach der CSSR." Außerdem wird eine operative Gruppe von Politbüromitgliedern und -kandidaten unter dem Vorsitz von Albert Norden zusammengestellt, die einmal wöchentlich tagt⁹⁵. In der Politbürositzung am 23. Juli werden Außenminister Otto Winzer und Erich Mielke mit der Ausarbeitung einer "Dokumentation über die imperialistische Einmischung in der CSSR insbesondere seitens der herrschenden Kreise der westdeutschen Bundesregierung, der Bundestagsparteien u. a." beauftragt⁹⁶.

In einem "Vermerk über eine Unterredung des Genossen Axen mit dem Botschafter der UdSSR, Genossen P. A. Abrassimow, am 17. 7. 1968, 0.00 Uhr"⁹⁷ werden Axens Antworten auf eine telefonische Anfrage Breshnews wiedergegeben, welche Maßnahmen das ZK der SED nach der Beratung in Warschau einzuleiten gedenke. "Man darf den antisozialistischen Kräften in der CSSR nicht länger die Initiative überlassen", heißt es, "Genosse Axen informierte weiter, daß eine spezielle Arbeitsgruppe beim ZK gebildet wurde, die alle

⁹² BStU, ZA, ZAIG 4722, Bl. 23.

⁹³ Schreiben Mielkes an die Leiter der Hauptabteilung/selbst. Abteilungen, Bezirksverwaltungen/Verwaltungen vom 19. Juli 1968; BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830.

⁹⁴ BStU, ZA, ZAIG 4723, Bl. 21.

⁹⁵ SAPMO, ZPA, J 2/2 A-1319.

⁹⁶ SAPMO, ZPA, J IV 2/2-1184.

⁹⁷ SAPMO, ZPA, J IV 2/202-80.

Kontakte mit der KPC und der CSSR koordiniert und gleichzeitig auch die Berichterstattung in unserer Presse lenkt". Am 19. Juli soll Botschafter Florin Dubcek einen Brief übergeben, in dem das Treffen zwischen der SED-Führung und Dubcek, das am 25. Juli stattfinden soll, befürwortet wird. Die "Ausübung eines massiven Drucks auf die Führung der KPC" ist geplant.

Mielke befiehlt am 29. Juli erhöhte Einsatzbereitschaft für die Diensteinheiten des MfS⁹⁸. Am selben Tag beginnen in Cierna nad Tisou viertägige Verhandlungen der Parteiführungen der UdSSR und der CSSR. Manöver im Westen der UdSSR werden auf Polen und die DDR ausgedehnt. Die Verhandlungen von Cierna nad Tisou werden am 3. August in Bratislava unter Hinzuziehung Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR fortgesetzt.

Aus einer "Aktennotiz" der HV A vom 3. August 1968 geht hervor, der Leiter der Militärmission der CSSR in West-Berlin, Oldrich Krepelak, habe über Hinweise verfügt, nach denen die Bundesregierung Kenntnis von einer bevorstehenden militärischen Intervention gehabt habe. Wörtlich heißt es darin:

"Genosse K. teilte ferner mit, daß er kürzlich auf einem Empfang von dem stellvertretenden Leiter der Vertretung des Bonner Auswärtigen Amtes in Westberlin angesprochen wurde und dieser ihm mitgeteilt habe, daß man in Bonn über Informationen verfügte, daß der Einmarsch von Truppen sozialistischer Länder in die CSSR vorgesehen wäre. Nach der Planung komme dabei der Armee der DDR eine besondere Bedeutung zu."⁹⁹

Der letzte ZAIG-Bericht über "Erneute Angriffe der Konterrevolution in der CSSR gegen die sozialistische Staatsmacht und marxistisch-leninistische Kräfte" ist vom 20. August 1968 datiert¹⁰⁰. Die Schlagworte darin sprechen für sich: "Aufrufe der [tschechoslowakischen] Presse zur kollektiven Selbstverteidigung der Journalisten und zur 'Verteidigung der Pressefreiheit'", "zügellose Hetze gegen klassenbewußte Arbeiter und Werktätige [...] mit dem Ziel der moralischen und physischen Vernichtung", "antisowjetische Kampagne", "Angriffe gegen die DDR", "Sozialdemokraten formieren sich weiter", "Parteiführung und staatliche Organe setzen keine Machtmittel gegen konterrevolutionäre Umtriebe ein", "noch immer Illusionen über Politik der westdeutschen Regierung".

2. Der 21. August 1968

Am 21. August 1968 ergeht die Anweisung an die Leiter der Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen, daß "sich der gesamte Mitarbeiterbestand des MfS bis auf Widerruf

⁹⁸ Siehe Dokument 4, S. 88 und Dokument 5, S. 89.

⁹⁹ BStU, ZA, SdM 1206, Bl. 17.

¹⁰⁰ BStU, ZA, ZAIG, Bl. 1-3.

durchgehend im Dienst" befindet¹⁰¹. Die Staatssicherheit konzentriert nun alle ihre Kräfte auf die Absicherung der Zerschlagung des Prager Frühlings. Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe verzeichnet ab Mitternacht vom 20. zum 21. August 1968 die Meldungen der wichtigsten westdeutschen und tschechoslowakischen Nachrichtenagenturen und Rundfunksender über den Truppeneinmarsch¹⁰². In speziellen Informationen wird über die Vorgänge beim Bundesgrenzschutz und in den westdeutschen Zollgrenzkommissariaten berichtet¹⁰³. Die Abteilung Aufklärung der HA I meldet "Bewegungen englischer Besatzer" in der West-Berliner Montgomery-Kaserne¹⁰⁴.

Am 21. August, um 14.00 Uhr, findet beim Minister eine Dienstbesprechung zum Thema "Information und Instruktion im Zusammenhang mit den Maßnahmen der sozialistischen Staaten für die Sicherung des sozialistischen Aufbaus in der CSSR"¹⁰⁵ statt, in der die HV A mit 14 leitenden Mitarbeitern auffallend stark vertreten ist. Die "militärische Hilfeleistung" wird als unabwendbar dargestellt und "völlig richtig" bezeichnet. Sie befinde sich "im Einklang mit Recht der Staaten auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung, wie sie die Bündnisverträge vorsehen"¹⁰⁶. Weiter heißt es in der Begründung:

"Für DDR und andere sozialistische Staaten wäre unerträgliche Lage entstanden, wenn die antisozialistischen Kräfte - sozusagen vor unserer Haustür - ihre konterrevolutionären Umtriebe hätten verstärken können. Wir haben stets gesagt: Es wird nicht geduldet, daß CSSR aus sozialistischer Staatengemeinschaft herausgebrochen wird.

Die Entscheidung, dem Hilfeersuchen verantwortungsbewußter tschechoslowakischer Persönlichkeiten nachzukommen, entspricht ferner den Interessen der besten Kräfte des tschechoslowakischen Volkes und ist Beispiel des sozialistischen Internationalismus."¹⁰⁷

Daß das Präsidium des ZK der KPC dies anders sah, zeigten die in der Dienstkonferenz wiedergegebenen neuesten Meldungen der "Rude Pravo". Dazu der Kommentar des MfS: "Offenbar hat Gruppe um Dubcek Ernst der Lage immer noch nicht begriffen." Und: "Also weiterhin Unterschätzung und Negierung der Gefahren!"¹⁰⁸ Die landesweiten Protestbekundungen in der CSSR werden als "organisierte Tätigkeit feindlicher und revisionistischer Kräfte der CSSR gegen die Maßnahmen zur Festigung des Sozialismus in unserem südlichen Nachbarland" gewertet. Im Abschnitt "Erste Reaktionen der Bevölkerung der DDR zu den

¹⁰¹ Arbeitsgruppe des Ministers (AGM), Schreiben des Ministers an die Leiter der Haupt-/selbst. Abteilungen vom 21. August 1968; BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830.

¹⁰² BStU, ZA, SdM 1437, Bl. 104-110, 117-121.

¹⁰³ Siehe Anmerkung 102, Bl. 92, 94, 102, 113.

¹⁰⁴ Siehe Anmerkung 102, Bl. 103.

¹⁰⁵ BStU, ZA, SdM 1564.

¹⁰⁶ BStU, ZA, ZAIG 4724.

¹⁰⁷ Ebenda, Bl. 9. (Unterstreichungen im Original).

¹⁰⁸ Ebenda, Bl. 11.

eingeleiteten Maßnahmen" registriert das MfS neben Kritik und Zustimmung, daß allgemein "Besonnenheit und Ruhe bewahrt wurde". Die "unklären, negativen und feindlichen Äußerungen" werden vor allem auf den Einfluß westlicher Rundfunksender zurückgeführt¹⁰⁹. Die aktuellen Schwerpunktaufgaben für die bevorstehende politisch-operative Arbeit des MfS lauten:

- "Feststellung der Reaktion der Westmächte - vor allem der USA, der Nato-Staaten - auf Maßnahmen der Staaten des Warschauer Vertrages im Zusammenhang mit der CSSR
- umfassende Aufklärung eventuell geplanter militärischer Maßnahmen der imperialistischen Staaten
- Aufklärung bzw. Einschätzung der möglichen Auswirkungen der Maßnahmen der Staaten des Warschauer Vertrages auf die westliche Außenpolitik insbesondere auf die Politik gegenüber den einzelnen sozialistischen Staaten
- Aufklärung der Haltung der Bonner Regierung, des Westberliner Senats sowie anderer politisch-einflußreicher Kräfte in Westdeutschland und Westberlin."¹¹⁰

Zu den innenpolitischen Maßnahmen heißt es, es sei

- "das Verhalten der bereits bekannten feindlichen bzw. negativen Elemente (z. B. Schwerpunkte der schriftlichen Hetze, negative Gruppierungen) unter op. Kontrolle zu halten"¹¹¹.

Über die Reaktion der Bevölkerung auf die "Ereignisse" seien Analysen für eine "umfassende Informierung der Parteiführung" zu erstellen. Dabei sei die "Situation zur Klärung der Frage 'Wer ist wer' auszunutzen"¹¹².

Auskunft "über die mit Wirkung vom 21.08.1968, 00.00 Uhr eingeleiteten Maßnahmen" geben die beigegefügtten Berichte des Ministeriums des Innern¹¹³.

3. Das Ende der Ära Dubcek

Laut Tagesinformation vom 23. August 1968 "gingen die Grenzsicherungskräfte WD-s (Westdeutschlands - d. V.) im Verlaufe der Nacht vom 22.8. zum 23.8.1968 wieder zum normalen Streifendienst über"¹¹⁴. Die Gefahr einer militärischen Konfrontation mit dem Westen war gebannt.

¹⁰⁹ Ebenda, Bl. 22 f.

¹¹⁰ Ebenda, Bl. 25.

¹¹¹ Ebenda, Bl. 26.

¹¹² Ebenda, Bl. 27.

¹¹³ Siehe Dokument 6, S. 90; Dokument 7, S. 92; Dokument 8, S. 94 und Dokument 9, S. 96.

¹¹⁴ SdM, "Information, Punktsystem Nr. A/K 66/88" vom 23. August 1968; BStU, ZA, SdM 1437, Bl. 14.

Am 22. August verlas der Sender "Radio Prag" die Erklärung des an einem geheimen Ort in Prag einberufenen 14. Parteitages der KPC. Sie deklarierte die Tschechoslowakei als freien Staat, dessen Souveränität durch die "Okkupation der Streitkräfte der Sowjetunion, Polens, der Deutschen Demokratischen Republik, Bulgariens und Ungarns verletzt" worden ist¹¹⁵. Der Parteitag stellte fest, daß "kein kompetentes Partei- und Regierungsorgan um Hilfe gebeten" habe. Es gebe in der CSSR weder eine Konterrevolution, noch sei die sozialistische Entwicklung bedroht gewesen, im Gegenteil, man sei "zur grundlegenden Realisierung der marxistischen Lehre [...] geschritten". Gefordert wird ferner die Freilassung der Inhaftierten aus der Partei- und Regierungsspitze und Verhandlungen über den Abzug der Truppen "mit unseren freien, verfassungsmäßigen Parteivertretern". Für den Fall das Parteichef Dubcek nicht in Kürze eine anderslautende Erklärung herausgebe, sollten alle Werktätigen in den Generalstreik treten; weitere Maßnahmen schlossen sich an, mit deren Durchführung das neugewählte ZK beauftragt würde. 1.094 Delegierte stimmten der Erklärung zu. Es gab nur eine einzige Stimmenthaltung, keine Gegenstimmen.

Im MfS wurde zur Sicherung der inneren Stabilität der DDR durchgehender Dienst für den gesamten Mitarbeiterbestand bis zum 29. August 1968 beibehalten¹¹⁶. Danach wurden in den Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen Gruppen operativer Diensthabender für den durchgehenden Dienst eingeteilt und ständige Einsatzgruppen gebildet, die sich als "Einsatzreserven der Leiter" bereitzuhalten hatten¹¹⁷.

Um die "zum Reservoir des Gegners gehörenden feindlichen und negativen Kräfte in der DDR", zu denen nach Auffassung des Staatssicherheitsdienstes in erster Linie die Intelligenz und die Kulturschaffenden zählten, unter Kontrolle zu halten, forderte Mielke in einer Anweisung vom 25. August ausführliche Einschätzungen in "Auskunftsberichten" über alle Personen, die durch ihre Tätigkeit "Möglichkeiten zur Beeinflussung eines größeren Personenkreises haben". "Politisch-operative Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit im Fernmeldewesen, in den Rundfunk- und Fernsehsendern und deren Studios" wurden in einem weiteren Schreiben vom selben Tag angeordnet¹¹⁸.

In einem Schreiben des Ministers vom 27. August wird die verstärkte Kontrolle von CSSR-Bürgern, die sich in der DDR aufhalten, angewiesen. "Feindliche Handlungen" und "Verhaltensweisen, die eine gegnerische Einstellung zur DDR [...] erkennen lassen", waren danach "präzise und beweiskräftig zu dokumentieren"¹¹⁹.

¹¹⁵ Ebenda, Bl. 15 f.

¹¹⁶ "Ergänzung zu meiner Anweisung über die Regelung des Dienstes" vom 23. August 1968; BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830, BdL/966/68.

¹¹⁷ Schreiben Mielkes an die Leiter der Haupt-/selbst. Abteilungen im Hause vom 29. August 1968; BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830, BdL/1064/68.

¹¹⁸ Siehe Dokument 10, S. 99 und Dokument 11, S. 101.

¹¹⁹ Siehe Dokument 12, S. 103.

In Legnica (Liegnitz), dem zeitweiligen Sitz des Führungsstabs des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Warschauer Paktstaaten, finden am 29. August 1968 zwei Treffen statt, über deren Verlauf Erich Mielke auf Weisung des Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Hoffmann, unterrichtet wird¹²⁰. Das erste Treffen findet auf Ersuchen des DDR-Verteidigungsministers Hoffmann mit dem sowjetischen Oberkommandierenden Jakubowski statt. Hoffmann bittet um weitere Weisungen hinsichtlich der erhöhten Gefechtsbereitschaft der NVA und der ursprünglich geplanten Truppenübung "Oder-Neisse". Auch soll Jakubowski über Sperrgebietserklärungen in der DDR und Sperrmaßnahmen im Grenzverkehr entscheiden.

Von besonderem Interesse ist der bei dieser Gelegenheit gegebene Lagebericht des Generalstabschefs Schtemenko, in dem auch die 7. Panzerdivision der NVA erwähnt wird, die als Reserve in Bereitschaft stand.

Schtemenko berichtete, daß es in einigen Garnisonen der Tschechoslowakischen Volksarmee Anzeichen für einen bewaffneten Widerstand gegeben habe. Explizit genannt wurden die Raketenbrigade Ostrava und die Offiziersschule Bratislava. Einige Kommandeure seien nach dem Einmarsch offen gegen die Moskauer Erklärung aufgetreten, darunter der Chef der Verwaltung Aufklärung, Burda, und der Chef des westlichen Militärbezirks, Prohaska.

Wegen des massiven Widerstands der Bevölkerung gegen die einmarschierenden Truppen habe es unter den russischen und polnischen Soldaten 58 Tote und ungefähr 250 Verletzte gegeben; ein Hubschrauber sei abgeschossen worden.

Hoffmann versicherte, daß die in Reserve stehenden Truppenverbände der NVA "auf die Lösung von Aufgaben auf dem Territorium der CSSR vorbereitet" und bereit seien, "alle gestellten Aufgaben zu erfüllen".

Bei dem am selben Tag stattfindenden Treffen zwischen der Regierungsdelegation der CSSR mit Präsident Ludvik Svoboda an der Spitze und Vertretern der verbündeten Streitkräfte kam es im übrigen zu einer Kontroverse zwischen dem tschechoslowakischen Verteidigungsminister Dzur und dem sowjetischen Armeegeneral Pawlowski. Dzur vertrat nämlich die Auffassung, die Widerstandshaltung der tschechoslowakischen Armee sei mit Weisungen und Befehlen nicht auszuräumen.

Zur "Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen" und "Abwehr feindlicher Handlungen an den Hoch- und Fachschulen" waren laut einem Schreiben vom 2. September "politisch-operative Analysen der Lehrkräfte und Studenten/Schüler" anzufertigen. Einbezogen wurden ausdrücklich auch die "Leitungskräfte" an den Universitäten, Hoch-, Fach- und Oberschulen und die dort aktiven Partei- und FDJ-Funktionäre. "Klassenbewußte Kräfte (Eltern, Bekannte u. a.)" sollten bei der

¹²⁰ Siehe Dokument 13, S. 103.

"Einleitung wirksamer Maßnahmen" behilflich sein. Weitere Inoffizielle Mitarbeiter und gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit müßten gewonnen werden¹²¹.

Etwa drei Wochen nach der militärischen Intervention, am 13. September 1968, verfügt Erich Mielke mit dem Befehl Nr. 31/68 "die Aufhebung der Maßnahmen der erhöhten Einsatzbereitschaft der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit"¹²². Die "Lücke im umfassenden Sicherungssystem der sozialistischen Länder" war wieder geschlossen.

Ein eigenes Thema sind die Regierungsbeschlüsse zur Grenzordnung an der Staatsgrenze der DDR zur CSSR und die Bestimmungen über den grenzüberschreitenden Reiseverkehr, an deren Ausarbeitung Vertreter des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV), des Ministeriums des Innern (MdI) und des MfS beteiligt waren. Das Politbüro des ZK der SED hatte bereits am 6. August 1968 "Vorschläge für die Einflußnahme auf den grenzüberschreitenden Reiseverkehr durch ökonomische Maßnahmen" bestätigt. Diese 1. Ergänzung zu der am 11. Juni 1966 beschlossenen Regelung über den visafreien Reiseverkehr zwischen der DDR und der CSSR sollte am 15. September 1968 in Kraft treten. Durch die Grenzsicherungsmaßnahmen am 21. August 1968 wurde das hinfällig. Der internationale Reiseverkehr wurde zunächst eingestellt und am 1. September 1968 unter starken Einschränkungen wieder aufgenommen. Kurzreisen von DDR-Bürgern durften fortan nur noch über die staatlichen Reisebüros erfolgen, die bereits seit dem 29. Juli 1968 zu "Regulierungsmaßnahmen" (Einstellung der Werbung für CSSR-Reisen, keine Abschlüsse neuer Verträge, schrittweise Einschränkung von Busreisen) veranlaßt worden waren¹²³. Zusammen mit dem MfNV und dem MdI beriet das MfS neue "Maßnahmen zur Einflußnahme auf den grenzüberschreitenden Reiseverkehr". Am 19. September trat die "1. Ergänzung des Ministers für Nationale Verteidigung zur Gemeinsamen Anweisung vom 11. Juni 1966 über die Durchsetzung der Grenzordnung an der Staatsgrenze der DDR zur CSSR" in Kraft, die Bürgern "anderer Staaten und der selbständigen Einheit WESTBERLIN [...] die Einreise in das Grenzgebiet und den Aufenthalt im Grenzgebiet grundsätzlich" untersagte.

Im folgenden Monat zieht das MfS eine erste Bilanz der innenpolitischen Entwicklung jener Wochen. In den Thesen für die Kollegiumssitzung und Dienstbesprechung mit den Leitern des MfS heißt es:

"Die innere Ordnung und Sicherheit in der DDR war jederzeit gewährleistet. Es gab keine ernsthaften, einen größeren Bevölkerungskreis oder bestimmte Bevölkerungsgruppen umfassende Mißstimmungen, Unruhen oder Vorkommnisse, die sich zu politi-

¹²¹ Siehe Dokument 15, S. 114.

¹²² Siehe Dokument 16, S. 115.

¹²³ SdM, "Vorschläge für die Vorlage für das Präsidium des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik über die Einflußnahme auf den grenzüberschreitenden Reiseverkehr mit dem Ausland durch ökonomische Maßnahmen" vom 5. September 1968; BStU, ZA, SdM 1461, Bl. 93 f.

schen Aktionen gegen die DDR und die Maßnahmen der fünf Warschauer Vertragsstaaten hätten ausweiten können."¹²⁴

Gleichzeitig muß das MfS jedoch eingestehen, daß die "feindlichen Handlungen" an Umfang und "Gesellschaftsgefährlichkeit" selbst die Protestbewegung in der DDR nach dem Mauerbau am 13. August 1961 übertroffen hatten:

"So erreichte die Feindschmierung, insbesondere das Anschmieren von Hetzlosungen und die Verbreitung selbstgefertigter Hetzschriften, ihre absoluten Höhepunkte am Tage der Bekanntgabe des Beginns der Verhandlungen zwischen Partei- und Regierungsdelegationen der UdSSR und der CSSR und am Tage vor der Veröffentlichung des Moskauer Kommuniqués."¹²⁵

Von den insgesamt 2.129 Protestbekundungen wurden 1.360 zu den "wesentlichen Vorkommnissen" gezählt. Die Deliktgruppen gliederten sich in:

- "Anschmieren von Hetzlosungen" (1.690)
- "Verbreitung selbstgefertigter Hetzschriften" (Anzahl der verbreiteten Schriften: 7.587; zusammen mit den bei der Festnahme sichergestellten Hetzschriften: 10.487)
- "anonyme Hetze" (Telefonanrufe/Briefe: 294) und
- organisierte Sympathiebekundungen (74).

Berlin war mit 585 Vorkommnissen (27 Prozent) der Spitzenreiter, gefolgt von den Bezirken Dresden mit 258, Karl-Marx-Stadt mit 206, Leipzig mit 170, Halle mit 131, Potsdam mit 124 und Erfurt mit 111 Aktionen. Bei den selbstgefertigten Schriften mit höherer Auflage lag Berlin mit 37 Prozent ebenfalls die Spitze, während Losungen mit besonderer Öffentlichkeitswirkung vor allem in Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Leipzig und Erfurt verzeichnet wurden. Dazu gehörten u. a. Sympathiebekundungen für die Prager Reformkommunisten, verbale Angriffe gegen die Invasoren, die vielfach als faschistische Okkupanten bezeichnet wurden, insbesondere Attacken gegen die "führenden Repräsentanten" der DDR, denen sogar mit Liquidierung gedroht wurde. Auch Aufrufe zum Sturz von Partei- und Staatsführung wurden registriert¹²⁶.

Das MfS bescheinigt sich selbst in der operativen Abwehrtätigkeit gute Arbeitsergebnisse. Noch nie sei eine so hohe Aufklärungsquote erreicht worden: 22 Prozent der "wesentlichen Feindhandlungen auf dem Gebiet der schriftlichen Hetze" waren es bis zum 14. September. Freilich, der "Rest" der "feindlichen Handlungen" habe bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufgeklärt werden können¹²⁷. Bereits im ersten Halbjahr 1968 blieben im Zusammenhang mit

¹²⁴ ZAIG, Hinweise für Kollegiumssitzungen - Dienstbesprechungen, Anfang Oktober 1968; BStU, ZA, ZAIG 4725.

¹²⁵ Ebenda, Bl. 53.

¹²⁶ Ebenda, Bl. 54-56.

¹²⁷ Ebenda, Bl. 59-63.

den Ereignissen in der CSSR zahlreiche Protesthandlungen von DDR-Bürgern ungeklärt - Mielke nennt die Zahl 1.100¹²⁸.

Eine der Ursachen für unbefriedigende Aufklärungsergebnisse sieht das MfS in dem mangelhaften Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern zur "operativen Kontrolle der bereits bekannten negativen und feindlichen Kräfte" und unzureichender Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte in den Parteien und Massenorganisationen. Daß das Überwachungssystem des MfS zum damaligen Zeitpunkt noch keineswegs "flächendeckend" war, belegt die Feststellung:

"In der Regel waren uns die als Täter bekanntgewordenen Personen vorher auch nicht als feindliche bzw. negative Elemente bekannt, was auf nicht unerhebliche Schwächen in der Klärung der Frage 'Wer ist wer' schließen läßt."¹²⁹

Gefordert wird deshalb die "qualitative und quantitative Verstärkung des IM-Netzes". Die Linie XX müsse die "koordinierte und schwerpunktmäßige Bearbeitung" von oppositionellen Personenkreisen in Zusammenarbeit mit den Hauptabteilungen IX, VII und den Kräften der Volkspolizei gewährleisten.

Zur Rolle der Kirche heißt es:

"Obwohl die Versuche führender reaktionärer Kirchenkreise, eine einheitliche feindliche Reaktion auf die Maßnahmen vom 21.8.68 zu erreichen, rechtzeitig aufgedeckt und verhindert wurden, ist mit weiteren derartigen und anderen Versuchen dieser Kreise zu rechnen. Durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch einen zielgerichteten IM-Einsatz, ist weiter an der Aufklärung der diesbezüglichen Pläne und Maßnahmen klerikaler Kräfte, deren Wirksamkeit im Innern der DDR, des Zusammenwirkens mit klerikalen Kräften in der CSSR und in anderen sozialistischen Ländern und der Einflußnahme durch die klerikalen Zentren in Westdeutschland und Westberlin zu arbeiten."¹³⁰

Zur Eindämmung der Einflüsse von seiten der CSSR auf die DDR-Bevölkerung wurden die Leiter der HA VII, XIX und der HPF sowie die MfS-Bezirksverwaltungen Dresden und Karl-Marx-Stadt angewiesen, das Sicherungssystem an der sogenannten Staatsgrenze Süd auszubauen und dabei auch die Grenzortschaften in die "Tiefensicherung" zur Verhinderung von Grenzübertritten einzubeziehen¹³¹. Die Leiter der HPF haben die "lückenlose Überwachung der Reisetätigkeit aus der CSSR in die DDR und umgekehrt" zu garantieren. Darüber hinaus wird verstärkte "operative Kontrolle und Filtrierung des postalischen Verkehrs" angeordnet.

¹²⁸ Ebenda, Bl. 73.

¹²⁹ Ebenda, Bl. 65.

¹³⁰ Ebenda, Bl. 170.

¹³¹ ZAIG, "Hinweise für Kollegiumssitzungen - Dienstbesprechungen" vom 20. November 1968; BStU, ZA, ZAIG 4726, Bl. 90 f.

Unterstützt wurde die DDR-Führung in ihrer Haltung gegenüber der Tschechoslowakei auch - das zeigen die Akten - durch tschechische Kollaborateure. So informieren am 10. September 1968 der Botschaftsrat der CSSR in Berlin, Mrazek, und der 2. Sekretär der Botschaft, Marek, die DDR-Seite davon, daß "nach dem bei den Moskauer Verhandlungen von den Führungsspitzen der UdSSR und der CSSR vereinbarten Beschluß in der CSSR im Grunde genommen noch nichts unternommen worden sei, um ein grundsätzliches politisches Aktionsprogramm zur Verwirklichung dieser Beschlüsse auszuarbeiten"¹³². Sie verträten die Auffassung, daß "die Regierung der CSSR [...] unter allen Umständen reorganisiert werden" müsse, da sie "faktisch handlungsunfähig" sei. Die Massenmedien seien "inhaltlich weit von der prinzipiellen Linie entfernt, die bei den Beratungen in Moskau und Bratislava festgelegt wurde. Die Intelligenz schweigt sich aus, während einige ihrer Vertreter illegal ihre aktive konterrevolutionäre Tätigkeit fortsetzen". Am 19. September 1968 übermittelt Peter Florin ein Gespräch mit dem ehemaligen Generalstabschef der tschechoslowakischen Armee, Rityr, und dem ehemaligen Kulturminister, Hofmann, um "die Parteiführung der DDR ebenso wie die sowjetischen Genossen auf eine Reihe von Gefahren aufmerksam zu machen". Gegenwärtig entwickle sich die CSSR weiterhin nach dem Kurs wie vor dem 21. August 1968. Beide Tschechen vertreten die Auffassung, daß entscheidende Veränderungen erzwungen werden müßten. Unter Umständen müsse man zur Errichtung einer Militäradministration bereit sein, sonst werde dem militärischen "Sieg" so bald kein politischer folgen. Sie fordern eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen den "gesunden Kräften in der CSSR" und den "5 Bruderparteien". Dazu der Botschafter Florin:

"Eigentlich reduziert sich der langen Rede kurzer Sinn auf die Forderung nach Druck von außen zur kadermäßigen Veränderung der Führung. Tatsächlich wird es ohne Ablösung von Dubcek u. a. auf die Dauer nicht gut gehen."¹³³

Daß die Botschafter der fünf Warschauer Paktstaaten durchaus nicht alle auf der Linie von Florin lagen, bezeugt der Rücktritt des ungarischen Botschafters Tömpe in Ostberlin. Dazu heißt es in einer Aktennotiz der Abteilung X:

"Genosse TÖMPE hat schriftlich und mündlich beim ZK der USAP sein Nichteinverständnis mit den Maßnahmen der Warschauer Paktstaaten am 21.8.1968 zum Ausdruck gebracht. [...] Unabhängig voneinander haben neben TÖMPE der Philosoph LUKACS sowie der frühere Ministerpräsident (1965) HEGEDÜS, der jetzt auf wissenschaftlichem Gebiet tätig ist, schriftlich beim ZK der USAP gegen die Maßnahmen der Warschauer Paktstaaten protestiert."¹³⁴

¹³² SAPMO, ZPA, J IV 2/202-299, S. 1-4.

¹³³ Botschaft Prag, "Vermerk" vom 19. September 1968 an Ulbricht, Honecker, Stoph, Botschafter Prag; SAPMO, ZPA, J IV 2/202-299, S. 1-5.

¹³⁴ "Aktennotiz" des Oberstleutnant Damm, Abteilung X, vom 17. Oktober 1968; BStU, ZA, SdM 1437, Bl. 141 und 142.

Die Aufgaben, die sich für das MfS in der neuen Situation ergeben, wurden in den Anfang Oktober 1968 verfaßten Thesen für die bevorstehende Kollegiumssitzung formuliert. Sie lauten:

"Ausnutzung aller politisch-operativen Möglichkeiten, um in die konterrevolutionäre-revisionistische Basis in der CSSR einzudringen. Konzentrierung auf festzulegende Schwerpunkte hinsichtlich derartiger Zentren und Personen.

Es muß detailliert aufgeklärt und ständig neu analysiert werden,

- welche Pläne und Absichten bestehen bzw. welche Maßnahmen getroffen werden, um exakte Realisierung der Moskauer Vereinbarungen seitens der CSSR zu umgehen,
- wie die positiven Kräfte in Partei und Gesellschaft isoliert, weiter zurückgedrängt ausgeschaltet und mundtot bzw. wirkungslos gemacht werden sollen (Verleumdung, Morddrohungen, Aufforderungen zum Rücktritt, Nachweis angeblichen Verrats oder der 'Kollaboration' usw.),
- wie Partei- und Staatsführung in CSSR weiter beeinflußt und gegebenenfalls unter Druck gesetzt werden soll,
- wie die Konterrevolution im Innern der CSSR versucht, sich neu zu formieren und zu konsolidieren,
- mit welchen Mitteln und Methoden die antisozialistische Tätigkeit - noch raffinierter und geschickter - fortgesetzt werden soll, und zwar welche Vorbereitungen getroffen werden, unter den 'gegebenen Bedingungen' zu wirken und welche Pläne und Absichten bestehen, nach einer 'Normalisierung' wieder aktiv zu werden,
- wie die konterrevolutionären Kräfte versuchen, die verschiedensten Bevölkerungskreise für bestimmte Formen des offenen oder des passiven Widerstandes (je nach Situation) zu gewinnen,
- wie sie versuchen, ihre illegalen Sendeanlagen und Druckereien und anderes in Sicherheit zu bringen bzw. entsprechende Vorbereitungen zu treffen, um sie evtl. später wieder einsetzen zu können,
- welche Pläne und Absichten bestehen, unter Ausnutzung legaler Möglichkeiten (Presse, Rundfunk, Fernsehen, Parteien und Organisationen, Versammlungen usw.) im Sinne der antisozialistischen oder revisionistischen Zielstellungen zu wirken,
- wie die konterrevolutionären Kräfte versuchen, mit konspirativen Mitteln und Methoden die Verbindung untereinander und zu den Feindzentralen im Ausland aufrechtzuerhalten [...].

Andererseits notwendig, ständig Übersicht über einflußreiche bzw. politisch-operativ ausnutzbare, progressive Kräfte in CSSR, vor allem Mitarbeiter der Sicherheitsorgane, zu vervollständigen, um mithelfen zu können, beste Kräfte der Partei, der Arbeiterklasse

und besonders der Sicherheitsorgane Rücken zu stärken im Kampf gegen konterrevolutionäre Umtriebe."¹³⁵

Die genannten Aufklärungsaufgaben, die sich das MfS stellvertretend für den geschwächten bzw. handlungsunfähigen tschechoslowakischen Staatssicherheitsapparat stellte und die eine eindeutige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlandes bedeuteten, sind als erste Phase des politischen Sondierungsprozesses zu sehen, der Monate später mit den Säuberungen enden sollte.

Als Beleg für die Kontakte des MfS zu den "ausnutzbaren, progressiven Kräften" in der CSSR sei hier der Bericht des späteren Nachfolgers von Markus Wolf, Major Großmann, über eine Dienstreise nach Brno vom 25. bis 29. November 1968 angeführt¹³⁶. Über einen "zuverlässigen" tschechischen Mitarbeiter der "Deutschen Linie" in Brno informierte sich Großmann zunächst über die Situation in der tschechischen Dienststelle und erkundete zugleich die "operativen Möglichkeiten" für die HV A. Er erfährt, daß der Leiter der Dienststelle, Stepan, mit dem inzwischen abgesetzten 1. Sekretär von Brno, Spacek, befreundet sei und daß Stepan seine Beziehungen zu ihm auch unter den neuen Verhältnissen aufrecht erhält. Stepan steht angeblich auch hinter den als "revisionistisch" geltenden 1. und 2. Kreissekretären von Brno, die über Spacek Verbindung zu Dubcek hätten. Sogar konspirative Verbindungen zur KP Italiens sagt man ihnen nach. Der auskunftsfreudige tschechische Genosse erklärt sich gegenüber Großmann bereit, "sich intensiv mit den negativen und positiven Personen zu beschäftigen und entsprechende Materialien zusammenzustellen. Das gleiche trifft für konterrevolutionäre Gruppen zu". Er sowie sein Vorgesetzter von der "Deutschen Linie" seien bereit, den deutschen Bruderorganen "bei der Unterstützung der CSSR aktive Hilfestellung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu geben", ja, sie erwarten geradezu, daß die Deutschen sich "Gedanken über die nächsten Schritte machen, die gemeinsam unternommen werden müßten, um den konterrevolutionären Elementen entgegentreten zu können". Großmann fügt hinzu : "Aufgrund ihrer weitreichenden Verbindungen bis zum Parteiapparat und zum Ministerium nach Prag bestehen günstige Informationsmöglichkeiten, wenn diese entsprechend unseren Wünschen genutzt werden sollten".

Zu den vorrangigen Aufgaben der HV A in Richtung Westen zählt in dieser Situation die "Beschaffung konkreter Informationen über die zu erwartende Überprüfung der Konzeption und der praktischen Maßnahmen der 'Ostpolitik' im Bonner Auswärtigen Amt, im Bundeskanzleramt, im Bundesministerium für 'gesamtdeutsche Fragen', im Bonner Wirtschaftsministerium".

¹³⁵ Siehe Anmerkung 124, Bl. 25 f.

¹³⁶ HVA-IV, "Bericht über die durchgeführte Reise des Genossen Major Großmann in die CSSR" vom 9. Dezember 1968; BStU, ZA, SdM 1435, Bl. 507 f.

Die Warschauer Paktstaaten sahen sich 1968 in der CSSR erstmals mit einem Phänomen konfrontiert, das es während der vorangegangenen Befreiungsversuche von den Zwängen des kommunistischen Herrschaftssystems zumindest in dieser Dimension noch nicht gegeben hatte: das neben den offiziellen Sendeanlagen existierende Netz von Rundfunk- und sogar Fernsehstationen. Solange diese Sender die tschechoslowakische Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit von den Vorgängen im Lande auf dem laufenden hielten, war das freie Schalten und Walten der Interventen und ihrer Kollaborateure stark beeinträchtigt. Dementsprechend lauten auch die von Mielke Anfang Oktober 1968 gezogenen "Schlußfolgerungen für die politisch-operative Tätigkeit des MfS":

1. "Tätigkeit der konterrevolutionären Kräfte in der CSSR hat die entscheidende Bedeutung eines präzise funktionierenden Systems der Funkaufklärung und -abwehr deutlich gemacht.

Die Abteilung F hat die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit, der Ortung und der Aufklärung der illegalen Sender in der CSSR gründlich zu analysieren und daraus Lehren sowohl für die politisch-operative Arbeit zur wirksamen Absicherung solcher Objekte als auch zu deren Aufspürung und Liquidierung unter Ausnutzung aller verfügbaren operativ-technischen Mittel zu ziehen.

2. Bei der HV A müssen Voraussetzungen geschaffen werden, um eine systematische Auswertung der durch die Funkaufklärung gewonnenen Erkenntnisse über die Feindlage, vor allem die militärische Lage und die Sicherheitslage, zu gewährleisten [...]
3. In Auswertung der bisherigen Erkenntnisse/Erfahrungen über die Tätigkeit von Amateurfunkern, Amateurfunkklubs usw. in der CSSR ist im Bereich meiner Stellvertreter, Gen. Generalleutnant Beater und Gen. Generalmajor Schröder, gewissenhaft zu überprüfen, inwieweit die operative Kontrolle und Sicherung dieses Bereichs in der DDR den Erfordernissen entspricht [...]
4. Die Maßnahmen zur politisch-operativen Sicherung der zentralen staatlichen Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens und der Presse sind entsprechend den gesammelten Erfahrungen aus der Aktion zu überprüfen und zu vervollständigen [...]
5. Beantwortung der Frage 'Wer ist wer?' in den Bereichen des Post- und Fernmeldewesens, des Rundfunks, Fernsehens und der Presse konsequenter weiterführen [...]
6. Die Ereignisse in der CSSR haben erneut bewiesen, daß die Feindsender 'Radio Freies Europa', 'Deutsche Welle' und 'Deutschlandfunk' entscheidend an der Organisation und Lenkung konterrevolutionärer Kräfte und Aktionen beteiligt waren und sind und dabei aufs engste mit imperialistischen Geheimdiensten u. a. Feindzentralen zusammenarbeiten bzw. von diesen durchsetzt sind. [...] Angesichts

der wachsenden Bedeutung, die diese Sender für die Zersetzungs- und Aufweichungstätigkeit gegenüber den europäischen sozialistischen Ländern erlangen, ist durch meine Stellvertreter, Gen. Generalleutnant Beater und Gen. Generalleutnant Wolf, ein Plan zu erarbeiten, wie die politisch-operative Bearbeitung dieser Sender - in Koordinierung mit anderen sozialistischen Ländern - erfolgen soll."¹³⁷

Weitere Punkte sind die "Herstellung und Verbreitung schriftlicher Hetzpropaganda" in Form von illegalen Zeitungen, Flugblättern, Plakaten, gestanzten Plaketten und Anhängern sowie das "gut geordnete System der Nachrichtenbeschaffung (besonders Journalisten, Fotografen, Jugendliche)"¹³⁸.

Der entsprechende Auftrag an die ZAIG in Zusammenarbeit mit den Linien VII, XVII und XX lautet, Vorschläge zur Aufklärung und Erfassung der "im jeweiligen Verantwortungsbereich vorhandenen Druck-, Kopier- und Vervielfältigungsanstalten und -einrichtungen" zu unterbreiten¹³⁹. Eine diesbezügliche "operative Fahndung" des MfS zur Aufklärung der Verstecke und Unterschlupfmöglichkeiten der "führenden Kräfte der Konterrevolution" war bereits ausgelöst worden¹⁴⁰. Für die "Bearbeitung und Kontrolle" der Anlaufstellen zum Nachrichtenaustausch und zur Verbindungsaufnahme wie ausländische Botschaften und Vertretungen, Hotels, Korrespondentenbüros, Reisebüros, internationale Campingplätze, Gebäude internationaler Organisationen, Museen u. a. solle die Zweckmäßigkeit der Schaffung einer besonderen Diensteinheit des MfS geprüft werden¹⁴¹.

Am 27. November 1968 legt die Hauptabteilung IX eine erste Analyse der Ermittlungsverfahren der Untersuchungsorgane des MfS gegen DDR-Bürger vor, die seit dem 21. August 1968 wegen Protesthandlungen gegen die militärische Intervention festgenommen worden waren¹⁴².

Der im Anhang dokumentierte Bericht weist aus, daß das Gros der insgesamt 506 inhaftierten Personen der "staatsfeindlichen Hetze" und der "Staatsverleumdung" beschuldigt wurde. Über zwei Drittel sind Jugendliche unter 25 Jahren, vor allem Schüler, Lehrlinge und Studenten. Zum auffallenden Personenkreis gehören ferner Angehörige künstlerischer Berufe und der Intelligenz. Viele der Inhaftierten, die in den Augusttagen gerade in der CSSR ihren Urlaub verbrachten, hatten sich dort an den "konterrevolutionären Ausschreitungen" beteiligt und waren nach ihrer Heimkehr außerstande, ihre Erlebnisse für sich zu behalten und die entstellende offizielle Berichterstattung unwidersprochen hinzunehmen.

¹³⁷ ZAIG, "Hinweise für Kollegiumssitzungen - Dienstbesprechungen". Es handelt sich dabei, das geht aus sprachlichen Wendungen wie "meine Stellvertreter" Beater und Schröder hervor, um das Redemanuskript Mielkes; BStU, ZA, ZAIG 4725, Bl. 42-45.

¹³⁸ Ebenda, Bl. 47.

¹³⁹ Ebenda.

¹⁴⁰ Ebenda, Bl. 48.

¹⁴¹ Ebenda, Bl. 49.

¹⁴² Siehe Dokument 17, S. 117.

Im Referatsentwurf vom 29. November 1968 für die bevorstehende SED-Kreisleitungssitzung des MfS wird u. a. das Novemberplenium des ZK der KPC einer kritischen Einschätzung unterzogen. Das Fazit lautet:

"Die revisionistische Grundlinie der Politik der KPC-Führung wurde beibehalten. Daneben wurde eine zunehmende politische Differenzierung und Polarisierung der Kräfte im ZK der KPC sichtbar."¹⁴³

Dieser Prozeß der Polarisierung sei genau zu verfolgen und "entsprechend unseren Möglichkeiten" zu fördern. Vom weiter existierenden "illegalen Netz feindlicher Kräfte", von der "Entfaltung einer neuen nationalistischen Welle, verbunden mit einer verstärkten antisowjetischen Hetzkampagne" ist die Rede. Insbesondere unter der studentischen Jugend sei der "Zersetzungsprozeß" weit vorangeschritten. "Ultimative Forderungen nach Wiederherstellung der völligen Presse- und Informationsfreiheit" seien von den Verbänden der Künstler, Schriftsteller und Journalisten erhoben worden. Man drohe sogar, "daß die Geistesschaffenden 'niemals auf kritisches Denken und freies Erwägen aller Fragen verzichten' werden". In einer als "Schwarzbuch" bezeichneten Dokumentation über den sowjetischen Einmarsch werde "der Versuch unternommen, die angebliche Unrechtmäßigkeit des Einmarschs der Truppen der fünf Bruderparteien nachzuweisen und damit zugleich eine feindselige Stimmung bei der Bevölkerung der CSSR gegenüber diesen sozialistischen Staaten zu erzeugen"¹⁴⁴. Eine besondere Gefahr stellten die Emigranten dar, die nur darauf warteten, zum geeigneten Zeitpunkt wieder in die CSSR zurückzukehren. Ein geflüchteter Konterrevolutionär, der ehemalige Präsident der Staatsbank von Bratislava, habe in einem Vortrag vor einer amerikanischen Universität sogar die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, "daß die USA, gemessen an ihren menschlichen Werten, dem Sozialismus näher sei als die Sowjetunion. Und dieses Element hat nicht nur solche Ideen in der CSSR zurückgelassen", heißt es weiter, "sondern auch viele ihm hörige Personen"¹⁴⁵.

Die Aufgabe des MfS in dieser Situation lautete zum wiederholten Male:

"Eindringen in die führenden rechten, revisionistischen Kreise der CSSR, aber auch in die konterrevolutionären, antisozialistischen Kreise [...], um konkrete, exakte Informationen über ihre Tätigkeit, über ihre Pläne und Absichten, Verbindungen und Kontakte im In- und Ausland, über die Steuerung des illegalen antisozialistischen Netzes, die Einbeziehung von Institutionen, Organisationen usw. in ihre Tätigkeit unter den veränderten Bedingungen zu erhalten."¹⁴⁶

¹⁴³ BStU, ZA, ZAIG 3878, Bl. 56.

¹⁴⁴ Ebenda, Bl. 63-66.

¹⁴⁵ Ebenda, Bl. 69.

¹⁴⁶ Ebenda, Bl. 71.

In der Tschechoslowakei kommt es währenddessen immer noch zu verzweifelten Widerstandsversuchen. Der 21jährige Student Jan Pallach erleidet am 16. Januar 1969 bei einem Selbstverbrennungsversuch auf dem Prager Wenzelsplatz so schwere Verletzungen, daß er drei Tage danach stirbt. Seinem Beispiel folgen später vier weitere Menschen in Pilsen, Brünn und noch einmal in Prag. Die Beerdigung Pallachs gerät zu einer Massendemonstration für die Reformpolitik.

Wie ernst das MfS dieses Fanal des politischen Widerstands nimmt, belegen die Hinweise für die am 24. Januar stattfindende Dienstbesprechung: "Auch wenn z. Zt. keine ernststen Vorkommnisse in der DDR, Auswirkungen der gegenwärtigen gespannten Situation, Möglichkeit des zeitweiligen erheblichen Anwachsens von Feindhandlungen keine Minute unterschätzen, jederzeit bereit sein, sofort konsequent und überlegt zu reagieren." Besonders sei darauf zu achten, "daß die Vorgänge der letzten Tage bei einzelnen Personen eine gewisse Psychose ausgelöst haben; die Unberechenbarkeit, besonders geistesgestörter Personen, hat zugenommen"¹⁴⁷.

Die Kontrollorgane des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs werden angewiesen, die "Einschleusung feindlicher, provokatorischer und verkommener Elemente" zu verhindern unter "Beachtung der anarchistischen, pseudorevolutionären Kräfte in Westberlin". Kontaktpersonen zu Kreisen der Intelligenz, zu Künstlern und Studenten sind durch die Hauptabteilung Paßkontrolle und Zollfahndung (HPF) umgehend an die entsprechenden MfS-Diensteinheiten weiterzumelden.¹⁴⁸ Am selben Tag wird auf Anweisung des Ministers ab 25. Januar 1969 bis auf Widerruf durchgehender Dienst für die Angehörigen sämtlicher Diensteinheiten angeordnet. In Erwartung "einer weiteren Verschärfung der Lage" sind die erforderlichen "politisch-operativen Maßnahmen" vorzubereiten¹⁴⁹.

Auch die sowjetische Führung ist offenkundig beunruhigt. Leonid Breshnew und Außenminister Alexej Kossygin richten eine Protestnote an Alexander Dubcek und den Vorsitzenden der Regierung der CSSR, Oldrich Cernik, in der der Akt der Selbstverbrennung "Provokateuren" zugeschrieben wird, die Pallach zu diesem Schritt gedrängt hätten. Die so ausgelöste Psychose werde "gegen die Politik der KPTsch und der Regierung der CSSR" gelenkt. Die Ereignisse in der CSSR nähmen einen "gefährlichen politischen Charakter" an. Die z. T. durch die Medien verbreiteten Forderungen nach Aufhebung der Zensur, nach allgemeinen freien Wahlen aller Organe der Staatsmacht und nach Wiederaufnahme der Beratungen des 14. Parteitages der KPC werden kritisiert. Massenkommunikationsmittel würden dazu benutzt, den Abzug der sowjetischen Truppen zu verlangen. Der sowjetische Generalsekretär fordert vom ZK der KPC und der Regierung der CSSR, "politisch notwendige Schlußfolgerungen" zu ziehen und "unaufschiebbare Maßnahmen zu treffen, die ausreichend sind, um dem Treiben derjenigen

¹⁴⁷ ZAIG, Hinweise für die Dienstbesprechung am 24. Januar 1969; BStU, ZA, ZAIG 4727, Bl. 1-5.

¹⁴⁸ Ebenda, Bl. 5.

¹⁴⁹ Schreiben Mielkes vom 24. Januar 1969; BStU, ZA, Dokumentenstelle 101832, BdL/83/69.

Einhalt zu gebieten, die eine Normalisierung der Lage im Lande auf marxistisch-leninistischer, internationalistischer Grundlage zu verhindern suchen"¹⁵⁰.

Im Februar kommt das Mitglied des Präsidiums der KPC, Vasil Bilak, auf Einladung des SED-Politbüros nach Berlin. Seinen Informationen, die u. a. Thema einer Dienstbesprechung des MfS am 12. Februar sind, ist zu entnehmen, daß Dubcek aus Verärgerung über den - auf DDR-Territorium stationierten - Propagandasender "Vltava" (Moldau) Verhandlungen mit der SED ablehne¹⁵¹. Bilak spricht von zwei "gefährlichen Druckmitteln" in der Hand der "organisierten Konterrevolution": dem Bericht der Rehabilitierungskommission im Zusammenhang mit dem Slansky-Prozeß und der Konzeption des Wirtschaftswissenschaftlers Ota Sik, Partei und Wirtschaft zu trennen.

Ein Meinungs austausch über die Situation in der CSSR findet im Februar auch zwischen dem Minister des Innern der VR Ungarn, Benkei, und dem Leiter der Abteilung X, Oberstleutnant Damm, statt¹⁵². Benkei berichtet von den ungarischen Erfahrungen 1956 in punkto Säuberung der Sicherheitsorgane und der Armee. Erörtert wird auch die Haltung des Philosophen Lukacs zum Vorschlag von Bertrand Russell, das Stockholmer Tribunal gegen die Maßnahmen der fünf Warschauer Paktstaaten zu unterstützen.

Am 13./14. März 1969 findet im MfS eine Dienstkonferenz statt, auf der die "letzten Beratungen von Partei und Regierung (besonders 9. Plenum) und die Entwicklung der Klassenkampfsituation" für die politisch-operative Arbeit des MfS ausgewertet werden sollen¹⁵³. Einer der Schwerpunkte sind die "neuen Formen der Zersetzung und Schwächung der sozialistischen Staaten" durch gewaltfreien Widerstand bzw. gewaltfreie Aktionen der Bevölkerung.

Die Verweigerungshaltung des tschechoslowakischen Volkes, unterstützt durch den Kurs des passiven Widerstandes der Parteiführung, hatte in den Monaten seit dem Einmarsch ein in der Geschichte des Sowjetimperiums ungekanntes Ausmaß angenommen. Daß der friedliche Widerstand in seinen vielfältigen Varianten auch im Westen aufmerksam verfolgt wurde und Gegenstand von Forschungsberichten war, die das Thema einer Tagung der Evangelischen Akademie in West-Berlin bildeten,¹⁵⁴ diente den MfS-Propagandisten als willkommener Vorwand, einen Sündenbock dingfest zu machen.

Diese Formen des Protests seien nach einem "gegnerischen Plan [...] im allgemeinen Punkt für Punkt von den antisozialistischen Kräften befolgt worden",¹⁵⁵ heißt es im Referat der

¹⁵⁰ SAPMO, ZPA, J IV 2/202-302.

¹⁵¹ Aufzeichnung nach einem mündlichen Bericht "des Genossen Fischer"; BStU, ZA, SdM 1437, Bl. 22-24.

¹⁵² "Notiz über den Empfang durch den Minister des Innern der VR Ungarn, Genossen Benkei, am 14. Februar 1969, 14.00-15.30 Uhr in Budapest" von Oberstleutnant Damm, Abteilung X, vom 17. Februar 1969; BStU, ZA, SdM 1437, Bl. 145 f.

¹⁵³ ZAIG, Referat, gehalten auf der Dienstkonferenz am 13./14. März 1969; BStU, ZA, ZAIG 4729.

¹⁵⁴ Ebenda, Bl. 81-84.

¹⁵⁵ Ebenda, Bl. 81.

Dienstkonferenz. Die CSSR sei bemüht, "keine äußeren Anlässe zum Eingreifen der sozialistischen Staaten mehr zu geben, sondern ohne öffentliches Aufheben systematisch die revisionistischen Forderungen durchzusetzen"¹⁵⁶. Es gebe noch immer keine konsequente Auseinandersetzung mit den sogenannten feindlichen Kräften. Das Präsidium und das ZK der KPC befänden sich "im wesentlichen weiter in den Händen revisionistischer und rechter Elemente",¹⁵⁷ die das Aktionsprogramm der KPC am Ende doch noch durchzusetzen hofften. Das Dezemberplenium des ZK der KPC habe "jegliche marxistisch-leninistische Konzeption zur künftigen Gestaltung der Volkswirtschaft vermissen" lassen, und auf dem letzten Plenum des ZK der KPC im Januar sei man "ein weiteres Mal vor dem Druck des Klassenfeindes gewichen"¹⁵⁸. Daneben gebe es auch Hinweise dafür, daß sogenannte reaktionäre Kräfte aus dem Untergrund dabei seien, sich Waffen zu beschaffen. "Wir verfallen zwar deshalb nicht in Panik, aber als Tschekisten müssen wir den vorhandenen Realitäten Rechnung tragen", lautet der Kommentar. Möglicherweise damit im Zusammenhang stehende Pläne, Absichten und Maßnahmen seien unter Mithilfe des MfS rechtzeitig und konkret aufzuklären¹⁵⁹.

Diese Lageeinschätzung ähnelt der des MfS vor der militärischen Invasion: Die eigentliche Konfrontation stehe noch bevor. Es sei eine "internationalistische Pflicht, den marxistisch-leninistischen Kräften in der KPC - vor allem in den Sicherheitsorganen - jede erdenkliche Hilfe im Kampf gegen die konterrevolutionären sowie revisionistischen Kräfte zu gewähren. Es gilt deshalb, jedem Mitarbeiter klarzumachen, daß wir uns auf eine langfristige politisch-operative Arbeit zur Hilfe und Unterstützung der CSSR einstellen müssen"¹⁶⁰.

Als wichtigste Aufgabe wird die "Aufklärung der feindlichen Pläne, Absichten und Maßnahmen, der gegen die CSSR wirkenden Zentralen, Organisationen, Personengruppen usw. und der konterrevolutionären Zentren in der CSSR" genannt.

"Es geht um die zielgerichtete Beschaffung konkreter, aussagekräftiger, objektiver Informationen aus den Spitzen der konterrevolutionären und revisionistischen Kreise der CSSR."¹⁶¹

Dazu seien alle operativen Möglichkeiten des MfS zu nutzen. Bei der Aufklärung der Sender "Radio Freies Europa", "Deutsche Welle" und "Deutschlandfunk", die angeblich aufs engste mit imperialistischen Geheimdiensten und anderen Feindzentralen zusammenarbeiteten, habe das MfS "in Koordinierung mit den Sicherheitsorganen der anderen sozialistischen Länder" vorzugehen¹⁶². Detaillierte Anweisungen ergehen - wie unmittelbar vor der militärischen

¹⁵⁶ Ebenda, Bl. 201.

¹⁵⁷ Ebenda.

¹⁵⁸ Ebenda, Bl. 205.

¹⁵⁹ Ebenda, Bl. 222.

¹⁶⁰ Ebenda, Bl. 231.

¹⁶¹ Ebenda, Bl. 234.

¹⁶² Ebenda, Bl. 238.

Invasion - an alle mit der Sicherung der Grenze bzw. des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs befaßten Linien des MfS. Vom 18. März 1969 datierten Situationsbericht des DDR-Botschafters Florin in Prag, adressiert an Hermann Axen, wird die Feststellung getroffen, daß der "Höhepunkt der Differenzierung erreicht" sei. Nach Aussagen des ehemaligen tschechoslowakischen Stellvertretenden Kulturministers, Hoffmann, und des Generaloberst der Armee, Rityr, beginne nun nach der "Zersetzung des Partei- und Staatsapparates [...] die Zersetzung der Wirtschaftskader, der sich mit Hilfe von Wahlen die Deformierung der örtlichen Nationalräte [...] anschließen soll. Wenn das alles gelingen würde, wäre nach ihrer Auffassung alles verloren"¹⁶³. Von einer Eskalation der antisowjetischen Propaganda ist die Rede und von der Müdigkeit vieler Genossen, die "einen gesunden Standpunkt" vertreten.

"Wenn nichts Entscheidendes geschehe, würde sich dieser Prozeß verheerend auswirken. Die Zeit sei reif, um entschiedener aufzutreten."¹⁶⁴

Im März findet in Stockholm die Eishockey-Weltmeisterschaft statt. Der Sieg der tschechoslowakischen über die sowjetische Mannschaft im ersten Spiel, am 21. März, löst in der CSSR landesweite Demonstrationen aus, in denen die Menschen ihrer Genugtuung Ausdruck verleihen. Am 28. März gewinnt die CSSR im zweiten Spiel gegen die sowjetische Mannschaft den Weltmeistertitel.

In seiner Autobiographie "Leben für die Freiheit" äußerte Alexander Dubcek die Vermutung, die Sowjets und ihre Agenten in der tschechoslowakischen Sicherheitspolizei hätten sich unter Mitwirkung des tschechischen Innenministers Josef Groesser sorgfältig auf diese Situation vorbereitet. Die antisowjetischen Ausschreitungen auf dem Prager Wenzelsplatz waren nach Dubceks Vermutung eine organisierte Provokation, die zur Erpressung weitreichender politischer Konzessionen genutzt wurde¹⁶⁵. In einer Protestnote der sowjetischen Regierung wurde die kritische Lage in der CSSR denn auch auf die unentschlossene Haltung des ZK der KPC und der tschechoslowakischen Regierung gegenüber der "rechten Gefahr", auf die Rolle der tschechoslowakischen Medien und die Öffnung des Landes für westliche Medien zurückgeführt und eine harte Bestrafung der Anführer und Anstifter der antisowjetischen Provokationen gefordert. Im Wiederholungsfall behielten sich das ZK der KPdSU und die Regierung der UdSSR das Recht auf "effektive Maßnahmen" vor. Um der Note noch mehr Nachdruck zu verleihen, kommt am 31. März Marschall Gretschno in Begleitung des Stellvertretenden sowjetischen Außenministers W. S. Semjonow nach Prag. Beide verlangen die Wiedereinführung der Zensur und den Einsatz der bewaffneten Kräfte gegen die "Konterrevolution".

¹⁶³ SAPMO, ZPA, J IV 2/202-302.

¹⁶⁴ Ebenda, Bl. 2.

¹⁶⁵ Dubcek, siehe Anmerkung 42, S. 338 f.

Am 2. April gibt der Leiter der Operativgruppe des MfS in Prag, Oberleutnant Dorfmeister, an den Leiter der Abteilung X, Oberstleutnant Damm, zwei telefonische Lageberichte durch: In der offiziellen Verurteilung der Ausschreitungen in der Nacht vom 28. zum 29. März seien Presse, Rundfunk und Fernsehen für das Geschehen verantwortlich gemacht worden. Im Falle weiterer Ausschreitungen seien Ausgehverbot, Standrecht und Schießbefehl angekündigt. Für die tschechoslowakischen Sicherheitsorgane sei ab 2. April 1969 volle Einsatzbereitschaft angeordnet¹⁶⁶.

Am 7. April erläßt das MfS den "Befehl Nr. 11/69 zur Unterstützung des Kampfes gegen die subversiven Anschläge auf die Einheit und Geschlossenheit der Staaten des sozialistischen Lagers" und eine "Direktive" zur Umsetzung dieser Weisung¹⁶⁷.

Am 17. April 1969 tritt Alexander Dubcek von seiner Funktion als Erster Sekretär des ZK der KPC zurück. Sein Nachfolger wird der slowakische KP-Chef Gustav Husak, der kurz zuvor bei einem heimlichen Treffen mit Breshnew zur Übernahme dieses Amtes ermutigt worden war¹⁶⁸. Im neu gewählten Präsidium des ZK der KPC sind die Reformanhänger nun in der Minderheit. Damit ist das Ende des Prager Frühlings besiegelt.

4. Die "Normalisierung"

Die "Zusammengefaßte Niederschrift einer Information des Genossen Vilem Novy, Mitglied des ZK der KPC, am 25. April über die gegenwärtige Situation in der KPC" legt beredtes Zeugnis von den parteiinternen Kämpfen unter sowjetischer Regie ab, in deren Ergebnis die sogenannten linken, d. h. sowjethörigen, Kräfte wieder die Führungsposition in Partei und Regierung übernahmen:

"In Vorbereitung auf das April-Plenum des ZK der KPC wurde die Frage der Ablösung Dubceks selbstverständlich mit den sowjetischen Genossen konsultiert. Die linken Kräfte des ZK gingen nach einem genau festgelegten Plan vor, kalkultierten exakt das zu erwartende Kräfteverhältnis ein und nahmen Kurs auf eine Koalition mit den Genossen Husak und Strougal."¹⁶⁹

Der gesamte Plan zur Vorbereitung und Durchführung des April-Plenums sei zuvor von Breshnew bestätigt, das Resultat des KPC-Plenums sei von den sowjetischen Genossen als "kluge Arbeit der linken Kräfte" anerkannt worden. Nunmehr sei "die Rechte", d. h. die Reformkräfte in der Partei, völlig zu zerschlagen. Der Plan "zur Festigung der führenden Rolle der Partei"

¹⁶⁶ SdM, Telefonische Mitteilung des Leiters der Operativ-Gruppe in Prag, Genossen Oberleutnant Dorfmeister an Oberstleutnant Damm vom 2. April 1969; (Notiz); Ergänzung zur Notiz vom 2. April 1969; BStU, ZA, SdM 1436, Bl. 146 und 147.

¹⁶⁷ Siehe Anmerkungen 40 und 41; siehe auch Dokument 18, S. 120 und Dokument 19, S. 122.

¹⁶⁸ Dubcek, siehe Anmerkung 42, S. 343.

¹⁶⁹ SAPMO, ZPA, J IV 2/202-220.

steht bereits in allen Punkten fest. Aufgeführt werden: die "Reinigung" der Partei und der Regierung, die "Säuberung" des Gerichtswesens, einschneidende Veränderungen in der Armee und an den "theoretischen Instituten des ZK der KPC". Von der DDR erwarte man weiterhin "maximale Hilfe auf allen Gebieten"¹⁷⁰.

Obgleich nun das Kräfteverhältnis zugunsten der Hardliner in der Partei entschieden war, schwelte die Gefahr des "Revisionismus" weiter. Reformistische Ideen, die zum Bestandteil der Politik eines kleinen Landes geworden waren, hatten eine Weltmacht in höchste Unruhe versetzt. Diesem Gedankengut und seinen Trägern galt es konsequent zu begegnen. Das 10. ZK-Plenum der SED und die daran anschließende Kreisdelegiertenkonferenz des MfS im Juni 1969, an der sogar der Vorsitzende des Ministerrats, Willi Stoph, und Kurt Hager teilnahmen, stellte denn auch die "weitere und noch stärkere Konzentration auf die Arbeit am Feind" und den "ideologischen Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus" in besonderem Maße heraus. Die Erhöhung der "Effektivität und vorbeugenden Wirksamkeit" der Sicherungssysteme wurde gefordert, die für "ein Wirksamwerden des Gegners" keine Lücke mehr lassen dürfe. Der Begriff "moderner Revisionismus" wird eingeführt, um "eine der wesentlichsten Methoden der politisch-ideologischen Aufweichungs-, Zersetzungs- und Spaltungstätigkeit im Rahmen der 'imperialistischen Politik des Brückenschlags', und der sogenannten Ostpolitik" zu kennzeichnen. Auch die "Bruderorgane" seien "besser über neue Formen des gegnerischen Vorgehens, besonders auch über die Ausnutzung des modernen Revisionismus" zu unterrichten. Wie schon in den vorangegangenen Monaten hatten die Medien sowie die "Personengruppen im Bereich der freischaffenden und schöpferisch Tätigen, die ebenfalls imstande sind, ideologische Prozesse auszulösen", eine besondere Verantwortung. Die Publizierung schöngeistiger Literatur mit "revisionistischem Gedankengut" müsse verhindert werden. Zu diesem Zweck sei ein System zu entwickeln, "um negative Tendenzen in der aufzulegenden Literatur rechtzeitig festzustellen und zu unterbinden"¹⁷¹.

Der passive Widerstand in der tschechoslowakischen Bevölkerung, verstärkte sich in diesen Monaten noch. Flugblätter mit Aufrufen und Resolutionen gegen die Beschlüsse der Plenartagungen des ZK der KPC werden verbreitet. In der Einschätzung der Ereignisse in der CSSR anlässlich des ersten Jahrestages der militärischen Intervention, die im Dokumentenverzeichnis wegen der aufschlußreichen Analysen und detaillierten Zahlenangaben vollständig veröffentlicht wird, verzeichnet das MfS eine regelrechte "Flugblatt- und Hetzkampagne", die ab Mitte Juni einsetzt¹⁷². Am 4. Juli 1969 erläßt Mielke im Hinblick auf die zum 21. August erwarteten "Provokationen feindlicher Kräfte" einen Befehl, in dem er zu "erhöhter

¹⁷⁰ SAPMO, ZPA, J IV 2/202-203.

¹⁷¹ ZAIG, "Hinweise für die Kollegiumssitzung vom 27. Juni 1969"; BStU, ZA, ZAIG 4732, Bl. 1 ff.

¹⁷² Siehe Dokument 21, S. 132.

Wachsamkeit" und zur "verstärkten Konzentrierung der politisch-operativen Arbeit" auf die im Befehl Nr. 11/69 und der dazugehörigen Direktive genannten Aufgaben aufruft¹⁷³.

Auf einer am 21./22. Juli 1969 stattfindenden Sitzung des Präsidiums des ZK der KPC berichtet - laut einer Information der Abteilung X - Husak über Gespräche in Warschau, bei denen die DDR, die VR Polen und die Sowjetunion der CSSR verstärkte wirtschaftliche Hilfe nur unter der Bedingung zugesagt hätten, "wenn sich die Lage in der CSSR wirklich normalisiert hat"¹⁷⁴.

Laut einer "Information" der Abteilung X vom 6. August 1969 sollte ein Besuch Mielkes bei Husak vorbereitet werden. Von der zuvor erfolgten Visite des Leiters der Abteilung X des MfS in Prag war in Erfahrung gebracht worden, "daß der Genosse DAMM natürlich als 'Berater' und 'Belehrer' aufgetreten sei". Falls die Gespräche mit Mielke in ähnlicher Weise verlaufen sollten, sehe Innenminister Pelnar keinen Sinn in solch einer Konsultation¹⁷⁵.

In einem ZAIG-Bericht vom 25. August 1969, der auf Informationen eines Dienststellenleiters der tschechoslowakischen Staatssicherheit aus Cheb (Eger) und seines Stellvertreters beruht, werden die nach den heftigen landesweiten Unruhen um den 21. August 1969 eingeführten Notstandsgesetze erläutert¹⁷⁶. Danach sind die tschechoslowakischen Organe für Staatssicherheit bevollmächtigt, Personen ohne gerichtlichen Beschluß bis zu drei Wochen in Haft zu nehmen. Betriebsorganisationen der Gewerkschaften, die sich an "staatsfeindlichen Aktionen und Maßnahmen" beteiligten, können durch den Rat des Bezirkes aufgelöst, deren führende Vertreter fristlos entlassen werden. In einer Beratung beim Volkskammerpräsidenten Strougal seien Dubcek, Smrkovsky und Kriegel als die Hauptschuldigen an den Unruhen am 21. August 1969 bezeichnet worden. Dort sei auch der Beschluß gefaßt worden, die bewaffneten Kräfte bis Dezember von "feindlichen Elementen" zu säubern.

In einem MfS-Dokument vom 5. September 1969 wird über den Verlauf der Präsidiumssitzung des ZK der KPC am 1. September berichtet. Ministerpräsident Cernik habe dort Vorschläge unterbreitet, wonach die "als rechtsorientiert bekannten Regierungsmitglieder von ihren bisherigen Funktionen" entbunden werden sollten. Diskutiert wurde auch ein Brief Dubceks, in dem dieser sich gegen die nach dem 21. August 1969 entfachte öffentliche Kampagne gegen seine Person verwahrt, um Veröffentlichung seines Schreibens und eine Stellungnahme des Präsidiums bittet. Sein Gesuch wird abgelehnt.

Vom 30. September bis 3. Oktober 1969 ist der Leiter der tschechoslowakischen Aufklärung, Podzemny, in Moskau, wo er von KGB-Chef Andropow empfangen wird¹⁷⁷. Er legt dort

¹⁷³ Siehe Dokument 20, S. 130.

¹⁷⁴ BStU, ZA, SdM 1435, Bl. 192.

¹⁷⁵ Ebenda, Bl. 504 f.

¹⁷⁶ ZAIG, "Bericht über Ausschreitungen in einigen Gebieten der CSSR am 21. August 1969 sowie über weitere Einzelheiten zu den in der CSSR eingeleiteten Maßnahmen"; BStU, ZA, SdM 1435, Bl. 194-197.

¹⁷⁷ "Inoffizielle Information"; BStU, ZA, SdM 1437, Bl. 289-292.

einen Bericht über die Situation, geplante Maßnahmen und Zielrichtung der tschechoslowakischen Aufklärung vor und erhält die Zusicherung "allseitiger" Hilfe von den Sowjets. Der vom MfS inoffiziell erlangte Bericht weist auch auf einen geplanten Besuch Husaks in Moskau hin, bei dem unter anderem die "Linie des Mdi der CSSR" verhandelt werden soll.

Ein weiterer Bericht eines Staatssekretärs des Ministeriums des Innern der CSSR über das Arbeitstreffen in Moskau enthält interessante Details über den sowjetischen KGB-Chef. Andropow habe, so die Information, die Säuberung des tschechoslowakischen Geheimdienstes mit seinen Erfahrungen als Leiter der sowjetischen Aufklärung in der Zeit nach der Ablösung Berijas verglichen, die ebenfalls mit Säuberungen des Apparates einhergegangen sei. Durch "Gefühle der persönlichen und Existenzunsicherheit motiviert", könnten die vom Dienst Suspendierten zu einem neuen Sicherheitsrisiko werden. Besonders gewürdigt habe Andropow die Bereitschaft Gustav Husaks, sich persönlich der tschechischen Aufklärung als eines "feinen Machtinstrumentes, das der neuen Führung des ZK der KPTsch und persönlich dem 1. Sekretär des ZK der KPTsch bei der Lösung der komplizierten und anspruchsvollen Aufgaben [...] sehr helfen kann", anzunehmen¹⁷⁸.

In einem von der ZAIG erarbeiteten Papier mit dem handschriftlichen Vermerk "Hinweise für Gespräche mit Vertretern der CSSR-Sicherheitsorgane" wird das angeblich vom Westen konzipierte "allumfassende System des Kampfes gegen den Sozialismus" in der neuen Situation unter besonderer Beachtung der "Einschätzung der Lage in der CSSR und der Einwirkungsmöglichkeiten durch führende Kreise in Westdeutschland"¹⁷⁹ erläutert. Als aufschlußreiches Beispiel für die "antisozialistischen Elemente der CSSR", auf die sich die herrschenden Kreise in Bonn stützen könnten, werden die Äußerungen Snejdareks in einem Gespräch mit Nixon und Kissinger im Mai 1969 in den USA angeführt. Danach sei laut Snejdarek eine Veränderung der sozialistischen Gesellschaft von innen heraus noch möglich. Dafür müßten sich die führenden "Progressisten" in der CSSR eine neue Basis schaffen. Die "progressiven Wissenschaftler" (vom MfS als 'Revisionisten' bezeichnet) bildeten die Hauptkraft des Widerstandes, da sie eine klare Konzeption besitzen würden¹⁸⁰. In einem besonderen Abschnitt wird die "Kontakttätigkeit zwischen der CSSR und Westdeutschland bzw. anderen imperialistischen Staaten" behandelt, aufgeschlüsselt nach den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Massenmedien und Touristik¹⁸¹.

Professor Snejdarek, der der SED-Führung seit langem ein Dorn im Auge ist,¹⁸² wird dem Anfang September in der DDR weilenden ZK-Sekretär Vasil Bilak, der als Moskaus

¹⁷⁸ BStU, ZA, SdM 1435, Bl. 500-503.

¹⁷⁹ BStU, ZA, SdM 1469, Bl. 129 f.

¹⁸⁰ Ebenda, Bl. 133.

¹⁸¹ Ebenda, Bl. 136 f.

¹⁸² Vgl. Anmerkung 9; SAPMO, ZPA, J IV 2/202-299.

personifizierte "Wacht an der Moldau" gilt, besonders ans Herz gelegt. Bilak verspricht, Snejdareks Institut entweder aufzulösen oder zumindest "von Grund auf" zu reorganisieren¹⁸³. In einer vertraulichen Unterredung mit Hermann Axen berichtet Bilak über die vom September-Plenum des ZK der KPC beschlossenen Maßnahmen zur weiteren Absicherung der politischen Macht.

Am 20. September wird Dubcek aus dem Parteipräsidium ausgeschlossen. Smrkovsky und 27 weitere Funktionäre verlieren ihre Mitgliedschaft im ZK. Im Gefolge weiterer umfassender Säuberungen und Überprüfungen der KP-Mitglieder verlieren beide auch noch ihre Ämter als Präsident der Bundesversammlung bzw. des Parlaments.

Am 15. Oktober 1969 findet in Dresden eine Beratung zwischen Vertretern der HA XX/4 und der Abteilung Kirchenfragen der Sicherheitsorgane der CSSR statt. Seitens des MfS nehmen Oberstleutnant Ludwig und Oberleutnant Roßberg teil. Der tschechische Abteilungsleiter, Kocuch, scheint ein typischer Repräsentant der neuen "Führungselite" zu sein: Als "Kollaborateur" nach dem 21. August 1968 seiner Abteilungsleiterposition enthoben und "zunehmenden Repressalien ausgesetzt", ist er nach Dubceks Abdankung mit dem Wiederaufbau der Sicherheitsorgane befaßt. Sein Vorgänger, Pullitz, sei als "Verräter in Erscheinung getreten und im Zuge der Reorganisation entlassen worden"¹⁸⁴. Das MfS steht den neuen Kräften mit "Informationen über feindliche Personen und Zentren" aus dem Bereich der Kirche zur Seite.

Auf einem Arbeitstreffen der Delegation des MfS im November 1969 beim KGB in Moskau findet das Thema CSSR nur noch in Verbindung mit der Kampfansage gegen die ideologische Diversion als "wichtigste Form des Kampfes des Imperialismus gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten" Erwähnung¹⁸⁵. Das KfS hat dafür eigens eine neue V. Verwaltung mit 4 Verwaltungen in den größten Republiken, 112 Gebietsdienststellen sowie 22 Abteilungen in kleineren Gebietsdienststellen geschaffen¹⁸⁶.

Erich Mielke prägt bei dieser Gelegenheit den denkwürdigen Satz:

"Der Feind hat bereits den dritten ideologischen Weltkrieg in der vierten Dimension begonnen."¹⁸⁷

IV. Schlußbemerkung

¹⁸³ SAPMO, ZPA, IV A 2/20 1169, S. 1-7.

¹⁸⁴ Hauptabteilung XX/4, "Bericht - Beratung mit Vertretern der Sicherheitsorgane der CSSR am 15. Oktober 1969 in Dresden" vom 17. Oktober 1969; BStU, ZA, HA XX/4 265, Bl. 42-45, hier Bl. 43.

¹⁸⁵ "Notiz über ein Gespräch mit den sowjetischen Genossen am 13. November 1969 von 13.00 bis 15.30 Uhr in Moskau" vom 17. November 1969, o. A.; BStU, ZA, SdM 577, Bl. 185-207, hier Bl. 186.

¹⁸⁶ Ebenda, Bl. 202.

¹⁸⁷ Ebenda, Bl. 207.

Das Ministerium für Staatssicherheit war in zweifacher Weise an der Niederschlagung des "Prager Frühling" beteiligt. Zum einen hat es die öffentliche Artikulation von Solidarität in der DDR mit diesem - wie wir heute wissen - letzten großen sozialistischen Reformprojekt vor der Finalitätskrise des "Realsozialismus" nach Kräften verhindert. Es ist im Rahmen seiner Unterdrückungsfunktion gegen alle reformsozialistischen Bestrebungen vorgegangen. Zum anderen war es, daß ist weniger bekannt, auch an der Verhinderung der Reformpolitik in der Tschechoslowakei selbst beteiligt. Aus den beim Bundesbeauftragten verwahrten Unterlagen gegenwärtig zu gewinnenden Kenntnisstand geschah dies vor allem auf zwei Wegen: Zum einen sicherte es in Kooperation mit den Sicherheitsorganen der anderen Warschauer Paktstaaten die militärische Intervention im Nachbarland ab. Zum anderen nahm das MfS in Zusammenarbeit mit den tschechoslowakischen Vertretern der "Normalisierung" und in Arbeitsteilung vor allem mit dem KGB aktiv Anteil an der Restauration der tschechoslowakischen Staatssicherheit in den Jahren nach der Intervention. Alle diese Aktivitäten vollzogen sich unter Anleitung der SED-Führung, die ihre Macht durch die Reformpolitik des Nachbarlandes direkt bedroht sah. Das MfS hatte für die "operative" Umsetzung der im Politbüro der SED festgelegten Linie zu sorgen.

Zwanzig Jahre später, im August 1989, stellt die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe "Hinweise" für eine Kollegiumssitzung im MfS zusammen. Punkt 1 lautete: "Zum sog. 21. Jahrestag der Hilfsaktion der Warschauer Vertragsstaaten in der CSSR im August 1968"¹⁸⁸. In den Tagen vom 17. zum 21. August, lesen wir dort, sei mit "Aktivitäten feindlicher Kräfte" zu rechnen. Die Teilnahme "feindlich-negativer Kräfte der DDR" sei unter allen Umständen zu verhindern. "Das gilt auch für die eventuelle Absicht, Aktivitäten in der DDR zu entwickeln." Es gebe bereits erste Hinweise auf geplante "Fürbitten" in Gottesdiensten in Berlin und Leipzig. Wachsamkeit sei geboten. Außerdem seien Aktionen vor DDR-Botschaften zu gegenwärtigen.

Zur Erklärung des polnischen Senats, der Einmarsch in Prag 1968 sei eine Verletzung der unveräußerlichen Rechte eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung und Streben nach Demokratie, Freiheit und Achtung der Menschenrechte gewesen und die Streitkräfte des Warschauer Paktes hätten den Boden der CSSR seinerzeit gegen den Willen des polnischen Volkes betreten, fällt Mielkes Ghostwritern nur der Satz ein: "Solche Erklärungen sind natürlich Wasser auf die Mühlen der Feinde aller Schattierungen. Das gilt erst recht auch dann, wenn solche und ähnliche Auslassungen aus Bruderparteien kommen." Zur Distanzierung der ungarischen Regierung von der damaligen Entscheidung zur militärischen Intervention heißt es vorwurfsvoll:

¹⁸⁸ ZAIG, "Hinweise für die Sitzung des Kollegiums am 18. August 1989"; BStU, ZA, ZAIG 8678, Bl. 1-6.

"So weit ist es also schon gekommen: Selbst diesen sog. Jahrestag nutzen die führenden Kräfte der ungarischen Partei, um die Beziehungen zu anderen Parteien der sozialistischen Staaten zu belasten."

Am meisten aber muß die selbsternannten Gralshüter des einzig wahren Sozialismus der Verrat des großen Bruders geschmerzt haben. In der UdSSR, so wird lapidar und ohne jede Wertung mitgeteilt, sei eine Erklärung des Sprechers des Außenministeriums geplant, in der hervorgehoben werden solle, daß "angesichts der Veränderungen im internationalen Leben eine solche Entscheidung heute nicht denkbar wäre."

Die Volksrepublik Bulgarien hielt sich in Anbetracht größerer Sorgen zum Thema "Jahrestag der Hilfsaktion" zurück. Die Bulgarische Kommunistische Partei, so das Blitztelegramm an "Genossen Dr. Krolkowski" vom 15. August 1989, "konzentriert hauptaugenmerk ideologischer und medienarbeit momentan auf auseinandersetzung mit tuerkei und problematik massenhafter ausreise bulgarischer muselmanen"¹⁸⁹.

Am 22. August 1989 übersandte die Operativgruppe des MfS in Prag einen Lagebericht nach Berlin¹⁹⁰. Auf der Kundgebung am 21. August auf dem von starken Milizeinheiten abgeriegelten Wenzelsplatz hätten auch Teilnehmer aus Ungarn, Polen sowie zahlreiche Touristen aus der DDR teilgenommen.

"Eine Rede wurde in Ungarisch gehalten. Ein Spruchband in polnischer Sprache war zu sehen."¹⁹¹

Nach eingehender Schilderung der Demonstrationen sowie des Einsatzes der Milizkräfte und der Sicherheitsorgane wurde auch die Festnahme eines DDR-Bürgers aus Köthen gemeldet, der im Bereich der Karlsbrücke Aktionen der Miliz fotografiert habe. Durch die Kreisdienststelle des MfS in Köthen sei bekannt geworden, daß besagter Bürger bereits mit "Demonstrativhandlungen" am 1. Mai 1989 aufgefallen sei. Was die Begleiter des Mannes in Prag betreffe, die bei der DDR-Botschaft über die Festnahme Beschwerde eingelegt hätten, so werde der Sachverhalt nach Feststellung der Personalien an die heimischen Dienststellen übermittelt.

Die sogenannte sozialistische Staatengemeinschaft, 21 Jahre zuvor mit Waffengewalt zusammengehalten, war im Begriff auseinanderzubrechen. Das hinderte die Tscheken nicht daran, ihre Personenspeicher weiterhin mit Daten über unzuverlässige DDR-Bürger zu füttern und alles zu unternehmen, um die SED-Diktatur aufrecht zu erhalten.

¹⁸⁹ ZAIG, HVA-Lagezentrum; BStU, ZA, ZAIG 13021, Bl. 30.

¹⁹⁰ Ebenda, Bl. 33-35.

¹⁹¹ Ebenda, Bl. 33.

V. Dokumentenverzeichnis

1. Maßnahmeplan der HVA zur Zurückdrängung konterrevolutionärer Einflüsse und zur Stärkung progressiver Kräfte in der CSSR vom 14. Juni 1968;
BStU, ZA, SdM 1437. 61
2. Ausarbeitung der ZAIG: Fakten zu den westdeutsch-tschechoslowakischen Beziehungen, die ausschließlich zur persönlichen Information verwendet werden dürfen vom 14. Juni 1968;
BStU, ZA, ZAIG 5405. 76
3. Befehl Nr. 018/68 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über das Zusammenwirken der Kräfte des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums für Nationale Verteidigung bei der Aufklärung und Abwehr von Handlungen gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Juli 1968;
BMI, Außenstelle Berlin, Schriftgutverwaltung, Nr.4636. 80
4. Schreiben Mielkes vom 29. Juli 1968;
BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830. 88
5. Schreiben Mielkes vom 29. Juli 1968;
BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830. 89
6. 1. Bericht des MdI über die mit Wirkung vom 21. August 1968, 00.00 Uhr, eingeleiteten Maßnahmen;
SAPMO, ZPA, IV A 2/12/25. 90
7. Ergänzung zum 1. Bericht des MdI über die mit Wirkung vom 21. August 1968, 00.00 Uhr, eingeleiteten Maßnahmen;
SAPMO, ZPA, IV A 2/12/25. 92
8. 2. Bericht des MdI über die mit Wirkung vom 21. August 1968, 00.00 Uhr, eingeleiteten Maßnahmen;
SAPMO, ZPA, IV A 2/12/25. 94
9. 3. Bericht des MdI über die mit Wirkung vom 21. August 1968, 00.00 Uhr, eingeleiteten Maßnahmen;
SAPMO, ZPA, IV A 2/12/25. 96
10. Schreiben Mielkes an die Leiter der Bezirksverwaltung/Verwaltung für Staatssicherheit, Haupt-/selbst. Abteilung vom 25. August 1968;
BStU, ZA, Dokumentenstelle 101826. 99
11. Schreiben Mielkes an die Leiter der Hauptabteilungen/selbst. Abteilungen, Bezirksverwaltungen/Verwaltungen vom 25. August 1968;
BStU, ZA, Dokumentenstelle 101826. 101
12. Schreiben Mielkes an die Leiter der Operative[n] Haupt-/selbst. Abteilungen im Hause vom 27. August 1968;
BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830. 103
13. Niederschrift von Generaloberst Keßler (MfNV) über das am 29. August 1968 im Führungsstab des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte in Legnica stattgefundene Treffen des

- Ministers für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral Hoffmann, mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streifkräfte, Marschall der Sowjetunion Jakubowski vom 30. August 1968; BStU, ZA, SdM 34. 104
14. Niederschrift von Generaloberst Keßler (MfNV) über ein Zusammentreffen von Vertretern der verbündeten Armeen mit dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik Ludvik Svoboda vom 30. August 1968; BStU, ZA, SdM 34. 110
15. Schreiben von Generaloberst Keßler (MfNV) an Mielke vom 30. August 1968; BStU, ZA, SdM 34. 114
16. Schreiben Mielkes an die Leiter der Haupt-/selbst. Abteilungen im Hause vom 31. August 1968; BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830. 115
17. Schreiben Mielkes an die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen für Staatssicherheit, operative Haupt-/selbst. Abteilungen vom 2. September 1968; BStU, ZA, Dokumentenstelle 100483. 117
18. Befehl Nr. 31/68 über die Aufhebung der Maßnahmen der erhöhten Einsatzbereitschaft der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit vom 13. September 1968; BStU, ZA, Dokumentenstelle 100564. 120
19. Einschätzung der HA IX zu den in Ermittlungsverfahren des MfS festgestellten Angriffen gegen die Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Bruderstaaten zur Sicherung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der CSSR vom 27. November 1968; BStU, ZA, HA IX 1599. 122
20. Befehl Nr. 11/69 des MfS zur Unterstützung des Kampfes gegen die subversiven Anschläge auf die Einheit und Geschlossenheit der Staaten des sozialistischen Lagers vom 7. April 1969; BStU, ZA, Dokumentenstelle 100581. 130
21. Direktive zum Befehl Nr. 11/69 des Ministers zur Unterstützung des Kampfes gegen die subversiven Anschläge auf die Einheit und Geschlossenheit der Staaten des sozialistischen Lagers, vom 7. April 1969; BStU, ZA, Dokumentenstelle 100581. 132
22. Schreiben Mielkes an die Leiter der Bezirksverwaltung/Verwaltung für Staatssicherheit, Haupt-/selbst. Abteilung vom 4. Juli 1969; BStU, ZA, Dokumentenstelle 101848. 136
23. Information Nr. 942/69 der ZAIG über die Ereignisse in der CSSR anlässlich des ersten Jahrestages der militärischen Hilfsaktion der sozialistischen Länder, o. D.; BStU, ZA, SdM 1469. 138

Dokumente

Gen. Münster BStU
000031

Mit der Bitte
um Kenntnisn. u.
Bestätigung

Wolff
H. G.

14. Juni 1968

Maßnahmeplan der HVA zur Zurückdrängung konterrevolutionärer Einflüsse und zur Stärkung progressiver Kräfte in der CSSR

BStU, ZA, SdM 1437. - Vermerk: gefertigt 2 Exemplare.

- I. Maßnahmen zur Beschaffung von Informationen aus den Zentren des Gegners
1. Bei der Aufklärung der Politik und der Zersetzungsversuche der Westmächte, insbesondere der USA und der westdeutschen Bundesrepublik, sind folgende Schwerpunkte in den Mittelpunkt zu stellen:
- Einschätzungen der Politik der CSSR und der inneren Lage in der CSSR durch die Westmächte und die westdeutsche Bundesrepublik. Gegen die CSSR gerichtete Pläne und Absichten;
- Einzelheiten über die Verstärkung der subversiven politischen und ideologischen Tätigkeit der Westmächte gegen die CSSR;
- Pläne und Absichten der Westmächte, insbesondere der westdeutschen Bundesregierung, über den weiteren Ausbau der politischen Beziehungen zur CSSR;
- Angaben über die Reisen westdeutscher Bundestagsabgeordneter, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre und über ihre Kontakte. Einzelheiten über eine evtl. Reise Brandts nach Prag. Angaben über die personelle Verstärkung der Handelsvertretung. Erkundung der Kontakte der Tschechoslowakischen Volkspartei zur CDU/CSU und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei zur FDP. Auseinandersetzungen und Differenzen zwischen den Bonner Parteien über die westdeutsche Politik gegenüber der CSSR. Angaben über die Einschätzung und Auswertung der Vorgänge in der CSSR durch westdeutsche Organisationen und Zentren der politisch-ideologischen Diversion;
- Absichten und Pläne der Westmächte, insbesondere der westdeutschen Bundesregierung, zur Verstärkung der ökonomischen Beziehungen zur CSSR. Vorstellungen und Pläne für Kreditangebote und damit verbundene politische und ökonomische Bedingungen. Vorstellungen zum Ausbau der Handelsbeziehungen. Kontakte der Industrieverbände und Firmen zur CSSR;
- Maßnahmen zur kulturellen und ideologischen Einflußnahme in der CSSR. Pläne und Maßnahmen zur Verbreitung westlicher Presseerzeugnisse in der CSSR. Angaben über die Tätigkeit der westdeutschen Handelsvertretung auf ideologischem und kulturellem Gebiet, insbesondere ihre Verbindungen zu tschechoslowakischen Presseorganen; Maßnahmen zur Verstärkung des Tourismus in die CSSR. Absichten westdeutscher Waren-

hauskonzerne zum Kauf tschechoslowakischer Hotels und anderer Touristeneinrichtungen.

Angaben über die westdeutschen Teilnehmer an dem im August 1968 in Prag stattfindenden internationalen Slawistenkongreß;

Angaben über Reisen von Angehörigen der Bundeswehr, insbesondere Offizieren (in Zivil) in die CSSR sowie deren Aufträge und Verbindungen zu Personen und Institutionen in der CSSR.

2. Folgende IM aus dem Operationsgebiet werden entsprechend ihren Möglichkeiten für die Informationsbeschaffung eingesetzt:

"Adler"	- aus dem Bereich des AA
"Schrammel"	- aus dem Bereich des AA und der SP
"Gildemann"	- aus dem Bereich des BMG, Westberliner Dienststelle
"Jäger"	- aus der SPD-Führung und Wirtschaftskreisen
"Stiller"	- aus dem Bereich des BMW
"Rabe"	- über Kontakte des SP-Vorstandes
"Wallone"	- über Pläne und Absichten des SP-Bundesvorstandes
"Olaf"	- Informationen aus der FDP-Fraktion und dem Parteivorstand
"Stamm"	
"Waldemar"	
"Bordeaux"	
"Maler"	
"Carsten"	
"Winter"	
"Huber"	
"Kelpzig"	
"Hilfer"	
"Anita"	
"Gärtner"	
"Karstedt"	
"Dürer"	
"Frank"	
"Wieland"	- Absichten der katholischen Kirche

II. IM, die in Richtung CSSR eingesetzt werden können

1. Verbindung zu CSSR-Bürgern mit progressiver Einstellung:

IM "Turm"
(Zentralrat der FDJ)

Reiseziel: Besuch von führenden Mitgliedern des ZK des CSM im Prag

Reisetermin: 6. - 14.6.68

IM "Anker"
(Akademie der Wissenschaften)

Reiseziel: Juristische Fakultät der Karls-Universität Prag

Dr. Miloslav Fejt, Prag, Oberstleutnant im Verteidigungsministerium

Reisetermin: 14. - 16.6.68

IM "Münzer"
(Zentralhaus für Volkskunst Leipzig)

Reiseziel: Josef Semin, Prag, Direktor des Hauses für Kulturarbeit sowie weitere Mitarbeiter des Ministeriums für Kultur

Reisetermin: Juli 1968

IM "Tell"

Reiseziel: Prof. Jan Simko, Bratislava, Anglist
Prof. Poldauf, Prag, Anglist an der Karls-Universität

Reisetermin: 4. - 12.6.68

IM "Plantane"
(Architekt Stadtbauamt Berlin)

Reiseziel: Urban, ehemaliger Leiter der Roten Hilfe in der deutschen Sektion der KPC Prag

Reisetermin: Juni 1968

IM "Kern"
(Wissenschaftler, Hochschule für Ökonomie)

Reiseziel: Besuch von Wissenschaftlern der Ökonomischen Hochschule Prag

- Reisetermin: 15.6.68
IM "Acht"
Reiseziel: Eugen Zirkler, Prag, Abteilungsleiter "Arbeiterjugend" im ZK des Jugendverbandes
Reisetermin: 15.6.68
- IM "Richard"
(Journalist URANIA-Verlag)
Reiseziel: Karol Kallay, Bratislava, freiberuflicher Fotograf
Reisetermin: 12. - 20.6.68
- IM "Olf"
(Forscher Institut für Lebensstandard)
Reiseziel: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Lebensstandard in Bratislava
Reisetermin: 6. - 15.6.68
- IM "Adam"
(Wissenschaftler)
Reiseziel: Karlovy Vary - Urlaubsaufenthalt mit Bekannten aus der CSSR
Reisetermin: 10. - 22.6.68
- IM "Sport"
(OibE)
Reiseziel: Privatbesuch eines Majors der CSSR-Volksarmee in Brno
Reisetermin: Juli 1968
- IM "Hans"
(Gewerkschaftsfunktionär EAW-Treptow)
Reiseziel: Touristenreise Prag, Besuch von Bekannten
Reisetermin: 12. - 18.6.68
- IM "Recht"
(Neue Justiz Berlin)
Reiseziel: Juristen und Wissenschaftler aus Prag
Reisetermin: August 1968

IM "Inder"

(Journalist Staatliches Rundfunkkomitee)

Reiseziel: Besuch von Wissenschaftlern und KPC-Mitgliedern der Karls-Universität
Reisetermin: 20.6.68

IM "Jäger"

(Physiker am Heinrich Hertz-Institut)

Reiseziel: Dr. Spilka, Hradic Kralowe, Chemieanlagenbau
Reisetermin: Juli 1968

IM "Wabe"

(Deutsche Künstleragentur Berlin)

Reiseziel: Besuch der "Prago Konzertagentur" Prag
Reisetermin: Juli 1968

IM "Neu"

(FDGB-Bundesvorstand, Abteilung Kultur)

Reiseziel: Frau Scheuerowa, freiberufliche Dolmetscherin
Herr Hlasek, Prag, leitender Mitarbeiter des ZK des CSM
Reisetermin: Juli 1968

IM "Leo"

(Architekt Stadtbauamt Berlin)

Reiseziel: Besuch mehrerer Kunststudenten in Prag
Reisetermin: 14. - 16.6.68

IM "Brückner"

(Ingenieur im Fernheizungskraftwerk Berlin)

Reiseziel: Verwandtenbesuch in Prag und Bratislava
Reisetermin: 9. - 15.6.68

IM "Gruhl"

(Redakteur Verlag Volk und Wissen)

Reiseziel: Chefredakteur der Zeitschrift "Russische Sprache", Prag,
Hauptabteilungsleiter der Gesellschaft der tschechoslowa-
kisch-sowjetischen Freundschaft

Reisetermin: Juli 1968

IM "Elbe"
(Institut für Information und Doku-
mentation)

Reiseziel: Dr. Erban, Chefredakteur Akademie-Verlag, Prag

Reisetermin: offen

IM "Zobel"
(Mitarbeiter der Deutschen Akademie
der Wissenschaften)

Reiseziel: Stadtarchiv von Eger, Historisches Institut der Akademie
der Wissenschaften Prag

Reisetermin: offen

IM "Rolf"
(Redakteur)

Reiseziel: Miroslav Zuna, Prag, Patentingenieur

Reisetermin: offen

IM "Karl"
(Wissenschaftler)

Reiseziel: Besuch mehrerer Kollegen in Prag

Reisetermin: offen

IM "Frieda"
(Redakteur)

Reiseziel: Schwägerin von Novotny

Reisetermin: offen

IM "Kent"

Reiseziel: Gewerkschaftsfunktionäre

Reisetermin: offen

IM "André"

- Reiseziel: Den. Dr. Tonhauser, Vizepräsident des Verbandes der Genossenschaften der CSSR
- Reisetermin: Juni 1968
- IM "Steppe"
(Oberrichter Berlin)
- Reiseziel: Offizier der Armee
- Reisetermin: offen
- IM "Hans Thiel"
(Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen)
- Reiseziel: Kulturministerium Prag und Karls-Universität
- Reisetermin: offen
- IM "Weide"
- Reiseziel: Chefredakteur der CSSR-Pionierzeitung
- Reisetermin: Juni 1968
- IM "Heinz"
(Akademie der Wissenschaften)
- Reiseziel: Akademie der Wissenschaften der CSSR, u. a. Prof. Isacenko
- Reisetermin: offen
- IM "Heinz"
(Institut für Entwicklungsländer Hochschule für Ökonomie)
- Reiseziel: Hochschule für Ökonomie Prag, u. a. jetziger Erziehungsminister Kadlic
- Reisetermin: offen
- IM "Heinz K."
(Lehrer Berlin)
- Reiseziel: Lehrerkreise in der CSSR
- Reisetermin: offen
- IM "Wolf"
- Reiseziel: Dr. Baumann, Prag, Wissenschaftler

Reisetermin: offen

IM "Alex"
Wissenschaftler Humboldt-
Universität)

Reiseziel: Wissenschaftler der Karls-Universität und der Ökonomi-
schen Hochschule in Prag

Reisetermin: offen

IM "Berg"
(Ingenieur VEB Tiefbau)

Reiseziel: Besuch von Bekannten in Prag

Reisetermin: offen

IM "Main"
(Weinkellerei Groß-Berlin)

Reiseziel: Hauptdirektor der Weingroßkellerei Prag

Reisetermin: offen

IM "Eisen"
(Redakteur)

Reiseziel: Chefredakteur der Zeitschrift Technische Praxis in
Bratislava

Reisetermin: offen

IM "Cousin"
(Diplomingenieur)

Reiseziel: Besuch Bekannter in Prag, die beim Rundfunk beschäftigt
sind

Reisetermin: offen

IM "Fuchs"
(Ingenieur)

Reiseziel: Prof. Gottwald, Direktor des Eisen-Forschungsinstituts in
Ostrava

Reisetermin: offen

IM "Erich"
(Physiker)

Reiseziel: Dr. Otcenasek und Dr. Korycanek
 Reisettermin: 24. - 29.6.68

IM "Günter"
 (Physiker)

Reiseziel: Besuch von Wissenschaftlern in Prag
 Reisettermin: offen

IM "Bienert"
 (Diplom-Soziologe)

Reiseziel: Wissenschaftler des Instituts für kulturelle Massenarbeit in Prag
 Reisettermin: offen

IM "Marianne"
 (Wissenschaftliche Mitarbeiterin)

Reiseziel: Besuch ehemaliger Studienkameraden in Prag
 Reisettermin: offen

IM "Albert"
 (Chefredakteur)

Reiseziel: Vodinsky, Stanislaw, Sekretär des Ministers für Hochschulwesen
 Reisettermin: offen

IM "Mittag"
 (Physiker)

Reiseziel: Akademie der Wissenschaften der CSSR
 Reisettermin: offen

IM "Schwarz"
 (Ingenieur)

Reiseziel: Verschiedene Institute der CSSR
 Reisettermin: offen

IM "Detlef"

Reiseziel: Persönlicher Referent des Ministers für Volksbildung der CSSR
 Reisettermin: Juni 1968

IM "Raster"

Reiseziel: Schriftsteller aus Prag
 Reisettermin: Juni 1968

IM "Steffen"

Reiseziel: CSSR-Journalisten
 Reisettermin: Juni 1968

IM "Dunja"

Reiseziel: Besuch von Bekannten aus gemeinsamer Emigration, Verbindung zu Künstlern und Schriftstellern
 Reisettermin: Juni 1968

IM "Peter"
(Chefredakteur)

Reiseziel: Besuch von Filmschaffenden der CSSR
 Reisettermin: offen

IM "Lansberg"
(stellvertretender Chefredakteur)

Reiseziel: Journalisten der Außenpolitischen Redaktion des Prager Rundfunks
 Reisettermin: offen

IM "Michael"
(freischaffender Schriftsteller)

Reiseziel: CSSR-Verlage
 Reisettermin: offen

IM "Henry"
(stellvertretender Chefredakteur)

Reiseziel: Wirtschaftsjournalisten in der CSSR
 Reisettermin: offen

IM "Nikolei"

Reiseziel: Journalistenkreise
 Reisettermin: Juni 1968

IM "Fred"

Reiseziel: Mitarbeiter des CSSR-Films

Reisetermin: offen

IM "Rom"

Reiseziel: Verbindung zu Redakteuren nach Bratislava

Reisetermin: offen

IM "Karl"

Reiseziel: Verbindung zu CTK, Pressechef des Außenministeriums,
Pressechef des Handelsministeriums usw.

Reisetermin: offen

IM "Harry Halle"

(freischaffender Aufnahmeleiter)

Reiseziel: Schauspieler, Regisseure aus der CSSR

Reisetermin: offen

IM "Helmut"

(Wissenschaftlicher Mitarbeiter Humboldt-Universität)

Reiseziel: Dozenten und Wissenschaftler sowie Mitarbeiter der Juristischen Fakultät der Karls-Universität in Prag

Reisetermin: offen

2. Verbindungen zu CSSR-Bürgern mit politisch negativer bzw. schwankender Einstellung

IM "Magister"

(Hauptdirektor Bezirksdi-
rektion Kraftverkehr)Reiseziel: Kaderleiter und Sicherheitsbeauftragter des CSAD
(politisch unklar)

Reisetermin: offen

IM "Brunnen"

(Wissenschaftlicher Mitar-
beiter der Akademie der
Wissenschaften)Reiseziel: Prof. Snejdarek, Prag, Institut für politische und ökonomi-
sche Fragen beim Außenministerium der CSSR (negative
politische Haltung)

Reisetermin: Ende Juni/Anfang Juli 1968

IM "Zven"

(Wissenschaftler Mitarbeiter
Leipzig)Reiseziel: 2 Genossen des Instituts für Industrieökonomie der Hoch-
schule der Ökonomie in Bratislava (revisionistische Auffas-
sungen)

Reisetermin: 15. - 20.6.68

IM "Edel"

(hauptamtlicher IM)

Reiseziel: Dr. Vera Machackova, Germanistisches Katheder der Prager
Universität sowie verschiedene andere Wissenschaftler
(starke revisionistische Auffassungen)

Reisetermin: 20.6.68

IM "Dornbusch"

(Redakteur)

Reiseziel: Chefredakteur Ewald Lederer, Zeitung "Kweti"
(revisionisti-sches Organ)

Reisetermin: offen

IM "Götz"
(Journalist)

Reiseziel: Suchdnek, Vaclav, Barandow-Filmstudio
Reisetermin: 29.6. - 3.7.68

IM "Freeman"

Reiseziel: Chefkomentator des Prager Fernsehens Tesek
(aktiver Verfechter der revisionistischen Linie)
Reisetermin: offen

IM "Recke"

Reiseziel: Mitarbeiter der IOJ Prag
Reisetermin: Juli/August 1968

III. Mitarbeiter des Apparates, die Verbindungen in die CSSR unterhalten

1. Studienbekanntschaften, verwandtschaftliche Beziehungen

Abteilung III/C

Mitarbeiter Leutnant Buschner

Verbindung zu Mitarbeitern des CSSR-Außenministeriums aus gemeinsamer Studienzeit

Mitarbeiter Leutnant Roscher

Verbindung zu Mitarbeitern des CSSR-Außenministeriums aus gemeinsamer Studienzeit

Abteilung III/B

Mitarbeiter Oberleutnant Tannhoff

Verbindung zu Cousin (Konstrukteur in Prag)

Abteilung V

Oibe "Ziegler"

Verbindung zu Verwandten

Mitarbeiter Unterltn. Grohmann

Verbindung zu einer Tante und Cousine in Chrast/Plsn

Mitarbeiter Leutnant Brandt

persönlicher Kontakt zu einem Studienfreund in der CSSR

Abteilung VI

Mitarbeiter Major Krebs

Verbindung zur Schwiegermutter und ehemaligen Arbeitskollegen

Abteilung X/3

Mitarbeiter Unterltn. Koza

Verbindung zu ehemaligen Studienkameraden

AG Dr. Kobbelt

Mitarbeiter Oberleutnant Lewerenz

Verbindung zu ehemaligen Studienkameraden

2. Dienstliche und fachliche Kontakte, besonders zum MdI

SR

Major Lerche

Verbindung zum MdI Prag und Bratislava sowie zur BV Plsn und zur KD Karlovy Vary

SR

Hauptmann Ritter

Verbindung zum MdI Prag

Abteilung IV

Oberstleutnant Schütt

Verbindung zum Sicherheitsorgan im Brno

Major Großmann

Verbindung zum Sicherheitsorgan in Brno

Abteilung V

Oberstleutnant Neumann

Verbindung zum Abteilungsleiter Wissenschaft und Technik

Abteilung X

OibE "Schatz"

Verbindung zu Journalistenkreisen

OibE "Oster"

Verbindung zur Volkszeitung Prag

3. Urlaubsbekanntschaften, Kur, Reisetätigkeit

Abteilung IV

OibE "Grützner"

Persönliche Verbindung zur Frantichek Kupec, Abteilungsleiter im Ministerium für Außenwirtschaft der CSSR

Abteilung VI

Hauptmann Schrickel

Bekannter

Abteilung VII

Oberleutnant Köhler, Karl-Heinz

Urlaubsreise

Abteilung X

Oberleutnant Tlustek

Persönliche Verbindung zu einem Angehörigen der Polizei in Bratislava

Vorz. Generalmajor Fruck

Hauptmann Rödel

Urlaubsreise

AG Dr. Kobbelt

Hauptmann Feist

Bekannte

Wolf

Generalleutnant

14. Juni 1968

Ausarbeitung der ZAIG: Fakten zu den westdeutsch-tschechoslowakischen Beziehungen, die ausschließlich zur persönlichen Information verwendet werden dürfen

BStU, ZA, ZAIG 5405. - Vermerk: 5. Exemplar, 30. Blatt; Deckblatt: Material für Besprechungen des Genossen Winzer mit dem Außenminister der CSSR, Hajek; Verteiler: 1. Genosse Winzer, 2. HVA/VII, 3. Reserve vernichtet, 4. Reserve vernichtet, 5. Ablage.

Bundesminister Wehner erklärte in einem vertraulichen Gespräch, daß generell gesehen die westdeutsch-tschechoslowakischen Probleme geklärt seien. Es gebe keine nennenswerten Schwierigkeiten in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Prag. In dieser Frage würde es lediglich Schwierigkeiten zwischen der CSSR und den übrigen sozialistischen Ländern geben, weshalb die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik gegenwärtig geradezu tödlich für die neue Prager Führung sein. Von halboffizieller tschechoslowakischer Seite seien der Bundesrepublik für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Lösungsformeln unterbreitet worden, die auch von der CDU/CSU akzeptiert werden könnten.

Unter strengster Geheimhaltung haben Ende April in Prag dreitägige westdeutsch-tschechoslowakische Gespräche stattgefunden, an denen von westdeutscher Seite der Leiter des Planungsstabes im Bonner Auswärtigen Amt, Egon Bahr, und der Vortragende Legationsrat in der II. Politischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes, Hans Bock, und von seiten der CSSR namentlich nicht bekannte Partei- und Regierungsvertreter teilnahmen. Im Mittelpunkt der Gespräche haben die Möglichkeiten zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der CSSR und die Aufnahme von Kontakten zwischen der SPD und der KPC gestanden. Von seiten der tschechoslowakischen Gesprächspartner sei in bezug auf das Münchner Abkommen ein großes Entgegenkommen gezeigt worden. Sofern sich die Bundesregierung bereitfinde, das Münchner Abkommen als von Anfang an für null und nichtig zu erklären, würde die Regierung der CSSR unverzüglich die Erklärung abgeben, daß die von Bonn nunmehr eingestandene Nichtigkeit des Abkommens die persönlichen und materiellen Rechte westdeutscher Staatsbürger nicht berühre. In den Gesprächen sei außerdem die Herstellung ständiger Kontakte zwischen der SPD und der KPC befürwortet worden. Nach Äußerungen des Leiters des Planungsstabes im Bonner Auswärtigen Amt, Bahr, sei im Zusammenhang mit den Vorgängen in der CSSR der psychologische Faktor der im vergangenen Jahr angeknüpften Beziehungen mit Prag als stimulierendes Element sehr hoch zu bewerten. Bahr erklärte wörtlich: "Ohne das sichere Wissen, daß die Bundesrepublik zu erheblichen wirtschaftlichen Leistungen bereit ist, hätten die Reformer den Aufbruch nicht wagen können. Sie wollen - neben anderem - mit der Liberalisierung der innenpolitischen

Verhältnisse gegenüber Bonn demonstrieren, daß ihrerseits alle Voraussetzungen vorhanden sind, das Verhältnis Bonn - Prag intensiver zu gestalten und die Wirtschaftsbeziehungen auszubauen. Ohne Zweifel wird die neue Richtung in Prag nicht mehr auf die Erfüllung der bisher von Bonn verlangten Zugeständnisse (Anerkennung der DDR usw.) bestehen. Der Bundesregierung liegen entsprechende Hinweise vor, die man fast als offiziell einstufen könnte."

Der Motor der neuen Bewegung in der CSSR sei die Jugend, vor allem die Studentenschaft. Die Masse der Arbeiterschaft ziehe noch nicht richtig mit. Eine der großen Schwierigkeiten des neuen Regimes bleibe daher die Integration der Arbeiterschaft in die neue sozialistische Demokratie.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten seien nicht von der Hand zu weisen. In keinem sozialistischen Staat sei die jährliche Zuwachsrate des Sozialprodukts so niedrig wie in der CSSR gewesen, die bekanntlich über große industrielle Ressourcen verfüge. Privates westdeutsches Kapital wäre deshalb sehr willkommen, jedoch sei die Zeit dafür noch nicht reif.

Die Gegner des neuen Systems seien nicht mehr zu erkennen. Sie hätten sich mit dem neuen System assoziiert.

In der CSSR habe die pauschale Diffamierungskampagne gegenüber der Bundesrepublik aufgehört. Die Beurteilung der Bundesrepublik sei viel differenzierter geworden. Das neue Regime halte die Identität von politischer Freiheit und Kommunismus für möglich. Der Polyzentrismus im Kommunismus sei zu realisieren.

Von führenden Beamten des BMG wird zur Entwicklung in der CSSR eingeschätzt, daß die Regierung der CSSR und die KPC einen eigenen Weg erstrebten, den demokratischen Sozialismus. Dieser Weg ziele sowohl auf die politische Verbundenheit mit dem sozialistischen Lager als auch auf die wirtschaftliche und kulturelle Verbundenheit mit Westeuropa ab. Der Auf- und Ausbau der eigenen Unabhängigkeit auf der Basis einer leistungsfähigen Industrie bei eigenem Wohlstand entspreche im Endeffekt einer neutralen Position.

Nach Auffassung dieser Kreise habe die CSSR erkannt, daß sich der Sozialismus nur in einer demokratischen Gesellschaft verwirklichen lasse. Die Jugend der CSSR sei kritisch und wohlstandsstrebend. Die KPC habe auf die Dauer keine Chance, ohne echte Demokratisierung an der Macht zu bleiben. Wohlstand im eigenen Land lasse sich nur durch eine nationale Politik erreichen, die ihrerseits eine beinahe neutrale Stellung vorschreiben, da nur gleichermaßen gute Beziehungen nach Ost und West alle Vorteile in einem Land realisierbar machten.

Von den genannten Kreisen wird eingeschätzt, daß das Tempo, mit dem sich die neue Linie in der CSSR durchsetze, faszinierend sei. Es sei ganz klar, daß diese Entwicklung das sozialistische Lager aufsprengen werde. Das Beispiel der CSSR werde auch in der DDR Schule machen. Die Prager Reformer hätten erkannt, daß ihnen die bisherige Abhängigkeit von der So-

wjetunion keine wirtschaftlichen Erfolge gebracht habe, um die CSSR auf eine bessere wirtschaftliche Existenzstufe zu heben.

Die CSSR benötige jetzt vor allem die wirtschaftliche Unterstützung durch den Westen. Verbesserungen der innenpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der CSSR könnten den nationalen Weg zum demokratischen Sozialismus im sozialistischen Lager beschleunigen.

Im Bundeskanzleramt wird die Meinung vertreten, daß mit der Reformbewegung in der CSSR erstmalig in der Geschichte des Nachkriegskommunismus Kurs auf einen echten Sozialdemokratismus genommen wird, der schließlich sogar noch die marxistischen "Eierschalen" verlieren wird. Für die CSSR sei dies der einzige Ausweg aus der Misere.

Der FDP-Pressechef Schollwer äußerte zur Lage in der CSSR, daß die Vorgänge trotz bestimmter positiver Ergebnisse für den Westen nicht überbewertet werden dürften. Ein "Etablissement einer bürgerlich - freiheitlichen Ordnung" in der CSSR sei außerordentlich fraglich. Die "Reformkommunisten" um Dubcek könnten die Massen hinter sich bringen, so daß die sozialistische Ordnung gestärkt würde. Man hoffe aber, daß sich die "Reformkommunisten" politisch kurzfristig verschleifen, so daß dann den echten bürgerlichen Politikern der Weg zur politischen Führung freigemacht würde. Es sei daher nicht angebracht, jene "Reformkommunisten" zu unterstützen.

Vom Bundesnachrichtendienst (BND) wird die Entwicklung in der CSSR mit vorsichtigem Optimismus beurteilt. Von den Prager Reformen dürfte nicht allzuviel erwartet werden. Es dürfte feststehen, daß die CSSR auch weiterhin ein kommunistisches Land bleibe, wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen als bisher. Die Entwicklung in der CSSR würde sich nie allzuweit von der Sowjetunion entfernen. Die Bundesregierung sei darum bemüht, daß die Entwicklung in der CSSR so bleibt wie bisher und nicht rückläufig wird.

Trotz einer gewissen Zurückhaltung im politischen Bereich ist die Bundesregierung bemüht, ihren Einfluß auf die CSSR auszuüben. Die beste Möglichkeit sieht die Bundesregierung dabei auf wirtschaftlichem Gebiet. Die wirtschaftliche Annäherung der Bundesrepublik an die CSSR soll jedoch vorsichtig und vorerst nur auf inoffiziellen Wege durchgeführt werden. Westdeutsche Monopole und Banken befassen sich derzeit mit dem Problem, genauere Erkundungen in der CSSR selbst einzuholen.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt, von Guttenberg, erklärte, die Bonner Regierung sehe in den Vorgängen in der CSSR u. a. den Auftakt für eine tiefgreifende Reform zum Aufbau einer hochindustrialisierten Wirtschaft. Diese Reform sollte von der Bundesrepublik finanziert werden. Unter den CDU/CSU-Ministern in Bonn herrsche Übereinstimmung darüber, daß die Bundesrepublik der CSSR eine Kapital- und Investitionshilfe bei entsprechender politischer Gegenleistung gewähren sollte, da in der CSSR eher "positive wirtschaftliche und politische Ansätze" vorhanden seien als anderswo im sozialistischen Lager.

Führende westdeutsche Wirtschaftskreise bestätigten diese Absicht, indem sie erklärten, Bonn plane erhöhte Kapitalinvestitionen in der CSSR, um die "Liberalisierung" zu beschleunigen. Dabei sollen auch Gelder flüssig gemacht werden, die für die Entwicklungshilfe vorgesehen waren.

Auf der sog. Ostkonferenz des Bonner Auswärtigen Amtes im Dezember 1967 in Bonn versprach der Leiter der Bonner Handelsvertretung in Prag, Heipertz, sich für eine maximale Steigerung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der CSSR einzusetzen und die Aktivitäten der Handelsmission in dieser Richtung zu verstärken.

Die Bonner Parteien wurden angeregt, in Resolutionen, Beschlüssen und Presseartikeln die Forderung aufzustellen, die Bundesrepublik und die übrigen westlichen Länder sollten der CSSR kurzfristig wirtschaftliche Hilfsangebote ohne jede politische Forderung unterbreiten. Dies sei der einzige Weg, die Arbeiterschaft vom neuen Kurs restlos zu überzeugen. Andernfalls drohe die Gefahr, daß sich die ungarische Tragödie von 1956 wiederholen könnte.

In SPD-Bundestagskreisen wird eingeschätzt, daß sich das Verhältnis zwischen der KPC und der SPD seit Ablösung Novotnys als 1. Sekretär spürbar verbessert habe. Es bestünden ausgezeichnete Kontakte, die die Hoffnung zuließen, daß die CSSR in Zukunft der Bundesrepublik gegenüber aufgeschlossener sein würde. Die SPD verbinde damit die Hoffnung, daß die CSSR in der Behandlung der Deutschlandfrage flexibler werde.

10. Juli 1968

Befehl Nr. 018/68 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über das Zusammenwirken der Kräfte des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums für Nationale Verteidigung bei der Aufklärung und Abwehr von Handlungen gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik

Bundesministerium des Innern (MdI), Außenstelle Berlin, Schriftgutverwaltung, Nr. 4636. - Vermerk: Vertrauliche Verschlusssache (VVS) I 020098, Ausfertigung Blatt 1-9. Geheimhaltungsgrad am 5. Dezember 1987 aufgehoben.

Die in der Verordnung vom 19. März 1964 zum Schutze der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik (GBL. II, S. 255) und in anderen gesetzlichen Bestimmungen festgelegten Aufgaben zur Erhöhung der Sicherheit der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik erfordert das enge Zusammenwirken der Deutschen Volkspolizei und der anderen Organe des Ministeriums des Innern mit den Grenztruppen der Nationalen Volksarmee und den territorialen Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit.

Auf der Grundlage der gemeinsamen Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Nationale Verteidigung, dem Ministerium für Staatssicherheit und dem Ministerium des Innern vom 20.02.1968 ist das Zusammenwirken unter Führung der Kommandeure der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee mit dem Ziel zu organisieren:

die rechtzeitige Aufklärung aller Handlungen des Gegners, die gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik bzw. gegen Objekte und Anlagen sowie die Bevölkerung gerichtet sind, zu gewährleisten;

alle Maßnahmen zur Abwehr gegnerischer Handlungen, zur Verhinderung des ungesetzlichen Grenzübertritts und Verletzungen der Grenzordnung sowie zur Erhöhung der Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet, in den Territorial- und inneren Seegewässern, abzustimmen.

Zur Durchsetzung der sich aus der Vereinbarung für die Deutsche Volkspolizei und die anderen Organe des Ministeriums des Innern zur Gewährleistung des Zusammenwirkens im Interesse der Unantastbarkeit der Staatsgrenze in Friedenszeiten ergebenden Aufgaben

Befehle ich:

I.

1. (1) Die Chefs der Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei, der Präsident der Volkspolizei Berlin, die Leiter der Abschnittsverwaltungen der Transportpolizei, die Leiter der Volkspolizei-Kreisämter, Volkspolizei-Inspektionen, Wasserschutzpolizei-Inspektionen

und der Transportpolizei-Ämter (nachstehend Chefs und Leiter genannt) haben alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß in ihren Zuständigkeitsbereichen die sich aus der Vereinbarung ergebenden Hauptaufgaben erfüllt werden:

Organisation einer zielstrebigen Arbeit, um durch die operativ-vorbeugende Tätigkeit aller Dienstzweige bereits in der Tiefe der Deutschen Demokratischen Republik alle geplanten, vorbereiteten oder im Versuch befindlichen Angriffe auf die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik aufzuklären und zu verhindern;

Durchsetzung der Grenzordnung sowie der anderen für das Grenzgebiet geltenden gesetzlichen Bestimmungen einschließlich der den Organen des Ministeriums des Innern im Schutzstreifen übertragenen Aufgaben und erforderlichenfalls die Durchführung polizeilicher Aufgaben in den Kontrollterritorien der Grenzübergangsstellen zur Unterstützung der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee und der territorialen Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit;

Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen an der Küste, den inneren Seegewässern der Deutschen Demokratischen Republik bis zur festgelegten äußeren Begrenzung des Zuständigkeitsbereiches der Deutschen Volkspolizei und der anderen Organe des Ministeriums des Innern, in den Seehäfen und in Grenzgewässern auf der Grundlage der Befehle, Dienstvorschriften und anderen Weisungen;

Unterstützung der Maßnahmen der Grenzüberwachung durch die Grenztruppen der Nationalen Volksarmee im Grenzgebiet an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und Volksrepublik Polen auf der Grundlage der Befehle, Dienstvorschriften und anderen Weisungen.

(2) Die Chefs und Leiter haben zu gewährleisten, daß die Durchführung von polizeilichen Maßnahmen im Schutzstreifen den Forderungen der Grenzsicherung entspricht und zwischen den zusammenwirkenden Organen abgestimmt werden.

(3) Die Sicherung von Objekten durch die Deutsche Volkspolizei im Schutzstreifen ist mit den Kommandeuren der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee abzustimmen. Die erforderlichen Maßnahmen des Zusammenwirkens sind festzulegen.

2. Die Chefs und Leiter sind für die strikte Durchsetzung aller Maßnahmen, die sich aus der "Gemeinsamen Anweisung des Generalstaatsanwaltes der Deutschen Demokratischen Republik und des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über die Bekämpfung von Angriffen gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik" und deren Abstimmung mit den zusammenwirkenden Organen ergeben, verantwortlich.
3. (1) Die Organisation und Durchführung von Maßnahmen zur Erfüllung der polizeilichen Aufgaben in den Grenzkreisen ist auf die Erhöhung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet zu richten. Die Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen

Ordnung und Sicherheit an den Zugängen entlang und innerhalb der Sperrzone, an und auf den Transitstrecken, den inneren Seegewässern im Bereich der Grenzzone entlang der Küste der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich in den Seehäfen sind in Abstimmung mit den zusammenwirkenden Organen vorrangig mit dem Ziel zu organisieren, eine maximale Sicherheit an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zu gewährleisten.

(2) Der Einsatz der operativen Kräfte der Deutschen Volkspolizei und der Organe des Ministeriums des Innern sowie der freiwilligen Helfer der Deutschen Volkspolizei hat auf der Grundlage eines wirksamen Systems aufeinander abgestimmter Maßnahmen aller Dienstzweige und in enger Zusammenarbeit mit anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen sowie gesellschaftlichen Kräften zu erfolgen.

(3) Zur wirksamen Unterstützung der Lösung der Aufgaben der Deutschen Volkspolizei im Grenzgebiet haben alle Chefs und Leiter im Zusammenwirken mit den Leitern der territorialen Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit zu garantieren, daß die operativ-vorbeugende Tätigkeit aller Dienstzweige, das System der Kontrolle und Überwachung auf und an den Transitstrecken und die Aufklärung von Straftaten mit darauf gerichtet ist, Verletzungen der Grenzordnung und Angriffe auf die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern.

II.

4. (1) Die Lösung der Hauptaufgaben der Deutschen Volkspolizei und der anderen Organe des Ministeriums des Innern hat unter Beachtung

der Handlungen der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee bei der zuverlässigen militärischen Sicherung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur westdeutschen Bundesrepublik und der selbständigen politischen Einheit Westberlin in der Tiefe des Schutzstreifens, der Seegrenze der Deutschen Demokratischen Republik, in der Tiefe der Grenzzone, der Territorialgewässer und der inneren Seegewässer bis zur Küste bzw. bis zur festgelegten äußeren Begrenzung des Verantwortungsbereiches der Deutschen Volkspolizei und der anderen Organe des Ministeriums des Innern sowie in der Überwachung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und Volksrepublik Polen;

der Maßnahmen der territorialen Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit bei der Erfassung, Analyse und Bekämpfung der gesamten Feindtätigkeit in Richtung Staatsgrenze mit spezifischen Mitteln im Grenzgebiet, dem grenznahen Hinterland und in der Tiefe der Republik

zu erfolgen.

(2) Das Zusammenwirken ist auf den einzelnen Ebenen durch folgende Maßnahmen zu verwirklichen:

- Durchführung gemeinsamer Beratungen;
 - mündlicher und schriftlicher Informationsaustausch;
 - Ausarbeitung von Plänen des Zusammenwirkens zur Sicherstellung der gemeinsamen Handlungen.
5. (1) Der Stellvertreter des Ministers und Chef des Stabes hat zur Durchsetzung der Vereinbarung mit dem Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef des Hauptstabes und dem 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit das Zusammenwirken zu organisieren und die erforderlichen Maßnahmen abzustimmen.
- (2) Unter seiner Verantwortung ist in Übereinstimmung mit den Stellvertretern des Ministers und dem Stellvertreter des Chefs der Deutschen Volkspolizei die Lösung der sich für die Deutschen Volkspolizei und die anderen Organe des Ministeriums des Innern aus der Vereinbarung und anderen zentralen Maßnahmen des Zusammenwirkens ergebenden Aufgaben komplex zu organisieren, anzuleiten und zu kontrollieren.
- (3) Der Stab des Ministeriums des Innern hat zur Lösung dieser Aufgabe ständig mit dem Hauptstab des Ministeriums für Nationale Verteidigung und der zuständigen Dienst Einheit des Ministeriums für Staatssicherheit die Verbindung aufrechtzuerhalten.
- (4) Der Leiter der Hauptabteilung Kriminalpolizei des Ministeriums des Innern ist im Interesse der schnellen und umfassenden Klärung von anliegenden Ermittlungsverfahren wegen vorbereiteten, versuchten und vollendeten Grenzübertretts und Fahndungen berechtigt, mit Beauftragten des Kommandos der Grenztruppen, des Kommandos der Volksmarine und der Stadtkommandantur der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie dem Leiter der zuständigen Dienst Einheit im Ministerium für Staatssicherheit direkte Absprachen zu führen. Über grundsätzliche Maßnahmen ist der Stellvertreter des Ministers und Chef des Stabes zu informieren.
6. (1) Das Zusammenwirken im Interesse der zuverlässigen Sicherung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik ist unter persönlicher Verantwortung der Chefs und Leiter auf den Ebenen
- BDVP/AVT - Grenzbrigade/Grenzabschnitt - BV/MfS
VPKA/TPA - Grenzregiment/Unterabschnitt - KD/MfS
- durchzuführen und ständig aufrechtzuerhalten. Das Zusammenwirken auf der Ebene Bezirk erfolgt zwischen den in der Anlage 1 festgelegten Verbänden und Dienststellen.
- (2) Die Chefs der Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei und Gleichgestellte haben im Einverständnis mit den Chefs und Leitern der zusammenwirkenden Organe die Grundsätze des Zusammenwirkens der nachgeordneten Truppenteile und Dienststellen zu bestimmen.

- (3) In den Fällen, in denen nur kurze Abschnitte in den Bereich einer anderen Dienststelle oder Einheit hineinreichen, können Nachbardienststellen bzw. -einheiten mit der Abstimmung erforderlicher Maßnahmen beauftragt werden. Die hierzu getroffenen Festlegungen sind bei der Erarbeitung der Pläne des Zusammenwirkens zu berücksichtigen.
- (4) Die Chefs und Leiter sind nicht berechtigt, bei den Maßnahmen des Zusammenwirkens Weisungen an die beteiligten Organe zu erteilen bzw. von diesen entgegenzunehmen. Meinungsverschiedenheiten sind auf der nächsthöheren Ebene zu klären.
- (5) Das unmittelbare Zusammenwirken der operativen Kräfte mit den Grenztruppen der Nationalen Volksarmee und den Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit ist durch die Leiter der Volkspolizei-Kreisämter und Gleichgestellte zu präzisieren.
- (6) Bei Notwendigkeit (Groß- und Eilfahndungen, verstärkte Grenzsicherung auf Grund aktiver Handlungen des Gegners, Katastrophen u. a.) kann auf den Ebenen ab Volkspolizei-Kreisamt (Grenzregiment, Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit) aufwärts, bei gegenseitigem Einverständnis der zeitweilige Austausch von Verbindungsoffizieren erfolgen.
- (7) Die Chefs und Leiter haben zu gewährleisten, daß die Erteilung der Genehmigung zur Durchführung von Maßnahmen auf der Grundlage der Grenzordnung im Grenzgebiet zwischen den zusammenwirkenden Organen abgestimmt werden.
7. (1) Entsprechend der Vereinbarung haben die Chefs und Leiter an den durch die Kommandeure der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee einzuberufenen Beratungen (Bezirk - vierteljährlich, Kreis - monatlich) teilzunehmen. Bei Notwendigkeit können nach gegenseitiger Vereinbarung Beratungen in kürzeren Zeiträumen einberufen werden. Die gemeinsamen Beratungen sind mit dem Ziel der Klärung aufgetretener Probleme, der Auswertung der Ergebnisse der gemeinsamen Handlungen, der Einschätzung des Standes der Realisierung der in den vorangegangenen Beratungen getroffenen Festlegungen und der Präzisierung der weiteren Zusammenarbeit zu führen.
- (2) Die Chefs und Leiter haben unter Berücksichtigung der politisch-ökonomischen und polizeilichen Lage, insbesondere der Einschätzung der gegnerischen Tätigkeit, der Schwerpunkte des operativen Einsatzes der Kräfte und der Verbesserung der Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen der Staatsmacht sowie den gesellschaftlichen Kräften, Vorschläge zur Tagesordnung der Beratung zu unterbreiten und diese aktiv mit vorzubereiten.
- (3) Auf der Grundlage der gemäß Ziffer 6, Abs. 3, getroffenen Festlegungen ist die Teilnahme des Chefs und Leiter an den Beratungen zu präzisieren.
- (4) Über die durchgeführten Beratungen ist auf der Ebene Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei dem Stellvertreter des Ministers und Chef des Stabes und auf der Ebene

Volkspolizei-Kreisamt dem Stabschef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei ein Exemplar des Protokolls zur Kenntnisnahme zu übersenden.

(5) Die Teilnahme der Chefs der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei und Gleichgestellten an Beratungen, die durch den Chef der Grenztruppen bzw. den Stadtkommandanten der Hauptstadt der DDR, Berlin, zur Durchsetzung zentraler Fragen einberufen werden, wird durch den Stellvertreter des Ministers und Chef des Stabes besonders angewiesen.

8. (1) Die Maßnahmen des Zusammenwirkens gemäß Anlage 2 sind in Zusammenarbeit mit den beteiligten Organen in einem Plan unter strikter Abgrenzung der Aufgaben, Verantwortung und der Termine festzulegen. Der gemeinsame Plan des Zusammenwirkens ist durch die Chefs bzw. Leiter der zusammenwirkenden Organe zu bestätigen und bei Notwendigkeit durch gegenseitige Absprachen zu ergänzen.
- (2) Zur Präzisierung der Maßnahmen des Zusammenwirkens können Begehungen bestimmter Bereiche bzw. Ortsbesichtigungen im Grenzgebiet durchgeführt werden.
- (3) Der Plan des Zusammenwirkens ist Bestandteil der Führungsdokumente.

III.

9. (1) Der ständige und unmittelbare Informationsaustausch der zusammenwirkenden Organe (gemäß Anlage 3) ist im Prinzip auf der Ebene Volkspolizei-Kreisamt, Transportpolizei-Amt, Grenzregiment und Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit durchzuführen. Er ist über die Operativen Diensthabenden zu organisieren. Die Weiterleitung der Meldungen und Informationen hat entsprechend den bestehenden Weisungen zu erfolgen. Es ist zu garantieren, daß notwendige operative Maßnahmen rechtzeitig eingeleitet werden.
- (2) Auf der Ebene Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Abschnittsverwaltung der Transportpolizei, Grenzbrigade und Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit sind insbesondere solche Informationen auszutauschen, die den nachgeordneten Dienststellen bzw. Einheiten nicht bekannt sind.
- (3) Die Chefs und Leiter haben darüber hinaus zu den Kommandeuren und Leitern der zusammenwirkenden Organe persönliche Verbindung aufrechtzuerhalten und erforderliche Maßnahmen, die sich auf Grund der jeweiligen Lage ergeben, zu präzisieren.
- (4) Die von den Leitern der territorialen Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit auf allen Ebenen monatlich und halbjährlich übergebenen Auszüge aus den Einschätzungen über die Feindtätigkeit sind für die Planung und Organisation der operativen Maßnahmen zu nutzen.

- (5) Der Präsident der Volkspolizei Berlin und der Leiter der Abschnittsverwaltung der Transportpolizei Berlin hat den zusätzlichen Informationsaustausch mit dem Stadtkommandanten der Hauptstadt der DDR, Berlin, und dem Leiter der Verwaltung Groß-Berlin des Ministeriums für Staatssicherheit selbständig zu regeln.
- (6) Die Chefs und Leiter haben in Abstimmung mit den Chefs und Leitern der zusammenwirkenden Organe auf der Grundlage der in der Anlage 3 festgelegten Grundsätze den Informationsbedarf und die Informationsbeziehungen exakt zu bestimmen und in dem Plan des Zusammenwirkens aufzunehmen.
10. (1) Die Organisation der Nachrichtenverbindungen zur Gewährleistung der Führung des Informationssystems hat unter Beachtung der jeweiligen Bedingungen und Einhaltung der Bestimmungen der Geheimhaltung entsprechend den Befehlen, Dienstvorschriften und anderen Weisungen zu erfolgen.
- (2) Direkte Fernsprechverbindungen zwischen den ständig besetzten Kontrollpunkten der Deutschen Volkspolizei an den Zugängen zum Grenzgebiet und den Einheiten der Grenztruppen sowie zu den Grenzübergangsstellen sind in gegenseitiger Vereinbarung zu schalten und ständig aufrechtzuerhalten.
- (3) Zur Gewährleistung der Maßnahmen des Zusammenwirkens sind in eigener Zuständigkeit und Verantwortung unter Beachtung der Befehle, Dienstvorschriften und anderen Weisungen Signale und Mittel der gedeckten Führung auf den einzelnen Ebenen auszutauschen.
11. (1) Die Chefs der Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei haben die Vorschläge zur Veränderung des Verlaufs der Sperrzone und der ständig besetzten Kontrollpunkte der Deutschen Volkspolizei nach Abstimmung mit den zusammenwirkenden Organen mir zur Bestätigung einzureichen. Von dem Inkrafttreten der Veränderung sind die zuständigen Organe auf der Ebene des Bezirkes zu informieren.
- (2) Die Chefs der Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei und der Präsident der Volkspolizei Berlin haben zu veranlassen, daß Mitteilungen der Grenztruppen über Veränderungen des Schutzstreifens unter Angabe des genauen Verlaufs und des Zeitpunktes des Inkrafttretens dem Stellvertreter des Ministers und Chef des Stabes schriftlich gemeldet werden.

12. Dieser Befehl tritt mit Wirkung vom 15. August 1968 in Kraft. Gleichzeitig tritt der Befehl Nr. 6/65 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 15. April 1965 außer Kraft. (GVS B 3/1 - 12/65).

gez.
Dickel
Generaloberst

F. d. R.
Schmalfuß
Oberst der VP

29. Juli 1968

Schreiben Mielkes

BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830. - Vermerk: BdL/902/68.

Ab sofort sind

1. in den Diensteinheiten bis auf weiteres unter Leitung eines befähigten Offiziers Einsatzgruppen zu bilden, die nach Dienstende bis zum Dienstbeginn die ständige Besetzung und Bereitschaft der Diensteinheit gewährleisten;
2. die übrigen Kräfte in ständiger Einsatzbereitschaft zu halten, um kurzfristig die volle Einsatzbereitschaft herstellen zu können.

Die Genehmigung von Urlaub für leitende Kader und Spezialisten unterliegt der Genehmigung von mir bzw. meines zuständigen Stellvertreters.

Mielke

Generaloberst

29. Juli 1968

Schreiben Mielkes

BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830. - Vermerk: Tagebuch-Nr.: 898/68, Persönlich! Eilt!

1. Bis auf Widerruf haben alle Angehörigen Ihrer Diensteinheit am 29.07.1968 im Dienst zu verbleiben.
2. Die Versorgung der Kräfte wird über die Hauptabteilung Verwaltung und Wirtschaft gewährleistet.
3. Leiter von Diensteinheiten im Ministerium, die zur Erledigung unaufschiebbarer operativer Aufgaben ihre Diensteinheit kurzzeitig verlassen, haben sich im Büro der Leitung, Offizier vom Dienst, Apparat 2582, ab- und wieder anzumelden und den zeitweiligen Aufenthaltsort bekanntzugeben.
4. Die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben analog zu verfahren.

Mielke

Generaloberst

21. August 1968**1. Bericht des MdI über die mit Wirkung vom 21. August 1968, 00.00 Uhr, eingeleiteten Maßnahmen**

SAPMO, ZPA, IV A 2/12/25. - Vermerk: Vertrauliche Verschlusssache (VVS) I 06008, 3. Ausfertigung, Bl. 1-3.

1. Ab 21. 08. 1968, 00.00 Uhr, wurden durch die Deutsche Volkspolizei zur Erfüllung der gegebenen Befehle folgende operative Maßnahmen eingeleitet:
 - Zur Unterstützung der sich aus der Schließung der Grenzübergangsstellen zur CSSR ergebenden Maßnahmen wurden auf den Zufahrtsstraßen Kontrollpassierpunkte errichtet und die Weiterreise von Ausländern, Westdeutschen und Westberlinern nicht zugelassen;
 - entlang der Staatsgrenze zur CSSR wurde mit einer Tiefe von 1 bis 5 km die Einreise in dieses Grenzgebiet für Bürger der DDR sowie Ausländer nicht mehr zugelassen;
 - der grenzüberschreitende Kraftfahrzeugverkehr in Richtung CSSR wurde entlang der Bezirksgrenze Dresden und Karl-Marx-Stadt sowie entlang der Autobahn ab Frankfurt, Leipzig, Hermsdorfer Kreuz bis Hirschberg (mit Ausnahme der Stadt Leipzig) aufgehalten;
 - die in Richtung CSSR aufgehaltenen Personen wurden mit ihren Kraftfahrzeugen in Sammelräume überführt. Ein Verlassen dieser Räume wird nicht zugelassen. Unterbringung und Versorgung regeln die örtlichen Räte;
 - im gesamten Gebiet der DDR wird dafür Sorge getragen, daß Ausländer ihren derzeitigen Aufenthaltsort nicht verlassen, bzw. die Weiter- oder Ausreise nicht in Richtung des durch die Autobahn begrenzten Sperrgebietes erfolgt;
 - in den übrigen Bezirken wird entlang der Transitstrecken das Abweichen von den vorgeschriebenen Transitwegen verhindert;
 - Maßnahmen zur Unterstützung der Bewegung der Vereinten Streitkräfte, insbesondere für die am 21. 08. 1968, 08.00 Uhr, beginnenden Mot.-Märsche sind eingeleitet;
 - alle Chefs der BDVP wurden angewiesen, die erforderlichen Maßnahmen sowohl in operativ-vorbeugender Hinsicht als auch zur unverzüglichen Beseitigung auftretender Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, insbesondere von Provokationen, einzuleiten.
2. Nach dem Stand von 07.00 Uhr befinden sich in den Sammelräumen

Bezirk Dresden: 44 Personen, 2 LKW, 1 PKW, 1 Krad

Bezirk Gera: 2 Personen, 1 LKW

- Reisezüge in Richtung CSSR wurden in Dresden mit 168 Ausländern und in Oelsnitz (Vogtland) mit 17 Ausländer aufgehalten. Die ausländischen Reisenden verblieben in den Zügen. Sicherungsmaßnahmen sind getroffen. Besondere Vorkommnisse wurden bisher nicht gemeldet.
3. Zur Durchführung der befohlenen Maßnahmen wurde Einsatzalarm für alle Angehörigen der Deutschen Volkspolizei ausgelöst. Urlauber, die sich in der DDR aufhalten, sind zu ihren Dienststellen zurückbefohlen. Die Führung der Kräfte sowie die Maßnahmen des Zusammenwirkens mit den Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit und den Grenztruppen der NVA sind gewährleistet. Ausreichende Reserven sind in allen Bezirken vorhanden. Den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt wurden zentrale Reserven des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei unterstellt. Zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit wurde eingeleitet. Nach bisher vorliegenden Meldungen aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Dresden sind die Stimmungen und Meinungen der Genossen positiv. Alle Bezirke meldeten Vollzug zur Durchführung der befohlenen Maßnahme: Gleichzeitig wurde darauf orientiert, bereit zur Erfüllung weiterer Aufgaben zu sein.

21. August 1968**Ergänzung zum 1. Bericht des MdI über die mit Wirkung vom 21. August 1968, 00.00 Uhr, eingeleiteten Maßnahmen**

SAPMO, ZPA, IV A 2/12/25. - Vermerk: Vertrauliche Verschlusssache (VVS) I 06009, 3. Ausfertigung, Bl. 1-2.

1. Nach dem Stand vom 21. 08. 1968, 13.00 Uhr, befinden sich in den Sammelräumen:

Bezirk Dresden	188	Ausländer, 9 LKW, 24 PKW, 1 Krad, 1 Bus
Bezirk K-M-Stadt	57	Ausländer, 4 PKW
Bezirk Leipzig	129	Ausländer, 12 PKW
Bezirk Cottbus	53	Ausländer, 10 PKW, 1 Krad, 1 Bus
Bezirk Gera	78	Ausländer, 7 LKW, 20 PKW, 1 Krad

In Berlin werden für Ausländer, die ausreisen wollen, Sammelräume eingerichtet. Außerdem werden Sammelräume im Bezirk Neubrandenburg für die aus der VR Polen einreisenden Bürger der CSSR vorbereitet.

2. Einzelfälle von Hetze und Staatsverleumdung traten auf.

- Hetzschriftenfunde in Berlin-Adlershof (drei selbstgefertigte Exemplare, Inhalt: "Laßt die CSSR in Ruhe und Frieden").
- Bahnhof Ebersbach/Cottbus: Schmiererei gegen den Vorsitzenden des Staatsrates und Beschimpfungen einer Rangierbrigade durch tschechoslowakische Eisenbahner.
- Kreis Stolberg/Karl-Marx-Stadt verleumderische Äußerungen gegenüber der Sowjetunion.
- In Westberlin wurden zwei Omnibusse der Interflug durch Westberliner Bürger zeitweilig an der Weiterfahrt gehindert.

Die "Liga für Menschenrechte" in Westberlin plant am 21.08.1968, 18.00 Uhr, eine Hetzkundgebung am Olivaer Platz.

3. Am 21. 08. 1968, gegen 11.00 Uhr, waren vor der Botschaft der CSSR in Berlin ca. 70 CSSR-Bürger anwesend. Über das MfAA wurde das MdI von der Bitte des Botschafters in Kenntnis gesetzt, Unterbringungsmöglichkeiten für diese Bürger sicherzustellen. Als vorläufiger Aufenthaltsort wurde durch das PdVP Berlin in Verbindung mit dem Magistrat von Berlin die in der Nähe der Botschaft gelegene 12. Oberschule bereitgestellt. VP-Angehörige, die die vor der Botschaft anwesenden CSSR-Bürger über diese Unterbringungs-

möglichkeit informieren, betreten dabei kurzfristig aus Unkenntnis den zum Territorium der Botschaft gehörenden Vorplatz.

25 Bürger der CSSR waren bereits in der 12. Oberschule untergebracht, als der Botschafter der CSSR in der DDR die restlichen 40 Bürger in das Botschaftsgebäude rief und die VP-Angehörigen zum Verlassen des Vorplatzes aufforderte.

Diesem Ersuchen wurde sofort nachgekommen, Vorkommnisse ereigneten sich nicht.

4. Seit 09.30 Uhr marschieren Kräfte der polnischen Volksarmee auf den vorgesehenen Marschstraßen im Gebiet der DDR. Die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei erfüllen nach vorliegenden Informationen ihre Aufgaben mit hoher Einsatzbereitschaft und vorbildlicher Disziplin.

21. August 1968**2. Bericht des MdI über die mit Wirkung vom 21. August 1968, 00.00 Uhr, eingeleiteten Maßnahmen**

SAPMO, ZPA, IV A 2/12/25. - Vermerk: Vertrauliche Verschlusssache (VVS) I 06013, 3. Ausfertigung, Bl. 1-2.

Stand: 22. August 1968, 06.00 Uhr

1. Die von der DVP seit dem 21.08.1968 eingeleiteten operativen Maßnahmen werden weiterhin wirksam durchgesetzt. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine wesentlichen Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu verzeichnen.

2. In den Sammelräumen befinden sich:

Bezirk Dresden	1.081	Ausländer,
Bezirk K.-M.-Stadt	96	Ausländer
Bezirk Gera	112	Ausländer
Bezirk Leipzig	697	Ausländer
Bezirk Cottbus	80	Ausländer
Berlin	447	Ausländer

Die Unterbringung, Versorgung und Betreuung dieser Ausländer ist gewährleistet. Es wurden keine besonderen Vorkommnisse gemeldet.

3. Fälle von Hetze, insbesondere durch Schmierereien und Flugzettel

- Hetzlosung auf der Straßendecke in der Nähe des Chemiewerkes Coswig (Bezirk Halle) richtet sich gegen die getroffenen Sicherungsmaßnahmen der sozialistischen Länder in der CSSR.

Weitere angeschmierte Hetzlosungen wurden im Stadtgebiet Magdeburg (Russen raus aus CSSR), Dresden, Karl-Marx-Stadt, Berlin und Falkenberg (Kreis Herzberg) festgestellt.

- Am 22. 08. 1968, 04.00 Uhr, wurden in Berlin-Mitte 2 Täter beim Anschmieren einer Hetzlosung auf frischer Tat festgenommen.
- Hetzflugblätter und Hetzbriefe wurden insbesondere im Stadtgebiet Berlin festgestellt.

Gesamtzahl der Fälle:	31
davon:	3 mündlich
	12 Anschmieren von Hetzlosungen
	16 Verbreiten von Hetzflugblättern und Hetzbriefen.

4. Am 21.08.1968 verweigerten in mehreren Betrieben an verschiedenen Orten (Interhotel Gera, VEB Betonwerk Halberstadt, Fernsehgerätewerk Staßfurt) ca. 60 CSSR-Bürger die Arbeitsaufnahme.

Grund: Forderung nach Rückführung bzw. Nachricht über ihre Familie in der CSSR. Nach Einleitung entsprechender Maßnahmen der zuständigen Kreisleitung der SED wurde von der Mehrzahl dieser Bürger die Arbeit wieder aufgenommen. (Mit Ausnahme Interhotel Gera).

5. Die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei versehen weiterhin ihren Dienst mit hoher Einsatzbereitschaft und Disziplin. In den Dienststellen wurde zum Zweischichtendienst übergegangen. Ausreichende Reserven stehen zur Verfügung. Die Übersicht über die Lage ist ständig gewährleistet. Der politisch-ideologische Zustand der Volkspolizisten kommt insbesondere in vielen Selbstverpflichtungen im Verzicht auf dienstfreie Zeit und in vielen Anträgen zur Aufnahme als Kandidat in die SED zum Ausdruck.

21. August 1968**3. Bericht des MdI über die mit Wirkung vom 21. August 1968, 00.00 Uhr, eingeleiteten Maßnahmen**

SAPMO, ZPA, IV A 2/12/25. - Vermerk: Vertrauliche Verschlusssache (VVS) I 06018, 3. Ausfertigung, Bl. 1-4.

Stand: 22. August 1968, 06.00 Uhr

Die zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit seit dem 21.08.1968, 00.00 Uhr, eingeleiteten operativen Maßnahmen werden durch die Angehörigen der BVP mit hoher Einsatzbereitschaft und diszipliniert durchgeführt.

Zur weiteren Verstärkung der operativ-vorbeugenden Tätigkeit sind zusätzliche Maßnahmen getroffen worden.

Die Lage im Berichtszeitraum ist durch einen Anstieg der festgestellten Fälle von Hetze und Staatsverleumdungen besonders im Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 15 Fällen von Hetze und 8 Fällen von Staatsverleumdungen sowie in der Hauptstadt Berlin mit 23 Fällen von Hetze und 2 Fälle von Staatsverleumdungen gekennzeichnet. In der Berichtszeit wurden 76 Fälle von Hetze und 48 von Staatsverleumdungen festgestellt. Dabei wurden 46 Täter ermittelt, gegen 44 Personen wurden EV eingeleitet und in 12 Fällen Haftbefehl erlassen.

Bemerkenswert ist, daß es bei den verbreiteten Hetzschriften ausschließlich um selbstgefertigte handelt, die teilweise in Hausbriefkästen eingeworfen oder in der Öffentlichkeit angebracht worden sind.

Der Inhalt der Hetzschmierereien richtet sich überwiegend gegen die Maßnahme der Warschauer Vertragsstaaten.

In den Abendstunden des 22.08.1968 kam es in Erfurt, Am Angereck, zu einer Ansammlung von ca. 150 bis 200 Personen (überwiegend Jugendliche), die sich mit Fragen befaßten, die gegen die Maßnahmen der Warschauer Vertragsstaaten gerichtet waren. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit wurde dadurch beeinträchtigt, indem sie den Gehweg versperrten und Bürger belästigten.

Den Aufforderungen der Deutschen Volkspolizei leistete ein Teil der Jugendlichen keine Folge, so daß im Verlaufe des Ordnungseinsatzes 36 Personen, vorwiegend Jugendliche, zugeführt wurden. Durch die Abteilung Kriminalpolizei im Zusammenwirken mit MfS wird gegenwärtig das Vorliegen von Straftaten geprüft.

Nach Informationen des Org.-Büros für die Europäischen Juniorensportspiele der Leichtathletik in Leipzig vom 23. bis 25.08.1968 haben Teilnehmer aus dem kapitalistischen Ausland von

ihren Regierungen die Aufforderung erhalten, in ihre Heimatländer zurückzukehren, um am 26.08.1968 an einer Gegenveranstaltung in Westdeutschland teilzunehmen. Es wird versucht, die Abreise zu verhindern.

Aus vorliegenden Informationen der Dienststellen der Volkspolizei ist unter der Bevölkerung ein Ansteigen negativer Diskussionen und von Gerüchten zu verzeichnen, deren wesentlicher Inhalt ist

- die Hilfeleistung wird als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR betrachtet und mit 1938 verglichen;
- es bestehen Zweifel an der Anforderung des Hilfeersuchens;
- die Genossen Breshnew, Kossygin und Gretschno wären von ihren Funktionen zurückgetreten;
- Befürchtungen über den Ausbruch eines Krieges wurden zum Ausdruck gebracht.

Bei Staatsbürgern der CSSR, die sich zur Zeit in der DDR aufhalten, gibt es positives und negatives Verhalten zu den Maßnahmen.

In der Jugendherberge in Heringsdorf/Wolgast/Rostock brachten Jugendliche ihr Bedauern zum Ausdruck, daß Dubcek keine Macht mehr ausüben würde und setzten die Staatsflagge der CSSR auf Halbmast. Das gleiche geschah durch eine Gruppe tschechoslowakischer Touristen vor dem Studentenwohnheim Rostock, Südstadt, das als Sammelraum für ausländische Bürger dient. Nach Ablehnung einer von Studenten und Lehrern geplanten Demonstration erklärten diese in den Hungerstreik treten zu wollen. Durch Aussprachen wurde erreicht, daß von dem Hungerstreik Abstand genommen wurde und inzwischen angebrachte Hetzlosungen entfernt wurden.

Das RAW Halberstadt/Magdeburg und der VEB Baustoffwerk Magdeburg wurden in einem Fernschreiben von 2 Staatsbetrieben aus der CSSR zu Sympathiekundgebungen aufgefordert.

Auf Binnengewässern der DDR, vorwiegend auf der Elbe, führten CSSR-Schleppzüge in einigen Fällen Flaggen auf Halbmast. An 2 Schleppzügen waren außerdem Hetzlosungen angebracht. Nach Aufforderung wurden diese entfernt und die Flaggen voll gesetzt.

In Schwerin wurden CSSR-Bürger angetroffen, die an ihren Rockaufschlägen CSSR-Fähnchen mit einem Trauerflor trugen, den sie nach Aufforderung entfernten.

Entlang der Staatsgrenze zur CSSR kam es auf deren Gebiet zu provokatorischen Verhalten durch CSSR-Bürger.

Im Raum Bärenstein-Oberwiesenthal/K.-M.-St. erfolgten Zusammenrottungen und Demonstrationen vorwiegend durch Jugendliche, die auf Transparenten Hetzlosungen mit sich führten. Durch Lautsprecher wurden in deutscher Sprache die DDR-Bürger aufgefordert Einfluß auf den Abzug der NVA aus der CSSR zu nehmen und sich an provokatorischen

gemeinsamen Meetings zu beteiligen. Im Beisein von Miliz-Angehörigen sind in diesem Abschnitt von CSSR-Bürgern CSSR-Flaggen an Grenzdienststellen auf Halbmast gesetzt worden.

Entlang der Staatsgrenze in den Kreisen Dippoldiswalde und Pirna im Bezirk Dresden und am GÜST Zinnwald, erfolgten auf CSSR-Seite die Anbringung von Plakaten mit hetzerischen Losungen.

In den eingerichteten Sammelräumen befanden sich mit Stand vom 22.08.1968, 23.00 Uhr, 4.324 ausländische Staatsbürger, davon im Bezirk

Karl-Marx-Stadt	123
Leipzig	552
Rostock	914
Gera	118
Potsdam	455
Frankfurt/Oder	177
Schwerin	113
Cottbus	87
Neubrandenburg	23
Dresden	1234
Berlin	528

In den Abendstunden des 22.08.1968 ist mit der Ausreise von Bürgern sozialistischer Staaten aus den Sammelräumen über die GÜST zur CSSR begonnen worden.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt war bereits am 23.08.1968, 00.00 Uhr, die Ausreise abgeschlossen.

Aus Sammelräumen des Bezirkes Dresden sind bis 23.08.1968, 02.20 Uhr, 942 Bürger abgereist.

Von den CSSR-Grenzorganen sind an der GÜST

Zinnwald	105 ungarische und bulgarische Staatsbürger
Schmilka	30 ungarische Staatsbürger

mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß auf CSSR-Seite Provokationen zu erwarten sind, die persönliche Sicherheit, Verpflegung, Unterkunft und Beförderung nicht gewährleistet werden können.

In allen Fällen wurden mit der Partei und den zuständigen Staatsorganen die Maßnahmen zur Abstimmung herbeigeführt.

25. August 1968

**Schreiben Mielkes an die Leiter der Bezirksverwaltung/Verwaltung für Staatssicherheit,
Haupt-/selbst. Abteilung**

BStU, ZA, Dokumentenstelle 101826. - Vermerk: Vertrauliche Verschlusssache (VVS) MfS 008 Nr. 609/68, 74. Ausfertigung, 2 Blatt. - Handschriftliche Korrektur Mielkes: Änderung des Datums 30. August 1968 zu 4. September 1968.

Politisch-operative Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit im Fernmeldewesen, in den Rundfunk- und Fernsehsendern und deren Studios

Auf Grund der besonderen Bedeutung des Fernsprech- und Fernschreibwesens sowie der Rundfunk- und Fernsehsender und der dazugehörigen Funkhäuser im Rahmen der politischen, ökonomischen und militärischen Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik sind umgehend geeignete politisch-operative Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen, die ausschließen, daß Personen unter Ausnutzung dieser Einrichtung feindliche Handlungen durchführen.

Es sind insbesondere solche politisch-operativen Maßnahmen einzuleiten, die gewährleisten, daß

keine unbefugten oder feindlich eingestellten Personen in die technischen Anlagen der Rundfunk- und Fernsehsender und Studios eindringen und wirksam werden können;

es feindlichen Elementen nicht gelingt, unter Benutzung dieser Einrichtungen feindliche Losungen, Aufrufe und desorientierende Sendungen auszustrahlen;

politisch unzuverlässige Personen an wichtigen Stellen des Rundfunks, Fernsehens und der Fernmeldetechnik nicht in irgend einer anderen Art und Weise feindlich wirksam werden können;

alle Schwerpunktobjekte, wie Fernmeldeämter, Rundfunkverstärkerämter, Verstärkerämter, Trägerfrequenzämter, Knotenämter, unbemannte Verstärkerämter, Anschaltpunkte, Funkbetriebs- und Relaisstellen gegen jegliche feindliche Handlungen, insbesondere Diversionsakte und als solche getarnte Havarien gesichert werden.

Durch die Einleitung dieser Maßnahmen ist zu sichern,

die maximale Kontrolle von Sprechern und solchen Technikern, welche die Möglichkeit haben, sich unmittelbar und direkt in Rundfunk- und Fernsehsendungen einzuschalten;

daß an Schalt- und Kontrollstellen der Runfunk- und Fernsehstudios nur solche Bürger eingesetzt werden, die der Partei und Regierung treu ergeben sind;

daß Schwerpunkte der vorgenannten Einrichtungen durch Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit, der Deutschen Volkspolizei, durch Sicherheitsbeauftragte und patriotische Kräfte besetzt werden. (Die Schwerpunktobjekte sind in meinem Befehl 36/67 sowie der 1. und 2. Durchführungsbestimmung zum Befehl aufgeführt).

Über die eingeleiteten politisch-operativen Maßnahmen ist bis zum 04.09.1968 an mich umfassend zu berichten.

Mielke

Generaloberst

25. August 1968

Schreiben Mielkes an die Leiter der Hauptabteilungen/selbst. Abteilungen, Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

BStU, ZA, Dokumentenstelle 101826. - Vermerk: Vertrauliche Verschlusssache (VVS) MfS 008 Nr. 610/68, 91. Ausfertigung, 2 Blatt. - Handschriftliche Einfügung Mielkes auf Blatt 2, Datum und Stellvertreter General Schröder betreffend.

Über Personen, bei denen aus überprüften operativen Hinweisen oder aus begründeten Verdachtsmomenten ein negatives oder feindliches Verhalten bekannt ist und die durch eine Tätigkeit in nachgenannten Bereichen Möglichkeiten zur Beeinflussung eines größeren Personenkreises haben, sind sofort ausführliche Einschätzungen in Auskunftsberichten durchzuführen.

a) Bereich Rundfunk und Fernsehen (einschließlich deren Studios):

Redakteure

Reporter

Kommentatoren

Sprecher

im Sendebetrieb und Sendeablauf der Studioteknik Beschäftigte

b) Kultureller Bereich:

Conferencier

Theaterschaffende (Regisseure, Dramaturgen, Autoren usw.)

Stadt- und Betriebsfunkredakteure

c) Bereich Literatur, bildende, darstellende und unterhaltende Kunst:

Schriftsteller

Grafiker

Maler

Bildhauer

Schauspieler

Sänger usw.

d) Beschäftigte in den Bereichen Rundfunk und Fernsehen, Filmwesen, Pressewesen und Verlagswesen, die unter a) bis c) nicht erfaßt sind.

Unter den genannten Personenkreisen bzw. Bereichen sind auch die freiberuflichen Kräfte zu berücksichtigen.

Die Auskunftsberichte haben folgende Punkte zu enthalten:

große Personalien;

Einschätzung der beruflichen und politischen Entwicklung;

politische Einstellung, gesellschaftliches Verhalten;

welche überprüften operativen Hinweise bzw. begründete Verdachtsmomente auf negatives oder feindliches Verhalten liegen vor;

Einschätzung der Einflußmöglichkeiten;

operativ bedeutsame Verbindungen und deren Charakter

im Gebiet der DDR,

außerhalb der DDR;

wie erfolgt die operative Bearbeitung oder Kontrolle.

Die Auskunftsberichte sind bis zum 29.08., 19.00 Uhr, in zweifacher Ausfertigung an meinen Stellvertreter General Schröder zu übersenden.

Mielke

Generaloberst

27. August 1968

Schreiben Mielkes an die Leiter der Operative[n] Haupt-/selbst. Abteilungen im Hause

BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830. - Vermerk: BdL/1045/68.

Einsatz "Genesung"

1. Feindliche Handlungen von Bürgern der CSSR und alle anderen Verhaltensweisen, die eine gegnerische Einstellung zur DDR, zum sozialistischen Lager und zu allen fortschrittlichen Kräften erkennen lassen, sind ab sofort präzise und beweiskräftig zu dokumentieren und wenn möglich, fotografisch und auf Tonband unter Zeit- und Ortsangabe zu sichern und zu konservieren.

Das betrifft besonders Vorkommnisse an der Staatsgrenze DDR/CSSR, im Gebiet der DDR (über in der DDR aufhältliche Bürger der CSSR, wie Angehörige der Botschaft und der übrigen Auslandsvertretungen der CSSR), in der CSSR sowie in Westdeutschland, Westberlin und anderen nichtsozialistischen Ländern. Gleiche Vorkommnisse, die sich in der Vergangenheit und besonders in der letzten Zeit ereigneten, sind systematisch aufzuarbeiten. Alle Unterlagen sind sofort nach ihrer Erarbeitung der ZAIG zu übermitteln.

2. Entsprechend bekanntgewordenen Feindplänen besteht die Taktik der Angehörigen der konterrevolutionären Banden in der CSSR darin, sich nicht mehr in ihren offiziellen Wohnungen, sondern in bereits früher vorbereiteten Ausweichquartieren und sonstigen Verstecken aufzuhalten, um sich in die Illegalität zurückzuziehen, falls die Lage in der CSSR sich nicht nach ihren Vorstellungen weiterentwickelt. Es ist damit zu rechnen, daß in der DDR befindliche CSSR-Bürger, die zu den konterrevolutionären Kreisen gehören, bei gleichgesinnten Bürgern der DDR Unterschlupf suchen bzw. andere Verstecke nutzen. Es ist deshalb eine erhöhte Treff- und Verbindungstätigkeit mit allen IM und GM aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig sind die im Verantwortungsbereich vorhandenen Unterschlupf- und Versteckmöglichkeiten aufzuklären bzw. unter Kontrolle zu halten.
3. Sämtliche Hinweise und Angaben über feindliche Radio-, Funksende- und Empfangsstationen, besonders das Korrespondieren im Amateurfunknetz sind zu erfassen und der Abteilung F zuzustellen.

Mielke
Generaloberst

F. d. R.
Ludwig
Oberstleutnant

29. August 1968

Niederschrift von Generaloberst Keßler (MfNV) über das am 29. August 1968 im Führungsstab des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte in Legnica stattgefundene Treffen des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral Hoffmann, mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, Marschall der Sowjetunion Jakubowski

BStU, ZA, SdM 34. - Vermerk: Geheime Verschlusssache! VS-Nr.: A 58926; Persönlich!
4. Ausfertigung, 10 Blatt.

Auf Ersuchen des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR fand am 29.08.1968 im zeitweiligen Führungsstab des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte in Legnica ein Treffen mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, Marschall der Sowjetunion Jakubowski, statt.

Teilnehmer:

von deutscher Seite

Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Hoffmann,
Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes, Generaloberst Keßler,
Stellvertreter des Ministers und Chef der Politischen Hauptverwaltung, Admiral Verner;

von sowjetischer Seite

Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte, Marschall der Sowjetunion Jakubowski,
Chef des Stabes der Vereinten Streitkräfte, Armeegeneral Schtmenko,
Hauptvertreter des Stabes der Vereinten Streitkräfte bei der Nationalen Volksarmee der DDR,
Armeegeneral Kurotschkin.

1. Zu Beginn des Treffens informierte der Chef des Stabes, Armeegeneral Schtmenko, über die derzeitige Konzentrierung der Truppen der fünf verbündeten Staaten und über die Lage in der CSSR.

Dabei brachte er folgendes zum Ausdruck:

(1) Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurden in die Maßnahme "Donau" einbezogen:

30 Verbände der Landstreitkräfte davon befinden sich 3 Divisionen in der Reserve des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte (7. PD der NVA, 6. LLD der PA, 7. MSD der Sowjetarmee);

18 Luftwaffengeschwader (außer Hubschrauber- und Aufklärungstruppenteilen) mit den entsprechenden Funkmeß- und Sicherstellungseinheiten.

Die Verbände der Landstreitkräfte erhielten die Aufgabe:

Deckung der Staatsgrenze zu Westdeutschland und Österreich,

Nichtzulassen von konterrevolutionären Aktionen seitens der Streitkräfte der CSSR,

Unterstützung der tschechoslowakischen Staatsorgane bei der Herstellung der Ruhe und Ordnung im Lande.

Den Truppenteilen der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung wurde die Aufgabe gestellt:

Gewährleistung des geschlossenen Systems der Luftverteidigung der Warschauer Vertragsstaaten,

Versorgung der auf dem Territorium der CSSR eingesetzten Truppen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden die Streitkräfte in Konzentrierungsräumen bzw. auf allen Flugplätzen der CSSR untergebracht.

(2) Nach Bekanntwerden der Maßnahme "Donau" wurde durch den Minister für Nationale Verteidigung der CSSR, Generaloberst Dzur, im Auftrage des Präsidenten der Republik, Ludvic Svoboda, der Befehl erteilt, den verbündeten Streitkräften keinerlei Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Befehl erschien zweckmäßig, um Komplikationen jeder Art zu vermeiden.

Die Garnisonen der Tschechoslowakischen Volksarmee wurden durch die verbündeten Truppen blockiert und in einzelnen Fällen, wo Anzeichen zum bewaffneten Widerstand gegeben waren, zeitweilig entwaffnet (Raketenbrigade Ostrava, Offiziersschule Bratislava).

Die Beziehungen der Angehörigen der CVA zu den Truppen der anderen Staaten waren in den ersten Tagen, bis zur Beendigung der Verhandlungen in Moskau, abwartend und teilweise unfreundlich.

Durch den Generalstab und die Mehrzahl der Kommandeure wurden jegliche Kontaktversuche der verbündeten Truppen abgelehnt.

Am 28.08.1968 führte der Präsident der Republik, L. Svoboda, eine Kommandeursberatung mit allen Armeekadern bis einschließlich Division oder Gleichgestellte durch.

Die Reden der Genossen Svoboda, Cernik und Dzur wurden als konsequent, zweckmäßig und richtungsweisend im Geiste des Kommuniqués der Moskauer Beratung eingeschätzt.

Mit sehr unklaren nichtssagenden und mehrdeutigen Formulierungen soll Alexander Dubcek auf dieser Beratung aufgetreten sein.

Obwohl gegenwärtig der größte Teil der Kommandeure und Truppen den Präsidenten der Republik und die Moskauer Erklärung unterstützen, traten einige offen dagegen auf. Als reaktionärste Elemente in dieser Hinsicht wurden der Chef der Verwaltung Aufklärung, General Burda, und der Chef des westlichen Militärbezirkes, General Prohaska, genannt.

General Prohaska ist am 28.08.1968 während der Kommandeursberatung offen gegen den Präsidenten und die Moskauer Erklärung aufgetreten und hat unter anderem dort sein Abzeichen der Generalstabsakademie der Sowjetunion abgenommen und weggeworfen.

Der Chef der Verwaltung Aufklärung, General Burda, wurde vom Präsidenten der Republik von seiner Funktion entbunden und in die Reserve versetzt.

Minister Dzur soll den Präsidenten der Republik und die Moskauer Erklärung voll unterstützen und vorgeschlagen haben, alle Kader, die sich diesen entgegenstellen, unverzüglich von ihren Funktionen zu entbinden.

Der Präsident soll sich die endgültige Entscheidung hierüber jedoch noch vorbehalten haben.

Am 29.08.1968 fand ein Treffen des Präsidenten der Republik Svoboda mit leitenden Generälen und Offizieren der Bruderarmeen statt.

(3) Die Einstellung der Mehrzahl der Bevölkerung, besonders in den Städten, wurde als abwartend und teilweise unfreundlich eingeschätzt.

Besonders komplizierte Situationen entstanden in den ersten Tagen nach dem Einmarsch der Truppen in Prag, Ostrav, Plzen und Brno, wo sich besonders Halbwüchsige den Truppen entgegenstellten, antisowjetische Losungen anbrachten, Flugblätter verbreiteten und Demonstrationen durchführten.

Durch einzelne Elemente wurden die Truppen aus Hinterhalten und Verstecken beschossen und andere Gesetzwidrigkeiten verübt.

Im Ergebnis dieser Aktionen wurden bisher

58 Soldaten erschossen,

ca. 250 verletzt,

3 Panzer und mehrere andere Fahrzeuge in Brand gesetzt,

3 Hubschrauber beschossen, davon 1 Hubschrauber abgeschossen,

1 sowjetisches Ehrenmal zerstört.

In keinerlei Fällen wurde jedoch organisierter Widerstand größerer Gruppen festgestellt.

Seitens der verbündeten Truppen wurden keinerlei Erschießungen oder Rechtsverletzungen durchgeführt.

Obwohl sofort mit Beginn der Maßnahme "Donau" alle öffentlichen Publikationsorgane (Rundfunk, Presse, Fernsehen) durch Truppen unter Kontrolle genommen wurden, begannen ab 21.08.1968 gegen 05.00 Uhr eine große Anzahl von illegalen Rundfunkstationen und Druckereien ihre Tätigkeit.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurden insgesamt 65 solcher Stationen aufgeklärt und zum Teil unschädlich gemacht.

Dabei wurde festgestellt, daß eine große Anzahl dieser Sender frühzeitig vorbereitet und die Programme und Sendezeiten auf die Durchführung konterrevolutionärer Aktionen abgestimmt waren. In fast allen größeren Städten (Prag, Bratislava, Brno, Plzen) wurden große Mengen Waffen, darunter auch schwerer, vor allem amerikanischer, westdeutscher und tschechischer Herkunft sichergestellt.

Die Situation auf dem Lande wurde insgesamt günstiger eingeschätzt. Beim Eintreffen der Truppen wurden diese teilweise freundlich begrüßt und willkommen geheißen. In den folgenden Tagen zeichnete sich hier jedoch aufgrund des verstärkten Druckes rechtsgerichteter Elemente ein zunehmendes Mißtrauen untereinander ab.

(4) Gegenwärtig ist eine gewisse Normalisierung der Lage im gesamten Land sichtbar.

Die zentralen und öffentlichen Verwaltungseinrichtungen sowie die Mehrzahl der Werktätigen haben ihre Tätigkeit aufgenommen. In den Städten werden die konterrevolutionären Losungen beseitigt und auf den Dörfern beginnt wieder ein gutes freundschaftliches Verhältnis zu den Truppen.

Gleichzeitig ist jedoch eine Steigerung der Aktivität oppositioneller und konterrevolutionärer Kräfte auch innerhalb der KPC bemerkbar.

Einige Kreis- und Bezirksparteiorganisationen unterstützen die Beschlüsse des illegalen Parteitages während ein großer Teil, darunter auch der jetzige 1. Sekretär der KP-Slowakei Husak, diese Parteizusammenkunft nicht anerkennt.

Die Einstellung des Genossen Husak wurde in der letzten Zeit als positiv bezeichnet.

Am 31.08.1968 ist ein Plenum des alten Zentralkomitees vorgesehen und es wird angenommen, daß der Ausgang dieses Plenums mit entscheidend sein wird für die weiteren Aktionen in der Partei und möglicherweise im ganzen Lande.

Abschließend betonte Armeegeneral Schtemenko, daß die Normalisierung des Lebens und die vollständige Abwendung der Konterrevolution in der CSSR in erster Linie von dem Vermögen und der Entschlossenheit der Staatsorgane der CSSR abhängen wird.

2. Der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Hoffmann, bedankte sich für die Information und unterstrich, daß die Nationale Volksarmee bereit ist, alle gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die beiden in den Konzentrierungsräumen befindlichen Verbände sind auf die Lösung von Aufgaben auf dem Territorium der CSSR vorbereitet.

Er informierte darüber, daß unmittelbar nach Beginn der Maßnahme "Donau" an der Staatsgrenze zur CSSR eine neue Grenzbrigade aufgestellt und in die Grenzsicherung einbezogen wurde.

Seitens der Bevölkerung der CSSR wurden in den ersten Tagen eine Reihe von Provokationen an der Staatsgrenze zur DDR durchgeführt. Allein am ersten Tage nach dem Einmarsch der Truppen wurden durch die Organe der DDR im Grenzgebiet der CSSR 250 Transparente mit reaktionären Losungen entfernt.

Im weiteren bat Genosse Armeegeneral Hoffmann den Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte um Meinungsäußerung zu folgenden Fragen:

(1) Auf Weisung des Genossen Walter Ulbricht wurde am 22.08.1968 für die Nationale Volksarmee die erhöhte Gefechtsbereitschaft ausgelöst.

Erscheint es zweckmäßig, in der jetzigen Periode diese Stufe der Gefechtsbereitschaft aufzuheben?

(2) Ende Juli 1968 wurde der gesamte Südostteil der Deutschen Demokratischen Republik zum Sperrgebiet erklärt.

Gibt es Einwände, wenn das gesamte Stadtgebiet von Leipzig aus diesen Sperrmaßnahmen ausgeklammert wird?

(3) Mit Beginn der Maßnahme "Donau" wurde der Personenverkehr an der Staatsgrenze der CSSR zur DDR und umgekehrt eingestellt. Wird der Eröffnung der Grenzübergangsstellen für den Personenverkehr zugestimmt?

(4) Wird die für Oktober dieses Jahres auf dem Territorium der Volksrepublik Polen vorgesehene gemeinsame Truppenübung "Oder - Neisse" stattfinden?

3. Marschall der Sowjetunion Jakubowski legte in Beantwortung dieser Fragen dar:

(1) Die erhöhte Gefechtsbereitschaft sollte bis auf weiteres aufrechterhalten werden.

(2) Der gesamte Stadtkreis Leipzig kann aus dem Sperrgebiet herausgenommen werden.

(3) Gegen die Aufnahme des grenzüberschreitenden Personenverkehrs gibt es bei entsprechender Kontrolle keine Einwände.

(4) Die im Oktober geplante gemeinsame Truppenübung auf dem Territorium der Volksrepublik Polen wird voraussichtlich nicht stattfinden.

Eine endgültige Entscheidung wird nach Rücksprache mit dem Verteidigungsminister der Volksrepublik Polen getroffen.

In seinen weiteren Ausführungen brachte Marschall Jakubowski zum Ausdruck, daß die Ereignisse in der CSSR kein Kampf gegen den ehemaligen Präsidenten Novotny seien, sondern offener Kampf gegen den Sozialismus mit dem Ziel, schrittweise eine bürgerliche Republik zu errichten.

Das werde besonders augenscheinlich durch solche Elemente in führenden Positionen wie Kriegel, Ziesarch, Shik, Hajek u. a.

Ob man es verstehe und stark genug sei, im innerparteilichen Kampf diese Menschen zu entlarven, das werde die nächste Zeit zeigen.

Seiner Meinung nach hat Cernik z. B. eine klarere Position als Dubcek.

Im weiteren gab Marschall Jakubowski eine persönliche Einschätzung einiger leitender Generale des Ministeriums für Nationale Verteidigung der CSSR.

Minister Dzur hat sich in der letzten Zeit in positiver Hinsicht geändert und unterstützt den Präsidenten und das Moskauer Kommuniqué.

Der Chef des Generalstabes, Generalleutnant Rusov, und der Chef der Politischen Hauptverwaltung, Generalmajor Betrich, beziehen ebenfalls eine positive Stellung und dürften gewisse Lehren gezogen haben.

Der Stellvertreter des Ministers für Ausbildung, Generalleutnant Mucha, ist weiterhin undurchsichtig und hinterhältig. Er hat seine Meinung noch nie offen dargelegt. Es wurde aber nachgewiesen, daß bei allen feindlichen Aktionen gegen die verbündeten Truppen Mucha im Hintergrund mitwirkte.

Der ehemalige Verteidigungsminister, Armeegeneral Lomsky, spielt in letzter Zeit keine gute Rolle. Er hat sich als wenig konsequenter Mensch erwiesen mit keiner eigenen Meinung. (Lomsky hat ebenfalls die "2.000 Worte" unterstützt.)

Abschließend bat Genosse Marschall Jakubowski, der Partei- und Staatsführung der Deutschen Demokratischen Republik und besonders dem Genossen Walter Ulbricht, dem hervorragenden Führer der Arbeiterbewegung, die herzlichsten Grüße zu übermitteln.

Er bedankte sich für die große Unterstützung und das volle Verständnis, daß ihm bei allen Problemen entgegengebracht wurde.

Das Zusammentreffen verlief in herzlicher aufgeschlossener Atmosphäre.

Keßler

Generaloberst

29. August 1968

Niederschrift von Generaloberst Keßler (MfNV) über ein Zusammentreffen von Vertretern der verbündeten Armeen mit dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik Ludvic Svoboda

BStU, ZA, SdM 34. - Vermerk: Geheime Verschlusssache! VS-Nr.: A 58928, Persönlich!
4. Ausfertigung, 6 Blatt.

Am 29.08.1968 von 15.10 bis 16.20 Uhr empfing der Präsident der CSSR, Genosse Ludvic Svoboda, auf der Prager Burg leitende Generale und Offiziere der verbündeten Armeen zu einem Gespräch über die Lage in der CSSR.

An dem Zusammentreffen nahmen teil:

von tschechoslowakischer Seite:

Präsident der Republik Svoboda,
Ministerpräsident Cernik,
Verteidigungsminister Dzur,

Sekretär des Präsidenten Novak;

von seiten der verbündeten Armeen:

Armeegeneral Pawlowski (Sowjetarmee),
Brigadegeneral Siwitzky (Polnische Armee),
Generalmajor Sjötsch (Ungarische Volksarmee),
Generalmajor Bleck (Nationale Volksarmee),
Oberst Mikew (Bulg. Volksarmee).

Präsident Svoboda bat nach einleitenden Worten die geladenen Generale und Offiziere um einen Bericht über die Lage der Truppen und um Information über die Situation in den eingenommenen Räumen.

Der Vortrag erfolgte in folgender Reihenfolge:

Polnische Armee,
Ungarische Volksarmee,
Nationale Volksarmee,
Bulgarische Volksarmee,
Sowjetarmee.

Die Vorträge der Vertreter der Armeen beschränkten sich auf die Lage der Truppen und auf allgemeine Berichte aus den Räumen. Es kam zum Ausdruck, daß sich die Situation in den bezogenen Räumen seit dem 27.08.1968 gebessert hat, jedoch noch nicht zufriedenstellend ist.

Durch den Vertreter der Nationalen Volksarmee, Generalmajor Bleck, wurde vorgetragen, daß sich die Truppen der Nationalen Volksarmee nicht auf tschechoslowakischem Territorium befinden und deshalb keine unmittelbare Verbindung zur Bevölkerung und zur Tschechoslowakischen Volksarmee besteht.

Vom Präsidenten wurde daraufhin angeführt, daß es Angaben gibt, denen zufolge sich Truppen der Nationalen Volksarmee im Norden der CSSR aufhalten.

In ihrer Antwort wiesen sowohl Generalmajor Bleck als auch Armeegeneral Pawlowski diese Gerüchte als unwahr zurück.

Nach den Vorträgen der Vertreter der Bruderarmeen legte Armeegeneral Pawlowski nochmals zusammenfassend die Lage in der CSSR dar und führte in diesem Zusammenhang die erheblichen Verluste an, die die Sowjetarmee durch Schüsse aus Hinterhalten u. a. Umständen zu beklagen hat.

Sowohl durch Armeegeneral Pawlowski als auch durch Brigadegeneral Siwitzky wurden Beispiele angeführt, wo sowjetische und polnische Soldaten ihr Leben opferten, um das tschechoslowakischer Bürger zu retten.

Präsident Svoboda war von diesen aufopferungsvollen Taten beeindruckt und sprach beiden Generalen sein Beileid aus.

Im weiteren legte Armeegeneral Pawlowski dar, daß begonnen wurde, aus größeren Städten die Truppen herauszuziehen und die Ordnungsaufgaben den tschechoslowakischen Sicherheitsorganen übertragen wurden.

Die Beziehungen zur Bevölkerung normalisieren sich allmählich, wobei die Reaktionen der Einwohner unterschiedlich seien. In einer Reihe von Städten und Ortschaften seien verleumderische Losungen angebracht, die sich auf die schnelle Verbesserung der Beziehungen nicht günstig auswirkten.

Hier ergänzte der polnische General, daß sich im Bereich der polnischen Truppen diese Losungen neuerdings auch gegen den Präsidenten und die Regierung richten.

Die Beziehungen der tschechoslowakischen Volksarmee zu den verbündeten Armeen schätzte Armeegeneral Pawlowski abwartend ein.

Obwohl sich die Kommandeure der verschiedenen Kommandoebenen mit Kommandeuren, Offizieren und Soldaten der CVA treffen, sei immer wieder festzustellen, daß die tschechischen Armeeinghörigen gegenseitig mißtrauen aber insgesamt zur Zusammenarbeit und Organisation normaler freundschaftlicher Beziehungen bereit sind.

Abschließend trug Armeegeneral Pawlowski dem Präsidenten zwei Bitten vor:

1. Er bat, durch den Präsidenten bzw. den Ministerpräsidenten oder Verteidigungsminister Weisungen bzw. Richtlinien an die CVA zu erlassen über die Gestaltung der Zusammenarbeit mit den verbündeten Truppen.

Die Notwendigkeit eines solchen Erlasses wurde damit begründet, daß tschechoslowakische Generale, Offiziere und Soldaten immer wieder ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit zum Ausdruck brachten, falls entsprechende Weisungen bekannt seien.

2. Der Abzug der Truppen aus den Städten sei erst dann möglich, wenn die Ordnung in eigener Zuständigkeit sichergestellt werden könne.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, bei vollgeschriebenen Fenstern, reaktionären Losungen und Flugblättern sei diese Garantie noch nicht überall gegeben.

Er bat, die Beseitigung dieser Schmierereien anzuweisen und durchzusetzen.

Auf die Frage des Präsidenten Svoboda an Armeegeneral Pawlowski, wie die weitere Zusammenarbeit gestaltet werden solle, antwortete Ministerpräsident Cernik, daß die gesamte Zusammenarbeit nicht direkt mit der Regierung, sondern über das Ministerium für Nationale Verteidigung erfolgen werde.

Er schlug vor, zur Gewährleistung der Zusammenarbeit eine gemischte Kommission unter Leitung eines Stellvertreters von Armeegeneral Pawlowski und des Stellvertreters des Ministers für Ausbildung der CVA, Generalleutnant Mucha, zu bilden, die auch die Frage der Dislozierung der verbündeten Truppen klären könne.

Eine weitere Frage des Präsidenten, ob vorgesehen sei, weitere Truppen auf das Territorium der CSSR zu verlegen, wurde von Armeegeneral Pawlowski verneint. [Unterstreichungen im Original]

Armeegeneral Pawlowski erklärte sich mit der Bildung einer gemeinsamen Kommission einverstanden, forderte jedoch eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung und dem Generalstab der CVA.

Im weiteren legte Armeegeneral Pawlowski seine Gedanken zur Verbesserung des politisch-moralischen Zustandes in der CVA dar. Dabei unterstrich er die Notwendigkeit, in der Truppe und in den Stäben nur solche Kader auftreten zu lassen, die dem Präsidenten und der Regierung treu ergeben sind und sich zu dem Moskauer Kommuniqué bekennen.

Gegenwärtig gibt es Offiziere, die reaktionäre Ausfälle und Versammlungen gegen den Präsidenten und die Regierung dulden. Er schlug vor, konkrete Weisungen in dieser Hinsicht an die Kommandeure und Politorgane zu erlassen.

Hierzu äußerten

der Präsident, daß sich die Situation von Tag zu Tag in den Truppenteilen verbessere,

der Verteidigungsminister, daß es zwar einige negative Gruppen gebe, man den Zustand insgesamt aber nicht mit Weisungen oder Befehlen ändern könne.

Er führte aus, daß diesbezüglich bereits Maßnahmen eingeleitet wurden, ließ aber offen, welche. Armeegeneral Pawlowski erklärte sich mit dieser Meinung nicht einverstanden, da zur Zeit jeder, der als ehrlicher Kommunist auftrete, von negativen Elementen übertönt werde und sprach über die Rolle des Befehls in der Armee. Der Präsident brach die Diskussion mit der Bemerkung ab, daß alle Probleme geklärt seien. Das Zusammentreffen verlief insgesamt in einer zurückhaltenden, angespannten Atmosphäre.

30. August 1968

Schreiben von Generaloberst Keßler (MfNV) an Mielke

BStU, ZA, SdM 34. - *Vermerk:* Geheime Verschlusssache! VS-Nr.: A 58929; Persönlich!
1. Ausfertigung, 1 Blatt.

Werter Genosse Minister!

Auf Weisung des Ministers für Nationale Verteidigung, Genossen Armeegeneral Hoffmann, gestatte ich mir Ihnen je eine Ausfertigung der Niederschriften

- über die Zusammenkunft des Ministers für Nationale Verteidigung mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, Marschall der Sowjetunion Jakubowski [vgl. Dokument 13],
- über das Treffen der Vertreter der verbündeten Truppen mit dem Präsidenten der CSSR, L. Svoboda [vgl. Dokument 14]

zu Ihrer persönlichen Information zu übersenden.

Beide Dokumente wurden dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Genossen Erich Honecker, mit der Bitte um Weisung zu den vorgetragenen Fragen vorgelegt.

Mit sozialistischem Gruß

Keßler

Generaloberst

31. August 1968

Schreiben Mielkes an die Leiter der Haupt-/selbst. Abteilungen im Hause

BStU, ZA, Dokumentenstelle 101830. - Vermerk: BdL/1074/68, Eilt!

Am 31. August 1968, 10.00 Uhr, wird der grenzüberschreitende Reiseverkehr zwischen der DDR und der CSSR mit einigen Beschränkungen im Dienst-, Privat- und Touristenreiseverkehr wieder aufgenommen. Sie haben die erforderlichen Maßnahmen mit den Chefs der BDVP zu koordinieren und abzustimmen (Gilt für die Leiter der BV/V).

Der Innenminister und Chef der DVP hat an die Chefs der BDVP die erforderlichen Weisungen erteilt. Sein Fernschreiben beinhaltet im wesentlichen:

1. Mit Wirkung vom 31. August 1968, 10.00 Uhr, wird der grenzüberschreitende Personenverkehr über die Grenzübergangsstellen zur CSSR wieder aufgenommen. Bisher erteilte Genehmigungen für private und Touristenreisen nach der CSSR haben keine Gültigkeit mehr.
2. Dienstreisen von Bürgern der DDR nach bzw. durch die CSSR sind möglich. Bereits erteilte Visa haben Gültigkeit. Die Ausgabe der bei den Antragsberechtigten in Verwahrung befindlichen Pässe bzw. die Neubeantragung von Visa hat nur in dringend notwendigen Fällen zu erfolgen.
3. Genehmigungen für Privatreisen von Bürgern der DDR nach der CSSR sind vorläufig nur in besonderen Härtefällen zu erteilen. Genehmigungen für Privatreisen von ausländischen Staatsbürgern können entsprechend der DV IX/2 erteilt werden.
4. Der Transitverkehr durch die DDR nach bzw. von der CSSR ist gestattet. Privatreisen von Bürgern der DDR im Transit durch die CSSR sind vorläufig nur mit der Eisenbahn gestattet. Touristengruppen können im Transit mit der Eisenbahn und mit Kraftfahrzeugen durch die CSSR reisen.
5. Die Entsendung von Touristengruppen in die CSSR wird in beschränktem Umfange wieder aufgenommen. Visa für Einzeltouristikreisen sind vorläufig nicht zu erteilen.
6. Für Einreisen von Ausländern, Westdeutschen und Westberlinern in das Sperrgebiet bleibt die bisherige Regelung bestehen.
7. Bürgern sozialistischer Staaten wird ab sofort bei der Einreise eine Zählkarte ausgehändigt. Bei der polizeilichen Anmeldung ist außer der Erteilung der Aufenthaltsberechtigung auf der Rückseite der Zählkarte ein Siegelabdruck anzubringen.
8. Ausländer, Westdeutsche und Westberliner mit Kraftfahrzeugen haben im Transit und zur Ein- und Ausreise südlich der Autobahn Frankfurt (Oder) - Abzweigung Leipzig und ost-

wärts Abzweigung Leipzig-Hirschberg (außer Stadt- und Landkreis Leipzig) folgende Fahrtstrecken zu benutzen:

zur bzw. von der GÜSt Schönberg
Autobahn, F 92, F 95, F 92,

zur bzw. von der GÜSt Zinnwald
Autobahn, F 6, F 117,

zur bzw. von der GÜSt Schmilka
Autobahn, F 6, F 172,

zur bzw. von der GÜSt Seifhennersdorf
Autobahn, F 96.

Diesem Personenkreis ist eine Unterbrechung der Fahrt im Sperrgebiet nicht zu gestatten. Durch geeignete Maßnahmen ist ein Abweichen von den vorgeschriebenen Fahrtrouten sowie ein unberechtigter Aufenthalt im Sperrgebiet nicht zuzulassen.

Die Leiter der AVT haben den Einsatz der Kräfte und Mittel im Rahmen der operativ-vorbeugenden Tätigkeit zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit an den Streckenführungen des internationalen Reiseverkehrs zu organisieren. Dabei ist insbesondere das unberechtigte Verlassen des Eisenbahngebietes durch Ausländer, Westdeutsche und Westberliner im Sperrgebiet sowie durch Ausländer, Westdeutsche und Westberliner und Bürgern der DDR im Grenzgebiet nicht zuzulassen.

9. Die Maßnahmen zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze der DDR zur CSSR bleiben weiterhin in Kraft.
10. Presseveröffentlichungen sind durch die Dienststellen der Deutschen Volkspolizei nicht zu veranlassen.
11. Die Chefs der BDVP sind angewiesen, alle Maßnahmen mit den Leitern der Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit abzustimmen (Gilt nur für Leiter der BV/ V).

Mielke
Generaloberst

F. d. R.
Ludwig
Oberstleutnant

2. September 1968

Schreiben Mielkes an die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen für Staatssicherheit, operative Haupt-/selbst. Abteilungen

BStU, ZA, Dokumentenstelle 100483. - Vermerk: Vertrauliche Verschlusssache (VVS) MfS 008 Nr. 619/68, 110 Ausfertigungen, 110. Ausfertigung, 4 Blatt.

Die konterrevolutionären Versuche in der CSSR, die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse und die sozialistische Staatsmacht zu beseitigen sowie eine Reihe Vorkommnisse in der DDR erfordern eine noch konsequentere und umfassendere Durchsetzung der Dienstanweisung Nr. 4/66 zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen und der Durchführungsanweisung Nr. 1 zur Dienstanweisung Nr. 4/66 über politisch-operative Maßnahmen zur Abwehr feindlicher Handlungen an den Hoch- und Fachschulen und der Sicherung ihrer planmäßigen sozialistischen Entwicklung.

Unter Beachtung der vergangenen konterrevolutionären Vorgänge in der CSSR und besonders ihrer ideologischen Auswirkungen sind sofort folgende politisch-operative Maßnahmen durchzuführen.

1. Unter Leitung des zuständigen Stellvertreters Operativ ist mit den verantwortlichen Mitarbeitern der Stand der Durchführung der Dienstanweisung Nr. 4/66 und der Durchführungsanweisung Nr. 1 zur Dienstanweisung Nr. 4/66 einzuschätzen und eine politisch-operative Analyse der Lehrkräfte und Studenten/Schüler an den Universitäten, Hoch-, Fach- und Oberschulen vorzunehmen.

Dabei ist besonders zu beachten:

Feststellung der Kräfte, die offen oder versteckt die konterrevolutionären Vorgänge in der CSSR verherrlichen bzw. als Folge feindliche Handlungen vorzubereiten oder durchzuführen versuchen.

Aufklärung des Charakters und operative Kontrolle der persönlichen, postalischen und anderen Verbindungen nach der CSSR und solchen sozialistischen Staaten, die gegen die Maßnahmen der Staaten des Warschauer Vertrages auftreten sowie dem Sitz des Internationalen Studentenbundes in Prag, die zu einem großen Teil unter Ausnutzung von Ferien- und Besuchsreisen während der Semesterferien 1968 geschaffen wurden.

Kontrolle der Verbindungen mit aufgeweichten Elementen in sozialistischen Staaten. Nicht außer acht zu lassen sind bestehende Verbindungen, die der Festigung der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers dienen.

2. Auf der Grundlage der politisch-operativen Analyse sind qualifizierte und geeignete Maßnahmen auszuarbeiten, wie

operative Kontrolle der bestehenden Kontakte und Verbindungen von Lehrkräften, Studenten und Schülern zu Einrichtungen des Hoch- und Fachschulwesens in der CSSR und dem nichtsozialistischen Ausland. Dabei sind gleichzeitig in geeigneter Weise die Maßnahmen auf solche Personen zu konzentrieren, die in letzter Zeit in der CSSR und im nichtsozialistischen Ausland weilten bzw. nach diesen Ländern aktive Kontakte und Verbindungen unterhalten.

Schaffung weiterer inoffizieller Mitarbeiter und gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit zur zielgerichteten operativen Bearbeitung und Kontrolle der Vorgänge und operativen Materialien, in denen Personen oder Personengruppen erfaßt sind, die bei besonderen politischen Ereignissen - insbesondere während der Konterrevolution in der CSSR - negativ auftreten.

Einleitung wirksamer Maßnahmen als vorbeugende Tätigkeit gegenüber anfälligen Personen oder Personengruppen unter Ausnutzung des Einflusses klassenbewußter Kräfte (Eltern, Bekannte u. a.).

Durchführung von entsprechenden Maßnahmen zur Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle der in den Universitäten, Hoch-, Fach- und Oberschulen tätigen Lehrkräfte und Studenten aus der CSSR und dem nichtsozialistischen Ausland;

Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Anfang September 1968 beginnenden Lehrgänge der vormilitärischen und militärischen Ausbildung und zur Verhinderung aller feindlichen Handlungen;

Erarbeitung auswertbarer politischer Informationen und Empfehlungen für die Partei- und FDJ-Leitungen der Universitäten, Hoch-, Fach- und Oberschulen, die es ermöglichen, vorbeugende und politisch-erzieherische Maßnahmen unter Einbeziehung aller fortschrittlichen Kräfte einzuleiten und durchzuführen.

3. In Zusammenarbeit mit den Leitungskräften der Universitäten, Hoch-, Fach- und Oberschulen und den Partei- und FDJ-Leitungen sind Maßnahmen durchzuführen, die gewährleisten, daß

die Bestimmungen über die innere Ordnung in den Universitäten, Hoch-, Fach- und Oberschulen einschließlich der Festlegungen über die Regelung des Besucherverkehrs vom Standpunkt der Erhöhung der Sicherheit überprüft und konsequent durchgeführt werden;

die Ordnung zur Sicherung der Studentenwohnheime, der Klubs und Mensen eingehalten wird;

die Ordnungen über den vorbeugenden Brandschutz, die Verhütung von Havarien, den Mißbrauch von Giften sowie von Chemikalien zur Sprengmittelherstellung konsequent durchgesetzt werden;

bei der Anreise der Studenten und Schüler zu Beginn des Studienjahres keine Schwierigkeiten in der Unterbringung und sozialen Betreuung eintreten, die zu negativen Handlungen oder Provokationen ausgenutzt werden könnten.

4. In den entsprechend der Durchführungsanweisung Nr. 1 zur Dienstanweisung Nr. 4/66 ausarbeitenden Halbjahresanalysen sind besonders die Maßnahmen entsprechend dieser Weisung einzuschätzen und zu berücksichtigen. Zur Lösung dieser Aufgaben sind die Möglichkeiten aller operativen Linien und Dienstseinheiten voll auszunutzen.

Mielke

Generaloberst

13. September 1968

Befehl Nr. 31/68 über die Aufhebung der Maßnahmen der erhöhten Einsatzbereitschaft der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit

BStU, ZA, Dokumentenstelle 100564. - Vermerk: Vertrauliche Verschlusssache (VVS) MfS 008 Nr. 660/68; 90 Ausfertigungen, 90. Ausfertigung, 2 Blatt.

Der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik hat festgestellt, daß die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit die an sie gestellten Aufgaben zur Teilnahme an der Vorbereitung und Durchführung der Handlungen der verbündeten Truppen vorbildlich erfüllt haben.

Der Weisung des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates entsprechend befehle ich:

1. Die von mir angeordneten Maßnahmen der erhöhten Einsatzbereitschaft für die Dienstleistungen des Ministeriums für Staatssicherheit sind aufzuheben, und es ist zur planmäßigen Dienstdurchführung überzugehen. Ausgenommen hiervon sind Teilkräfte der Hauptabteilung I, deren Einsatzbereitschaft in Zuständigkeit des Leiters der HA I zu regeln ist.
2. Beim Übergang auf die planmäßige Dienstdurchführung ist von den hierfür zuständigen Dienstleistungen die Erfüllung folgender politisch-operativer Aufgaben weiter zu gewährleisten:

(1) An der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ist von der durchgehenden Grenzsicherung zur verstärkten Grenzüberwachung überzugehen.

Zur verstärkten Grenzüberwachung verbleiben Teile der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee an der Staatsgrenze.

Bis zum Erlaß einer neuen Grenzordnung ist die bisherige Ordnung im Grenzgebiet durch Kräfte des Ministeriums des Innern im Zusammenwirken mit den Kräften des Ministeriums für Staatssicherheit und den Grenztruppen der Nationalen Volksarmee aufrechtzuerhalten.

(2) Die zur Unterstützung der verbündeten Truppen getroffenen Sperr- und Sicherungsmaßnahmen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik sind aufgehoben.

Das in meinem Fernschreiben vom 28. Juli 1968 festgelegte zeitweilige Sperrgebiet bleibt gegenüber den Angehörigen der westlichen Militärverbindungsmissionen jedoch weiterhin bestehen.

Der Leiter der Hauptabteilung VIII hat in Zusammenarbeit mit den Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit und den Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, die eine verstärkte Kontrolle der Angehörigen der westlichen Militärverbindungsmissionen gewährleisten.

(3) Die 7. PD und 11. MSD der Nationalen Volksarmee verbleiben weiterhin unter Bedingungen der erhöhten Gefechtsbereitschaft in ihren Konzentrierungsräumen.

Die Bezirksverwaltungen Dresden, Karl-Marx-Stadt, Gera und Cottbus haben in Koordination mit der Hauptabteilung I weiterhin sicherzustellen, daß die Konzentrierungsräume durch geeignete operative Maßnahmen zuverlässig abgesichert werden.

3. Die im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR und den Handlungen der verbündeten Truppen eingeleiteten operativen Maßnahmen sind im Prozeß der planmäßigen täglichen operativen Arbeit zielstrebig fortzusetzen.

Die erarbeiteten operativen Materialien und operativen Hinweise sind entsprechend meiner Weisung qualifiziert weiter zu bearbeiten.

Die Leiter der Diensteinheiten haben die im Verlauf des Einsatzes gesammelten Erkenntnisse und Erfahrungen gründlich auszuwerten und entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Um die allseitige Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik zuverlässig zu gewährleisten, ist die Abwehr- und Aufklärungsarbeit verstärkt fortzusetzen. Die erkannten Schwerpunkte der Feindtätigkeit sind unter wirksamer Kontrolle zu halten.

4. Dieser Befehl tritt mit Wirkung vom 13. September 1968 in Kraft.

Mielke

Generaloberst

27. November 1968

Einschätzung der HA IX zu den in Ermittlungsverfahren des MfS festgestellten Angriffen gegen die Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Bruderstaaten zur Sicherung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der CSSR

BStU, ZA, HA IX 1599. - Vermerk: Verteiler: 1. Expl. Genosse Minister, 2. Expl. Leitung HA IX, 3. Expl. Ablage.

Von den Untersuchungsabteilungen des MfS wurden in der Zeit vom 21. August 1968 bis 27. November 1968 Ermittlungsverfahren gegen insgesamt

506 Personen

im Zusammenhang mit Angriffen gegen die Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Bruderländer vom 21. August 1968 in Bearbeitung genommen.

Die Einleitung dieser Ermittlungsverfahren erfolgte wegen

staatsfeindlicher Hetze		gegen 383 Personen
anderer Staatsverbrechen	(§ 106 StGB)	gegen 12 Personen
Staatsverleumdung	(§ 220 StGB)	gegen 64 Personen
Rowdytums, Widerstandes bzw. Zusammenrottung	(§§ 212, 215, 217 StGB)	gegen 4 Personen
ungesetzlichen Grenz- übertritts	(§ 213 StGB)	gegen 33 Personen
anderer Straftaten der allg. Kriminalität		gegen 10 Personen.

Gegen 402 dieser Personen wurden die Ermittlungsverfahren bis zum Abschlußbericht am 24. September 1968 und gegen die übrigen 104 Personen seit 25. September 1968 in Bearbeitung genommen. Von den 104 Personen wurden 56 im Ergebnis der politisch-operativen Arbeit und zielgerichteter, zum Teil mit Unterstützung der Volkspolizei durchgeführter Aufklärungsmaßnahmen als Täter feindlicher Aktionen in der Zeit vom 21. bis einschließlich 25. August 1968 ermittelt.

Die übrigen 48 Personen hatten in der darauffolgenden Zeit, zum Teil bis zu ihrer Inhaftierung, Angriffe gegen die Hilfsmaßnahmen sozialistischer Bruderstaaten für die CSSR gerichtet.

Von den Beschuldigten, die nach dem 24. September 1968 als Täter ermittelt und in Bearbeitung genommen wurden, waren unmittelbar nach Einleitung der Hilfsmaßnahmen vom 21. August 1968 u. a. folgende feindliche Aktionen durchgeführt worden:

Ein 32jähriger Ingenieur aus dem Kreis Pirna hatte seit dem 23. August 1968 ca. 40 anonyme Telefonanrufe bei Einrichtungen des Partei- und Staatsapparates seines Heimatkreises getätigt und dabei gegen die Maßnahmen der sozialistischen Bruderländer vom 21. August 1968 gehetzt sowie Morddrohungen gegen die angerufenen Funktionäre ausgesprochen.

Ein 33jähriger Kesselwärter des VEB Rewatex Berlin hatte in den Abendstunden des 21. August 1968 aus Protest gegen die Maßnahmen der fünf sozialistischen Staaten vom gleichen Tag die Dampfzufuhr für einen Betriebsteil abgestellt und gleichzeitig versucht, weitere Beschäftigte des Betriebes zu einer Arbeitsniederlegung zu veranlassen.

Ein Angehöriger der NVA-Dienststelle Drögeheide hatte am 23. August 1968 in einem Brief an eine ihm bekannte tschechoslowakische Staatsbürgerin Einzelheiten der erhöhten Alarmbereitschaft seiner Einheit verraten und sich dabei gegen die militärischen Maßnahmen vom 21. August 1968 gewandt und sich dafür "entschuldigt".

Ein 24jähriger Kellner aus dem Kreis Freiberg, der sich bereits seit Mai 1968 illegal im Gebiet der CSSR aufgehalten hatte, beteiligte sich nach dem 21. August 1968 aktiv an Unterschriftensammlungen konterrevolutionärer Kräfte in Prag und gewährte dort einem Mitarbeiter des illegalen Senders "Freies Prag" ein Interview, in dem er gegen den Aufenthalt der Truppen der fünf sozialistischen Bruderländer in der CSSR hetzte und insbesondere den Abzug der Einheiten der NVA forderte.

Außerdem versuchte er mehrfach, illegale Schriften und Fotoaufnahmen von konterrevolutionären Aktionen mit dem Ziel ihrer Weiterverbreitung in die DDR einzuschleusen.

Die aus Inhalt und Zielsetzung erkennbaren Hauptrichtungen der seit dem 21. August 1968 in Ermittlungsverfahren festgestellten feindlichen Angriffe gegen die Hilfsmaßnahmen der sozialistischen Bruderländer bestanden in

Aufwiegelung gegen die Maßnahmen der fünf verbündeten Staaten und dem Versuch zur Entfachung einer Kampagne von Forderungen zu deren Rückgängigmachung;

Propagierung und Verherrlichung der konterrevolutionären Umtriebe in der CSSR und der sie fördernden und begünstigenden Politik rechter Kräfte in der KPC als Beispiel zu erstrebender Veränderungen in der DDR;

damit verbundener Hetze gegen die prinzipienfeste und marxistisch-leninistische Politik der Partei- und Staatsführung der DDR und ihrer Repräsentanten, besonders des Vorsitzenden des Staatsrates und Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED;

Aufwiegelung gegen die von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus bestimmte Politik der Sowjetunion und Propagierung von Forderungen nach Abzug der sowjetischen Truppen aus der CSSR und DDR;

Anspornung weiterer Kreise der Bevölkerung zu feindlichen Aktionen, Vortäuschung eines "breiten Widerstandes" gegen die Politik von Partei und Regierung und einer umfangreichen Solidarisierung mit den konterrevolutionären Kräften in der CSSR sowie Verbreitung von Unruhe und Unsicherheit unter der Bevölkerung.

Neben gemeinen Verleumdungen, Diskriminierungen und Mordhetze, Kolportierung von Lügenmeldungen der Zentren der psychologischen Kriegsführung und schlagwortartigen Feindparolen wie "Russen raus" traten in relativ breitem Umfang auch demagogische Losungen und Forderungen auf, in denen unter anderem - ebenfalls in Übereinstimmung mit den Zentren des Gegners

die konterrevolutionären Umtriebe als "Verteidigung" des Sozialismus dargestellt,

die Maßnahmen der fünf verbündeten sozialistischen Staaten als gegen die Sache des Sozialismus gerichtet oder als völkerrechtswidrige Aktionen wie Okkupation, Intervention oder Aggression bezeichnet,

oder wiederholt Vergleiche mit dem Vorgehen der Faschisten nach dem Münchner Diktat bzw. der amerikanischen Aggression in Vietnam angestellt wurden.

Die feindlichen Angriffe gegen die Maßnahmen der verbündeten fünf sozialistischen Staaten erfolgten hauptsächlich in Form

der Herstellung und Verbreitung von Hetzflugblättern,

des Anschmierens von Hetzlosungen,

der mündlichen Hetze,

der Teilnahme an konterrevolutionären Aktionen unmittelbar nach dem 21. August 1968 während des Aufenthaltes in der CSSR,

der Einfuhr von Hetzschriften und anderen antisozialistischen Propagandamaterials aus der CSSR.

Außerdem wurden solche Formen der Feindtätigkeit festgestellt, wie

Versendung von Hetzbriefen an Einrichtungen in der DDR sowie an Briefpartner im sozialistischen oder kapitalistischen Ausland,

einzelne Zusammenrottungen, Versuche zur Organisation sogenannter Protestdemonstrationen, Unterschriftensammlungen für "Protestresolutionen".

Bezüglich des Zeitpunktes der Durchführung feindlicher Aktionen ist festzustellen, daß unmittelbar am 21. August 1968 nur vereinzelt Straftaten gegen die militärischen

Hilfsmaßnahmen begangen wurden, während sich bereits am 22. August 1968 ein erheblicher Anstieg abzeichnete, der am 25. August 1968 einen absoluten Höhepunkt erreichte.

Seit Beginn des Monats September ist ein relativ kontinuierlicher Anfall von Straftaten gegen die Maßnahmen zur Zurückdrängung der Konterrevolution in der CSSR feststellbar.

Hierbei muß erwähnt werden, daß es sich bei den feindlichen Aktionen innerhalb der ersten Tage nach der Einleitung der Hilfsmaßnahmen überwiegend um Formen der schriftlichen Hetze handelte, während in den darauffolgenden Wochen der Anteil der mündlichen Hetze wesentlich zugenommen hat, wobei sich insgesamt eine stärkere Differenzierung in der Anwendung vielfältiger Methoden der Hetztätigkeit abzeichnete.

Im Zusammenhang mit der Rückführung von Truppenverbänden aus der CSSR kam es zu zwei Vorkommnissen, wo mehrere Beschuldigte mit hoher Intensität feindlich in Erscheinung traten.

Als territoriale Schwerpunkte haben sich insbesondere die Hauptstadt der DDR, Berlin, die Bezirke Karl-Marx-Stadt, Potsdam und Halle erwiesen.

Bei den einzelnen Formen der schriftlichen Hetze traten vorzugsweise Täter der Altersgruppen bis zu 40 Jahren in Erscheinung. Ferner wurden diese Form der Feindtätigkeit größtenteils von solchen Personenkreisen, wie Schülern, Lehrlingen, Studenten, Kulturschaffenden und Angehörigen der Intelligenz, angewandt.

Diese Personen, die sich mehrfach zu Gruppen zusammengeschlossen haben, zeigten in einigen Fällen eine hohe Intensität in konterrevolutionären Flugblattaktionen (so wurden in Berlin Serien bis zu 750 Flugblättern hergestellt und in zahlreichen Stadtteilen zur Verteilung gebracht). Für diese Täterkategorie ist ferner charakteristisch, daß die von ihnen verbreiteten Hetzschriften durch die Verwendung der sozialistischen Terminologie zur Tarnung der feindlichen Absicht starke revisionistische Züge aufweisen. In der Mehrzahl handelte es sich allerdings um Einzeltäter, die handschriftlich nur eine geringe Anzahl von Hetzschriften hergestellt hatten, deren Inhalt im wesentlichen durch eine Wiedergabe der von den Zentren der politisch-ideologischen Diversion verbreiteten Argumente und Losungen gekennzeichnet ist.

Einige Beschuldigte versuchten, konterrevolutionäre Schriften aus der CSSR, selbstgefertigte Foto- und Filmaufnahmen von konterrevolutionären Ausschreitungen und andere Gegenstände, wie Fähnchen, Plaketten u. ä. in die DDR einzuschleusen, um dadurch ihrem geplanten hetzerischen Auftreten gegenüber anderen DDR-Bürgern einen höheren Grad an Glaubwürdigkeit und Zustimmung dieser zu erreichen. In mehreren Fällen haben diese Personen selbst aktiv sich an derartigen konterrevolutionären Ausschreitungen, größtenteils in Prag, während ihres Urlaubsaufenthaltes in der CSSR beteiligt, wobei es zur Verteilung von Flugblättern und anderen Schriften, zum Anschmieren von Losungen und Schreien antisowjetischer Losungen gekommen war.

Diese Personen standen unter direktem Einfluß der konterrevolutionären Ideen und wurden zum Träger dieses Gedankengutes, das sie in der DDR zu verbreiten beabsichtigten.

In einigen Fällen verfaßten die Täter Briefe an Briefpartner in der CSSR oder kapitalistischen Ländern, in denen sie ihre ablehnende Haltung zu den militärischen Maßnahmen ausdrückten, massive Hetze gegen die Politik von Partei und Regierung der DDR betrieben und die politische Haltung der Bevölkerung völlig entstellt schilderten. Bei dem Anschmieren von Hetzlosungen handelt es sich überwiegend um Fälle, wo an verkehrsreichen Stellen in Städten weithin sichtbar derartige Losungen, in der Regel von den Tätern mehrere gleichartige, angebracht worden waren. Solche Vorkommnisse traten auch in mehreren kleineren Gemeinden in Erscheinung, wo fast die gesamte Bevölkerung mit den Aktionen konfrontiert wurde.

Mehrfach wurden Versuche von zumeist jugendlichen Rädelsführern festgestellt, Zusammenrottungen und Protestdemonstrationen gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Konterrevolution zu organisieren, so in den Städten Gotha und Erfurt, Weimar, Potsdam und Berlin.

Vereinzelt gab es Versuche, Unterschriften für selbstgefertigte Protestresolutionen gegen die Maßnahmen der fünf sozialistischen Staaten zu sammeln und der Botschaft der CSSR in Berlin zuzuleiten, was größtenteils verhindert werden konnte.

Bei der mündlichen Hetze, die fast die Hälfte der vom MfS bearbeiteten Angriffe gegen Maßnahmen zur Sicherung der sozialistischen Ordnung in der CSSR einnimmt, spiegelt sich in besonders deutlichem Maße die unmittelbare Übernahme der feindlichen Argumentation von westlichen Publikationsmitteln wider. Neben der Diffamierung der Hilfsmaßnahmen standen im Mittelpunkt die Verbreitung von Gerüchten über angebliche Greuelthaten und verschiedentlich Morddrohungen sowie Tötlichkeiten gegenüber Funktionären und anderen fortschrittlichen Bürgern.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß etwa ein Viertel der mündlichen Hetzer bereits in der zurückliegenden Zeit durch politisch zersetzende Reden und hetzerische Äußerungen aufgetreten war und unter dem Eindruck der Maßnahmen vom 21. August 1968 sein feindliches Auftreten intensivierte.

Zum festgestellten Täterkreis ergibt sich folgende Altersstruktur:

unter 18 Jahre	-	99 Personen	(19,6%)
18 - 21 Jahre	-	135 Personen	(26,7%)
21 - 25 Jahre	-	100 Personen	(19,7%)
25 - 40 Jahre	-	124 Personen	(24,5%)
über 40 Jahre	-	48 Personen	(9,5%)

Gewisse Unterschiede im Anteil der einzelnen Altersgruppen treten hinsichtlich des Zeitpunktes ihres feindlichen Auftretens in Erscheinung. So ist der relativ hohe Anteil jugendlicher Täter bis 21 Jahre bei feindlichen Aktionen in den ersten Tagen nach dem 21. August 1968

zurückgegangen, während sich der Anteil der Altersgruppen 25 - 40 Jahre in den folgenden Wochen erhöhte. Diese Erscheinung liegt u. a. in der Tatsache begründet, daß es in den Wochen nach Abschluß der Aktion "Genesung" zu einer gewissen Zunahme der mündlichen Hetzer - deren Alter in der Regel über 25 Jahren lag - gekommen war.

Die soziale Struktur der Täter zeigt sich wie folgt:

Schüler	-	38 Personen	(7,6%)
Lehrlinge	-	73 Personen	(14,5%)
Studenten	-	39 Personen	(7,7%)
Facharbeiter	-	189 Personen	(37,3%)
sonst. Arbeiter	-	101 Personen	(19,9%)
Kulturschaffende	-	11 Personen	(2,2%)
Intelligenz	-	12 Personen	(2,4%)
bewaffn. Organe	-	10 Personen	(1,9%)
Sonstige	-	33 Personen	(6,5%)

Hinsichtlich der weltanschaulichen und politischen Position der in Aktionen gegen die Maßnahmen der verbündeten fünf sozialistischen Staaten in Erscheinung getretenen Tätern, deren Ursachen und Motive für ihre Handlungen sind einige charakteristische Merkmale für bestimmte Täterkreise erkennbar:

1. Zu einem Teil handelt es sich bei den Beschuldigten um haßerfüllte und erbitterte Feinde der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, deren gesamte Denk- und Handlungsweise in starkem Maße von faschistischem und anderem reaktionären Gedankengut bestimmt wird und deren aktive feindliche und konterrevolutionäre Aktionen durch die Bedingungen des verschärften Klassenkampfes ausgelöst wurden.
2. Bestimmend für solche Beschuldigte, wie Schüler, Lehrlinge und eine Reihe weiterer Personen mit wenig Lebenserfahrung und mangelnder Persönlichkeitsreife, war eine äußerst ungefestigte, labile und leicht beeinflussbare politische Haltung, die gekennzeichnet war durch eine unkritische Bejahung der westlichen Lebensverhältnisse, die starke Orientierung nach westlichen Leitpersonen und -bildern, die Ablehnung einzelner staatlicher Maßnahmen in der DDR sowie durch die Befangenheit in die zum Teil primitiven eigenen Denknormen. Bei diesen Personen spielte neben der sehr intensiven Konfrontation mit den Hetzmeldungen westlicher Sender unmittelbar nach dem 21. August 1968 die gegenseitige politisch negative Beeinflussung im Kreise von Alterskameraden und Arbeitskollegen zur Herausbildung des Tatentschlusses eine wesentliche Rolle, wobei auch solche Beweggründe, wie Abenteuerlust und falsches Kameradschaftsgefühl die Teilnahme an feindlichen Aktionen förderten.

3. Ein im Vergleich zu den außerhalb der Aktion "Genesung" vom MfS wegen Untergrundtätigkeit bearbeiteten Personen relativ hoher Anteil von Studenten, Kulturschaffenden und Angehörigen der Intelligenz trat mit feindlichen Angriffen gegen die Maßnahmen vom 21. August 1968 in Erscheinung. Dieser Täterkreis stand im Widerspruch zur Politik der Partei, stellte sich zustimmend hinter die Liberalisierungstendenzen und die Versuche der Zurückdrängung der führenden Rolle der Partei in der CSSR und betrachtete die Maßnahmen vom 21. August 1968 als ein Hindernis für die von ihm erhoffte Ausbreitung ähnlicher antisozialistischer Theorien und Praktiken in der DDR. Unter dem Einfluß einzelner revisionistischer Elemente wie Havemann stehend, organisierten diese Beschuldigten raffiniert getarnte und inhaltlich mit sozialistischen Phrasen verbrämte konterrevolutionäre Angriffe.

Von mehreren Tätern, die unabhängig voneinander in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Neubrandenburg nach Einleitung der Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Staaten Nachrichtenabel der NVA und der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte durchtrennt hatten, konnte einem Beschuldigten die Zielsetzung nachgewiesen werden, damit die NVA in Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem 21. August 1968 zu behindern.

Die Bestrebungen der gegnerischen Zentralen, die durch die verschärfte psychologische Kriegsführung hervorgerufenen antisozialistischen Aktionen feindlicher Kräfte in der DDR sowie andere Auswirkungen ihrer Hetzkampagne festzustellen und Ansatzpunkte für eine Forcierung ihrer Wühlversuche gegen die DDR zu erkunden zeigt deutlich ein vom amerikanischen Geheimdienst am 23. August 1968 an einen bereits inhaftierten Agenten übermittelter Funkspruch, in dem es heißt:

"Wissen Sie, was Genossen jetzt unter sich über Invasion sagen? Gibt es irgendwelche von denen, die Invasion und deren Begründung durch TASS mißbilligen? Wie ist jetzt Stimmung in Partei und wie beurteilt man Zukunft?"

Bereits vorher war er, ebenso wie ein anderer festgenommener Agent, zur Erkundung von Truppenkonzentrationen und Truppenbewegungen im südlichen Gebiet der DDR eingesetzt worden.

Die durch konterrevolutionäre Ausschreitungen gekennzeichnete politische Situation in der CSSR noch unmittelbar nach Einleitung der Hilfsmaßnahmen vom 21. August 1968 wurde zugleich zur Forcierung des Menschenhandels gegen die DDR auszunutzen versucht. So wurden nachweislich in der Zeit vom 23. August bis 29. August 1968 von dem der französischen Botschaft in Prag angeschlossenen "Bureau de circulation pour l'Allemagne" für mindestens zehn Bürger der DDR zu Schleusungszwecken vorläufige westdeutsche Reisepässe ausgestellt. Dabei erfolgte die Ausstellung eines entsprechenden Passes auf persönliche Veranlassung der Mitarbeiterin der westdeutschen Handelsvertretung in Prag, Dr. Elisabeth Müller, die u. a. durch ihre aktive Mitwirkung an der Hetzkampagne gegen die Maßnahmen vom 21. August 1968 in Form ständiger Telefoninterviews für den RIAS bekannt wurde.

Andere DDR-Bürger hatten auf Grund von Hinweisen westdeutscher Bürger sowie diplomatischer Einrichtungen Hollands und Österreichs in Prag bzw. des österreichischen Rundfunks das genannte "Bureau de circulation pour L'Allemagne" zwecks Unterstützung bei ihrem Vorhaben der illegalen Ausreise nach Westdeutschland oder Österreich angelaufen.

Mehrere DDR-Bürger, die sich zur Zeit der Einleitung der Hilfsmaßnahmen als Touristen in der CSSR aufhielten, entschlossen sich ihren Aussagen zufolge erst im Ergebnis der gegen diese Maßnahmen inszenierten Hetzkampagne zur Republikflucht. Dabei wirkten auf die Entschlußfassung der Täter vor allem solche Faktoren, wie:

zielgerichtete Beeinflussung durch Touristen aus Westdeutschland, Westberlin und anderen kapitalistischen Ländern, insbesondere durch Studenten, Journalisten sowie durch westliche Rundfunksendungen;

Konfrontation mit den konterrevolutionären Ereignissen in der CSSR und Beeinflussung durch tschechoslowakische Konterrevolutionäre;

von westdeutschen Touristen verbreitete und in einem Fall sogar von Mitarbeitern der Zollorgane der CSSR bestätigte Gerüchte, daß die DDR-Bürger, die sich am 21. August 1968 in der CSSR aufgehalten haben, nach Rückkehr in die DDR für ein halbes Jahr interniert würden;

die Auffassung, daß unmittelbar nach den eingeleiteten Maßnahmen der fünf sozialistischen Staaten die noch ungeordneten Verhältnisse an den Westgrenzen der CSSR für eine Republikflucht geeignet seien.

7. April 1969

Befehl Nr. 11/69 des MfS zur Unterstützung des Kampfes gegen die subversiven Anschläge auf die Einheit und Geschlossenheit der Staaten des sozialistischen Lagers

BStU, ZA, Dokumentenstelle 100581. - Vermerk: Geheime Verschlusssache (GVS) MfS 007 Nr. 172/69; 8. Ausfertigung, 2 Blatt.

Die von den Partei- und Staatsführungen der Warschauer Vertragsstaaten gegebene Erklärung "Die sozialistischen Staaten können und werden keine Situation zulassen, in der die Lebensinteressen der sozialistischen Staatengemeinschaft verletzt und Übergriffe auf die Unantastbarkeit der Grenzen der sozialistischen Staatengemeinschaft und damit auf die Grundlagen des Weltfriedens vorgenommen werden" verpflichtet die Sicherheitsorgane der sozialistischen Länder in gegenseitiger Unterstützung koordinierte politisch-operative Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der subversiven Tätigkeit der Feinde des sozialistischen Lagers durchzuführen.

Zur rechtzeitigen Aufdeckung und Durchkreuzung der Pläne und Absichten des Feindes

b e f e h l e i c h :

1. Im Ministerium ist für die zielstrebige Weiterführung der politisch-operativen Maßnahmen, wie sie in der Aktion "Genesung" begonnen wurden, eine Operativ-Dienststelle zu schaffen, die meinem 1. Stellvertreter unterstellt wird. Ihr Aufgabengebiet umfaßt alle Hilfsmaßnahmen, die im "Unterstützungsbereich" durchzuführen sind.
2. Die Operativ-Dienststelle hat mit dem zuständigen Referat der HV A/III, der Abteilung X, der HA XX und HA II sowie den Bezirksverwaltungen Dresden und Karl-Marx-Stadt eng zusammenzuwirken. Die anderen operativen Linien und Diensteinheiten sind in die Zusammenarbeit einzubeziehen. Alle anfallenden Hinweise auf Feindtätigkeit von Personen und Gruppen, die eine gefährliche Entwicklung erkennen lassen, sind zu erfassen und Gegenmaßnahmen durch eine exakte analytische Tätigkeit herauszuarbeiten.
3. Die Konzentration der Gegenmaßnahmen hat auf die vom Gegner angewandten Mittel und Methoden, der ideologischen Diversion, des Menschenhandels - soweit er die CSSR betrifft - und auf die öffentliche Bloßstellung von Geheimdiensten sowie der von ihnen unterhaltenen Tarnorganisationen, Diversanten und Spione zu erfolgen.
4. Durch qualifizierte und koordinierte politisch-operative Maßnahmen ist den befreundeten Sicherheitsorganen wirksame Hilfe und Unterstützung bei der Aufdeckung konterrevolutionärer, antisozialistischer und revisionistischer Gruppen und bei der Aufklärung von feindlichen Verbindungskanälen zu geben.

5. In den imperialistischen Ländern, in denen sich feindliche Zentren konzentrieren, sind die Pläne der Emigrantengruppen aufzudecken sowie Maßnahmen des Eindringens und der Zersetzung qualifiziert durchzuführen.
6. Die einheitliche Durchführung und Koordinierung des eigenen Vorgehens hat durch den besonderen Charakter der Aufgabenstellung unter strengster Geheimhaltung und Beachtung der von mir bestätigten Direktiven zu erfolgen.
7. Die der Abteilung X übertragenen Aufgaben werden von diesem Befehl nicht berührt.

Mielke
Generaloberst

F. d. R.
Hettwer
Major

7. April 1969

Direktive zum Befehl Nr. 11/69 des Ministers zur Unterstützung des Kampfes gegen die subversiven Anschläge auf die Einheit und Geschlossenheit der Staaten des sozialistischen Lagers

BStU, ZA, Dokumentenstelle 100581. - Vermerk: Geheime Verschlusssache (GVS) MfS 007 Nr. 173/69; 8. Ausfertigung, 6 Blatt. - Vermerk: Bestätigt: Mielke, Generaloberst.

Zur aktiven Mitwirkung an der Entlarvung der Pläne, Absichten und Handlungen konterrevolutionärer Kräfte im "Unterstützungsbereich" und der Aufklärung der von außen betriebenen Feindtätigkeit sind zur konsequenten Erfüllung des Befehls Nr. 11/69 des Ministers folgende Maßnahmen durchzusetzen:

I. Die Operativ-Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit hat die Aufgabe:

1. Im Zusammenwirken mit allen operativen Linien und Diensteinheiten der inneren und äußeren Abwehr sowie der HV A/III die operativen Maßnahmen abzustimmen, zu koordinieren und diese zielstrebig durchzusetzen.
2. Die offiziellen Verbindungen zu den Sicherheitsorganen des Unterstützungsbereiches zu unterhalten und zu festigen sowie praktische Hilfe bei der Aufdeckung konterrevolutionärer und antisozialistischer Personenkreise zu gewähren.

Unterstützung bei der Aufklärung der Verbindungslinien, der Zentren der Emigration und der ideologischen Diversion sowie beim Eindringen in diese Feindzentralen zu geben.

Den Austausch der Erkenntnisse über die vom Feind angewandten Mittel und Methoden durchzuführen.

Zur Realisierung dieser Aufgaben ist es erforderlich, die Arbeit auf folgende Schwerpunkte zu konzentrieren:

Unterstützung und Beschleunigung des Differenzierungsprozesses zur Festigung, Stärkung und Förderung der Aktivitäten marxistischer Kader;

zielgerichtete Nutzung und operative Auswertung der von IM und GMS unterhaltenen Kontakte;

Schaffung und Erweiterung eines wirksamen Systems der Absicherung der Botschaft und anderer Vertretungen der DDR einschließlich derjenigen Bürger der DDR, die sich aus beruflichen oder dienstlichen Gründen längere Zeit dort aufhalten;

Durchführung von Aufklärungs- und Sicherungsmaßnahmen zur Aufdeckung und Verhinderung von Aktionen des organisierten Menschenhandels und der Schleusung von

Bürgern der DDR auf der Grundlage bereits vorhandener operativer Materialien. Hierzu hat eine enge Zusammenarbeit mit der HA XX/5 zu erfolgen. Entsprechend den Befehlen Nr. 373/64 und Nr. 10/66 des Ministers sind derartige Feststellungen und Festnahmen der HA XX/5 zu melden und nach Abstimmung festgenommene Personen der HA IX zuzuführen;

Nutzung aller offiziellen und inoffiziellen Möglichkeiten, um einen höchstmöglichen Nutzeffekt zu erreichen. Alle IM und GMS, die für längere Zeit zum Einsatz kommen, sind von den zuständigen operativen Dienstseinheiten der Operativ-Dienststelle zu übergeben. Die Interessen der jeweiligen Dienstseinheiten sind während dieser Zeit im vollen Umfang zu berücksichtigen;

enge Zusammenarbeit mit der Gruppe des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR und Sicherstellung des erforderlichen Informationsaustausches;

Unterstützung und Beratung der operativen Linien und Dienstseinheiten des MfS bei der Konkretisierung der Aufgabenstellung.

Auf der Grundlage der an die operativen Dienstseinheiten übermittelten Arbeitsergebnisse sind die erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen und der Weg ihrer Durchsetzung abzustimmen.

3. Ständig eine gründliche Analysierung und Einschätzung der politisch-operativen Lage hinsichtlich der feindlichen Pläne und Handlungen sowie der Wirksamkeit der konsequenten marxistischen Kräfte durch die zentrale Auswertung der
 - von den operativen Linien und Dienstseinheiten der inneren und äußeren Abwehr sowie von der Aufklärung erarbeiteten inoffiziellen Hinweisen und Informationen,
 - offiziellen Materialien und anderen Unterlagen
 vorzunehmen.
4. Die Aufrechterhaltung eines Verbindungssystems zwischen der Operativ-Dienststelle des MfS und dem Unterstützungsbereich durch
 - den ständigen Kurierdienst zur Botschaft der DDR
 - die Ausnutzung der offiziellen F- und FS-Verbindungswege zur Übermittlung chiffrierter Informationen
 zu gewährleisten.

II. Die operativen Linien und Dienstseinheiten der inneren und äußeren Abwehr haben die Aufgabe:

Die vorhandenen operativen Kräfte und Mittel qualifiziert einzusetzen und bei den Leitern der Dienstseinheiten zu erfassen.

Die vielseitigen inoffiziellen und offiziellen Möglichkeiten in den Verantwortungsbereichen zu nutzen und unter Einbeziehung des umfassenden Koordinierungssystems solche wirksamen Maßnahmen festzulegen und durchzuführen, die geeignet sind, jegliche gegen den Sozialismus und den Unterstützungsbereich gerichtete Feindtätigkeit, insbesondere

die Pläne, Absichten und das Vorgehen der imperialistischen Geheimdienste, der Zentren der ideologischen Diversion, der Stützpunkte der Emigration und anderer Feindorganisationen sowie offizieller Dienststellen und Institutionen rechtzeitig aufzudecken;

die Absichten und Handlungen antisozialistischer und konterrevolutionärer Kräfte, ihre Verbindungen und ihr Zusammenwirken mit imperialistischen Geheimdiensten, Emigranten- und Untergrundorganisationen im Ausland aufzuklären und zu zerschlagen;

die Mittel und Methoden der Feindtätigkeit, die unter Ausnutzung der vielseitig bestehenden Beziehungen und Verbindungen sowie des Reiseverkehrs angewandt werden, aufzuklären;

feindliche Handlungen, die sich unter den gegenwärtigen Bedingungen der Entwicklung gegen die DDR und andere sozialistische Staaten richten, durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden.

Das erfordert:

1. Die ständige Analysierung und allseitige Auswertung aller vorhandenen und anfallenden operativen und offiziellen Materialien, die enge Koordinierung und generelle Abstimmung der durchzuführenden Maßnahmen mit der Operativ-Dienststelle sowie die Einleitung und Durchsetzung qualifizierter Maßnahmen zur gründlichen Aufklärung

operativ interessierender Verbindungen und Kontakte von Bürgern der DDR sowie des Charakters dieser Beziehungen (positiv, negativ, familiär, verwandtschaftlich, bekanntschaftlich oder beruflich);

der unter Ausnutzung des Reise- und Touristenverkehrs organisierten Zusammenkünfte und Treffdurchführungen Westdeutscher, Westberliner und Bürger des nichtsozialistischen Auslands mit Bürgern der DDR auf dem Territorium des Unterstützungsbereiches sowie die Erarbeitung spezieller, aussagekräftiger Übersichten über den grenzüberschreitenden Reiseverkehr;

der von gesellschaftlichen Organisationen der DDR (wie Gewerkschafts-, Jugend-, Studenten-, Sport und Kulturverbänden) sowie von Institutionen und Einrichtungen (Forschungszentren, Universitäten und Hochschulen), Betrieben und Auslandsvertretungen der DDR zu gleichartigen Organisationen und Einrichtungen unterhaltenen Verbindungen und Kontakte und deren Ausnutzung zur feindlichen Einflußnahme auf die vielfältigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der DDR;

der Pläne, Absichten und Vorbereitungshandlungen feindlicher Kräfte zur Ausschleusung von DDR-Bürgern über das Territorium des Unterstützungsbereiches nach Westdeutschland oder anderen kapitalistischen Staaten.

Durch zielgerichtete politisch-operative Maßnahmen im Reiseverkehr (Touristen- und Dienstreisen, Reisen zu Kuraufenthalten) und in Objekten der DDR, in denen Bürger aus dem Unterstützungsbereich wohnen oder sich zeitweilig aufhalten, haben die zuständigen Linien und Dienstseinheiten derartige Angriffe zu verhindern;

beabsichtigter Schleusungsversuche von Personen und feindlichen Materialien im grenzüberschreitenden Verkehr und diese durch vorbildliche Paßkontrolle und Zollabfertigung unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu verhindern.

2. Die sorgfältige Prüfung und Erarbeitung neuer Möglichkeiten der Einbeziehung von IM, GMS und anderen geeigneten Kräften in die Lösung der Aufgaben, besonders bei der Durchführung spezieller Maßnahmen zur Abschöpfung, Informationsbeschaffung und positiven ideologischen Einflußnahme auf Bürger des Unterstützungsbereiches.
3. Die rechtzeitige Informierung der Operativ-Dienststelle über bekanntwerdende Personen, die für einen langfristigen beruflichen oder dienstlichen Einsatz vorgesehen sind und die Übermittlung aller operativ interessierenden Hinweise (positiven oder negativen Charakters), die bei der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen bzw. Einbeziehung in die Lösung politisch-operativer Aufgaben durch die Operativ-Dienststelle zu berücksichtigen sind.

Kurzfristige Einsätze von IM und GMS, die im staatlichen Auftrag, in Ausnutzung des Touristenverkehrs oder aus anderen persönlichen Gründen erfolgen, sind nach vorheriger Abstimmung der Auftragserteilung mit der Operativ-Dienststelle selbständig durch die zuständigen operativen Linien und Dienstseinheiten zu führen.

Über die Ergebnisse der operativen Einsätze ist der Operativ-Dienststelle zu berichten.

4. Die gründliche Erfassung und Speicherung aller operativen Werte der erweiterten Bereiche des Sicherungssystems und ihre zielgerichtete Auswertung einschließlich der Gewährleistung eines kontinuierlichen Informationsflusses entsprechend dem Befehl Nr. 299/65 des Ministers.

Dazu hat der Leiter der ZAIG mit den Leitern der Operativ-Dienststelle und des Referates der HV A/III den Informationsbedarf festzulegen.

Beater
Generalleutnant

F. d. R.
Hettwer
Major

4. Juli 1969

**Schreiben Mielkes an die Leiter der Bezirksverwaltung/Verwaltung für Staatssicherheit,
Haupt-/selbst. Abteilung**

BStU, ZA, Dokumentenstelle 101848. - Vermerk: Vertrauliche Verschlusssache (VVS) MfS 008 Nr. 454/69; 84. Ausfertigung, 2 Blatt. - Vermerk: Rücksendetermin 30.10.1969, an BdL - Dokumentenaufbewahrung.

Feindliche Kräfte beabsichtigen, in den Tagen des 21. August 1969 Provokationen größeren Ausmaßes durchzuführen. Für ihre feindlichen Handlungen haben sie jene Zeit vorgesehen, in der vor einem Jahr durch die Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Staaten der konterrevolutionären Entwicklung in Prag begegnet wurde.

Mit der Anwendung hinterhältiger Mittel und Methoden der politisch-ideologischen Diversion, der verstärkten Organisierung antisowjetischer Kampagnen und einer zunehmenden Hetze gegen die Partei- und Staatsführungen und die Maßnahmen zur Festigung und Stärkung des Sozialismus, versuchen die konterrevolutionären Kräfte, die am 21. August 1968 erlittene Niederlage rückgängig zu machen. Sie rufen gleichzeitig alle antisozialistischen Kräfte im Ausland auf, ähnliche Aktionen in anderen sozialistischen Staaten und kapitalistischen Ländern zu organisieren.

Die konsequente Bekämpfung jeglicher feindlicher Anschläge auf die Einheit und Geschlossenheit der Staaten des sozialistischen Lagers erfordert von allen Diensteinheiten des MfS erhöhte Wachsamkeit und die verstärkte Konzentrierung der politisch-operativen Arbeit auf die in meinem Befehl Nr. 11/69 und die in der Direktive zu diesem Befehl festgelegten Aufgaben. Durch die operativen Linien und Diensteinheiten sind qualifiziert die Kräfte und Mittel einzusetzen, alle inoffiziellen und offiziellen Möglichkeiten im Verantwortungsbereich zielstrebig zu nutzen und solche wirksamen Maßnahmen festzulegen, die es ermöglichen,

die unter Ausnutzung der dortigen Lage gegen die DDR und andere sozialistische Staaten gerichteten Pläne und Handlungen des Gegners sowie seine beabsichtigten bzw. angewandten Methoden und Mittel rechtzeitig und umfassend aufzudecken;

die Machenschaften revisionistischer und konterrevolutionärer Elemente und deren Zusammenwirken mit ausländischen Feindzentralen und anderen Organisationen des Gegners festzustellen sowie anderweitige Träger und Organisatoren der politisch-ideologischen Diversion und deren Handlungen aufzuspüren;

durch eine zielgerichtete Kontrolle und operative Absicherung die Tätigkeit verdächtiger negativer Kräfte in der DDR (einschließlich der in der DDR aufhältlichen ausländischen Staatsangehörigen) aufzuklären, die sich mit dem Vorgehen und den Forderungen der von

imperialistischen Feindzentralen unterstützten revisionistischen und konterrevolutionären Elementen sowie anderen aufgeweckten Bürgern solidarisieren und die versuchen, die feindliche Ideologie unter Bevölkerungskreisen der DDR systematisch zu verbreiten.

Es ist zu sichern, daß alle Hinweise, die auf die Vorbereitung und Durchführung feindlicher Aktionen in den Tagen des 21. August 1969 schließen lassen, sofort überprüft und erforderliche Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Provokationen eingeleitet werden.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-operativen Maßnahmen sind besonders auf dem Gebiet des grenzüberschreitenden Reise- und Touristenverkehrs sowie im Bereich des postalischen Verkehrs die Absicherungs- und Kontrollmaßnahmen zu vervollkommen, um Provokationen des Gegners auszuschließen.

Besonders wichtige Informationen sind mir bzw. meinen Stellvertretern sofort zuzuleiten.

Mielke

Generaloberst

Ohne Datum**Information Nr. 942/69 der ZAIG über die Ereignisse in der CSSR anlässlich des ersten Jahrestages der militärischen Hilfsaktion der sozialistischen Länder**

BStU, ZA, Sekretariat des Ministers (SdM) 1469. - Vermerk: Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!; 1. Exemplar, 14 Blatt.

Aus zuverlässigen Quellen wurden dem MfS Einzelheiten über die Ereignisse in der CSSR in den Tagen um den 21.8.69 bekannt, die nachfolgend in einer übersichtsmäßigen Zusammenfassung zur Kenntnis gegeben werden.

1. Die Entwicklung und Lage in der CSSR vor dem 21.8.1969

Die rechtsopportunistischen-konterrevolutionären Kräfte in der CSSR bereiteten ihre Aktionen - in weitgehender Übereinstimmung insbesondere mit den Zentren der politisch-ideologischen Diversion im Ausland - für den 21.8.69 langfristig und systematisch vor. Nach dem Mai-Plenum des ZK der KPC begannen diese Kräfte eine ideologische Hetzkampagne großen Ausmaßes zu entfachen mit dem Ziel, die Bevölkerung der CSSR für Massenaktionen am 21.8.1969 zu gewinnen und dadurch eine neue Krisensituation zu schaffen.

Da den feindlichen Kräften durch den fortschreitenden Konsolidierungsprozeß in der CSSR weitestgehend die Möglichkeit genommen war, die Massenmedien für ihre Zwecke auszunutzen, versuchten sie insbesondere mit den Mitteln der illegalen schriftlichen und mündlichen Hetzpropaganda Einfluß auf die Bevölkerung zu erlangen. So wurden bereits im Mai eine Reihe von illegalen Flugblättern in Form von Aufrufen und Resolutionen verbreitet, deren Inhalt sich vor allem gegen die Beschlüsse der letzten Plenartagungen des ZK der KPC richtete.

Die eigentliche Flugblatt- und Hetzkampagne zur unmittelbaren Vorbereitung feindlicher Aktionen für den 21.8.69 begann Mitte Juni 1969. In Flugblättern, die besonders an die Intellektuellen und die Hochschulstudenten gerichtet waren, forderten rechtsopportunistische-konterrevolutionäre Kräfte dazu auf, anlässlich des 1. Jahrestages des "21.8." über die Vertretungen neutraler Staaten in der CSSR die Versendung von Protestschreiben (mit den Forderungen nach Abzug der sowjetischen Truppen und Durchführung freier Wahlen) an die UNO zu organisieren. Allein in Prag wurden 880 Fälle solcher Resolutionen festgestellt.

Mit der Hetzkampagne wurde weiterhin das Ziel verfolgt, die Bevölkerung der CSSR zu einem staatsfeindlichen Verhalten am 21.8. zu bewegen. In großer Anzahl wurden Flugblätter verbreitet, in denen in 10 Punkten zum "passiven Widerstand" (Boycott des öffentlichen Verkehrs, der Kulturstätten, Geschäfte usw.) aufgerufen wurde. Die Zentren der politisch-ideologischen Diversion im Ausland, einschließlich in Westdeutschland, konzentrierten sich

ebenfalls vorrangig auf die Mobilisierung der CSSR-Bevölkerung zur Durchsetzung des passiven Widerstandes, wobei eine wechselseitige Verwendung der Parolen und Instruktionen erfolgte.

Wie u. a. bekannt wurde, die Ereignisse am 20. und 21.8.69 bestätigen das, bestand der Plan der feindlichen Kräfte weiter darin, die Demonstrationen des "passiven Widerstandes" unter Hinzuziehung krimineller, deklassierter und provokatorischer Elemente in staatsfeindliche Aktionen mit offener Gewaltanwendung umzuwandeln. Besonders seit Anfang August gab es eine große Anzahl inoffizieller Hinweise, daß außer Erscheinungen des passiven Widerstandes auch Ausschreitungen, Terrorhandlungen, Sabotagehandlungen, Anwendung von Waffen und andere Aktionen durch die antisozialistischen Kräfte geplant wurden.

Neben Flugblättern und anderen illegalen Hetzschriften verbreiteten die feindlichen Kräfte in der CSSR in größerem Umfange Gerüchte, mit deren Hilfe ebenfalls versucht wurde, Stimmung gegen die Sowjetunion und die Parteiführung der KPC zu erzeugen.

Vor dem 21.8. verstärkten die Zentren der politisch-ideologischen Diversion und die ausländischen Emigrantenorganisationen ihre Hetzkampagne wesentlich. Im gleichen Maße steigerte sich die Feindseligkeit westlicher Geheimdienste und Feindzentralen gegen die CSSR. Die Feindhandlungen in der CSSR selbst nahmen zu.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die Tatsache hingewiesen, daß trotz einer Reihe von Maßnahmen zur Einschränkung der Einreisen von Ausländern aus kapitalistischen Staaten sich die Zahl der Einreisen vor dem 21.8.69 wesentlich erhöhte. Am 20.8.69 hielten sich insgesamt 32.300 Ausländer aus kapitalistischen Staaten auf dem Territorium der CSSR auf. Zahlreiche Studenten und Journalisten versuchten die Einreisebeschränkungen der CSSR-Organen durch Angabe anderer Berufe u. dgl. zu umgehen. Vom 20. - 22.8.69 wurde 1.074 westlichen Studenten und Journalisten die Einreise in die CSSR verweigert.

Im Ergebnis der feindlichen Hetz- und Wühltätigkeit verschlechterte sich der politisch-moralisch Zustand breiter Bevölkerungskreise. Ausdruck dafür war u. a. das Sinken der Arbeitsmoral und die Zunahme der allgemeinen Kriminalität. Waffen- und Sprengstoffdiebstähle stiegen ebenfalls wesentlich an.

Die Situation auf dem Gebiet der Sicherheit und Ordnung wurde im Zusammenhang mit der allgemeinen labilen Lage gleichfalls immer ungünstiger. Das berechtigte Einschreiten der Organe für Öffentliche Sicherheit gegen Unruhestifter und andere kriminelle Elemente wurde in der Öffentlichkeit immer häufiger kritisiert. Es erhöhte sich die Zahl der Fälle, bei denen Angehörige der Organe für Öffentliche Sicherheit bei der Dienstausbübung angegriffen wurden.

2. Die Aktionen der konterrevolutionären Kräfte am 20. und 21.8.1969

Die offenen feindlichen Handlungen wurden am 18.8. in Prag durch etwa 160 Personen, vorwiegend Jugendliche, eingeleitet, die sich gegen 20.00 Uhr am Denkmal des Heiligen Wenzel zusammenrotteten, dort Hetzlosungen befestigten und Angehörige der Sicherheitsorgane beschimpften.

Am 19.8. gegen 13.00 Uhr versammelten sich auf dem Wenzelsplatz in Prag erneut etwa 150 Personen. Die Menschenansammlung wuchs bis 17.00 Uhr auf etwa 2.000 Personen an, die dann von Einheiten der Sicherheitsorgane unter Anwendung chemischer Mittel und von Schlagstöcken vom Platz gedrängt und zerstreut wurden. Gegen 19.00 Uhr konzentrierten sich erneut Demonstranten, die sich sehr aggressiv verhielten. Um diese Ansammlungen zu zerstreuen, mußte ebenfalls Tränengas eingesetzt werden.

Zu den schwersten Ausschreitungen, die durch ein besonderes brutales Vorgehen antisozialistischer und krimineller Elemente gekennzeichnet waren, kam es am 20. und 21.8. in Prag und in Brno.

In Prag tauchten am 20.8. auf dem Wenzelsplatz bereits gegen Mittag Scharen von Jugendlichen auf. Zu einer größeren Zusammenrottung kam es gegen 16.00 Uhr. Nach dem Abdrängen der etwa 5.000 Personen zählenden Menge vom Wenzelsplatz begannen unruhestiftende und konterrevolutionäre Elemente in einigen Straßen Pkw zu beschädigen, Zäune herauszureißen und Barrikaden zu bauen. Dabei halfen ihnen auch einige Studenten aus Westdeutschland. Gegen 21.00 Uhr kam es von seiten der Demonstranten zu einem stärkeren Widerstand und zum offenen Angriff auf die Mitarbeiter der Organe für Öffentliche Sicherheit, zum Demolieren von Geschäften, Schaufenstern, Anlagen des städtischen Verkehrs und Gartenanlagen sowie erneut zum Bau von Barrikaden. Von den Barrikaden aus wurden durch Demonstranten Schußwaffen benutzt. 2 Personen erlitten tödliche Schußverletzungen. Den Einheiten der Öffentlichen Sicherheit gelang es mit Unterstützung von Verstärkungen der Volksarmee und der Volksmiliz unter Anwendung von chemischen Mitteln und Schlagstöcken die Demonstranten zu verdrängen, so daß bis gegen Mitternacht die Ruhe wieder hergestellt war.

Die konterrevolutionären Elemente verhielten sich in den Abend- und Nachtstunden besonders aggressiv und provokatorisch. Das Eingreifen der Organe für Öffentliche Sicherheit wurde dadurch erschwert, daß die Provokateure schnell ihre Standorte wechselten und an anderen Stellen immer wieder neue Unruheherde schufen. Den Sicherheitsorganen gelang es nicht immer, schnell genug die Einsatzorte zu wechseln. Die Einbeziehung von Einheiten der Volksarmee erfolgte noch nicht schnell genug.

Die Vorfälle in anderen Städten der CSSR waren am 20.8.69 weniger schwerwiegend.

Eine besonders kritische Situation entstand am 21.8. in Prag. Bereits am Vormittag begannen sich im Stadtzentrum Gruppen von Jugendlichen zu bilden, die sich schnell vergrößerten, weil die Arbeiter einiger Fabriken ihre Arbeitsstellen verließen. Gegen 12.00 Uhr füllte sich der

obere Teil des Wenzelplatzes mit einigen Tausend Demonstranten. Da die Gefahr einer sich ständig vergrößernden Menschenansammlung bestand, trennten Einheiten der Öffentlichen Ordnung die Menge in die anliegenden Straßen ab. Der Wenzelsplatz wurde geräumt und von Angehörigen der Volksmiliz und Volksarmee sowie mit Hilfe von 65 Lkw abgesperrt.

Gegen 16.00 Uhr bildeten sich größere Gruppen von Demonstranten auf dem Altstädter Ring und an anderen Stellen. Diese Gruppen versuchten vergeblich, die Sperren zu durchbrechen und zum Wenzelsplatz zu gelangen. Nach 18.00 Uhr wurde auf dem Tyl-Platz, wo es mit zu den heftigsten Zusammenstößen kam, von Demonstranten eine Straßenbahn umgestürzt, die zusammen mit Mülltonnen als Barrikade benutzt wurde.

Viele Unruhestifter waren mit Eisenstangen und Holzknüppeln bewaffnet, sie warfen mit Steinen sowie mit brennbaren Materialien nach den Angehörigen der Sicherheitsorgane.

Die konterrevolutionären Kräfte zu zerstreuen, gelang immer nur für kurze Zeit, da sich die hauptsächlichen Kräfte schnell in neuen Gruppierungen zusammenfanden und wirksam wurden. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen kam es aus der Menge heraus zu Pistolen- und MPi-Schüssen gegen Angehörige der Sicherheitsorgane.

Da gegen 20.00 Uhr die Einheiten der Öffentlichen Sicherheit nicht mehr in der Lage waren, die Zusammenrottungen selbständig aufzulösen und zu liquidieren und einigen Einheiten die Gefahr drohte, eingeschlossen zu werden, mußte ein Panzerregiment der Volksarmee eingesetzt werden. (Anderenfalls wäre es erforderlich gewesen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.) Durch das Eingreifen des Panzerregiments wurden die Voraussetzungen für den wirkungsvollen Einsatz der Einheiten für Öffentliche Sicherheit zur Auflösung der Zusammenrottungen geschaffen. Die letzten Herde der konterrevolutionären Elemente wurden noch vor 22.00 Uhr in Prag beseitigt.

Am 21.8. kam es auch in einigen anderen Städten der CSSR zu konterrevolutionären Ausschreitungen. Diese Feindaktionen waren von unterschiedlicher Intensität. Sie konzentrierten sich auf die CSR. In der SSR kam es nur zu einer vereinzelt Zusammenrottung von einigen Hundert Demonstranten in Bratislava. Dort wurden die Demonstranten ohne Einsatz größerer Kräfte und technischer Mittel zerstreut. In den übrigen Städten der Slowakei herrschte relative Ruhe.

In der CSR kam es außer Prag besonders in Brno, Liberec, Ceske Budejovice, Usti n. L., Havirov, Karlovy Vary und weiteren Orten zum organisierten Auftreten von konterrevolutionären Kräften.

In Brno spitzte sich am 21.8. die Lage besonders nach 12.00 Uhr zu, als die Menschenmenge auf dem Platz der Freiheit auf 2.000 Personen anwuchs und mit dem Bau von Barrikaden begonnen wurde. In den Nachmittagstunden rotteten sich an verschiedenen Stellen der Stadt immer mehr Menschen zusammen. Deshalb wurde es erforderlich, Panzer einzusetzen. Auf die Angehörigen der Sicherheitsorgane wurde mit Pflastersteinen, Flaschen und brennbaren Mate-

rialien geworfen bzw. wurde mit Eisenstangen und vereinzelter Schußwaffenanwendung gegen sie vorgegangen. Angesichts der Unübersichtlichkeit der Situation machte es sich erforderlich, in Brno Ausgehverbot zu verhängen. Bei den provokatorischen Demonstrationen in Brno kamen 2 Personen ums Leben.

Die Ereignisse in Prag und Brno zeigten, daß die konterrevolutionären und unruhestiftenden Elemente versuchten, zu den verkehrsreichsten Stellen der Stadt vorzudringen und dort staatsfeindliche, provokatorische Aktionen unter breiter Beteiligung der Bevölkerung auszulösen. Charakteristisch war auch der schnelle Stellungswechsel der feindlichen Kräfte, der das operative Einschreiten der Sicherheitskräfte sehr erschwerte.

Durch das energische Vorgehen der Sicherheitsorgane wurde die vom Gegner angestrebte Auslösung einer neuen, breitere Bevölkerungskreise einschließende offene Krise verhindert. Insgesamt - im Rahmen der CSSR gesehen - beteiligte sich die Bevölkerung nur zu einem kleineren Teil aktiv oder passiv an Ausschreitungen oder sonstigen Demonstrationen antisozialistischer Kräfte. Die von den feindlichen Kräften erwartete Massenunterstützung blieb aus. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stimmte den Maßnahmen zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit zu und unterstützte das Vorgehen der Sicherheitsorgane gegen feindliche Elemente und andere Ruhestörer.

In Prag und einigen anderen Städten gelang es den konterrevolutionären Kräften jedoch, einen relativ großen Teil der Bevölkerung für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Die in den Hetzflugblättern enthaltenen "10 Punkte des passiven Widerstandes" wurden z. B. in Prag von der Mehrheit der Bevölkerung am 21.8. weitgehend befolgt. Die Mehrzahl der an den Feindaktionen beteiligter CSSR-Bürger bestand aus Jugendlichen, unter ihnen eine größere Anzahl rowdyhafter und vorbestrafter Personen.

Weiter wurde festgestellt, daß in der Zeit vom 19. - 23.8.69 Ausländer aus kapitalistischen Staaten außer dem Fotografieren und Filmen der Ausschreitungen in vielen Fällen direkt an den Provokationen und staatsfeindlichen Handlungen teilnahmen. Z. B. halfen sie Barrikaden bauen, warfen mit Steinen auf die einschreitenden Sicherheitskräfte, beleidigten die Angehörigen der Sicherheitsorgane und griffen sie tätlich an. Ihre Fahrzeuge stellten sie teilweise den Provokateuren zur Durchführung bestimmter Fahrten zur Verfügung.

Die von den rechtsopportunistisch-konterrevolutionären Kräften angewandten und z. T. vorher in Flugblättern propagierten Methoden des Vorgehens und Widerstandes gegen die Staatsgewalt waren vielseitig und reichten von Formen des passiven Widerstandes bis zu offenen Gewaltakten. Im Verlaufe der Ereignisse in den Tagen um den 21.8.69 konnten u. a. folgende typische Methoden festgestellt werden:

umfangreiche Verbreitung von Hetzflugblättern; die Sicherheitsorgane der CSSR stellten im Zeitraum vom 1. - 24.8.69 insgesamt 128 Arten von Hetzflugblättern fest, in denen zum größten Teil zum aktiven oder passiven Widerstand aufgerufen wurde. Etwa 41.000 Flug-

blätter wurden aus dem Ausland eingeschleust. Die Flugblätter wurden mit verschiedenen Methoden hergestellt und zielgerichtet verbreitet (Versenden mit der Post, Verteilen in Betrieben und auf öffentlichen Veranstaltungen, Weitergabe durch Fernschreiber, Aushängen an Wandzeitungen usw.);

Schmierungen von Hetzlosungen an Häuserwänden, auf Straßen usw.;

mündliche Verbreitung von Hetzlosungen, meist aus Menschenansammlungen heraus. Typische Hetzlosungen waren:

"Lang lebe Dubcek"

"Es lebe Smirkovsky (oder Kriegel)"

"Russen, nach Hause"

"Schande über Husak" ("Verräter Husak")

"Schande den Sowjets";

Beschimpfung der Angehörigen der Sicherheitsorgane, zum Teil verbunden mit Versuchen, sie durch ideologische Beeinflussung von der Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten abzubringen. Typisch waren Schmährufe wie "Gestapo";

Unterlassung der Hilfeleistung für Angehörige der bewaffneten Organe. In Prager Krankenhäusern weigerten sich Ärzte, verletzte Angehörige der Sicherheitsorgane zu behandeln;

Hissen der Staatsflagge der CSSR mit Trauerflor, Hissen von schwarzen Fahnen, Tragen von schwarzer Kleidung (zumindest schwarzen Bindern) und besonderen Ansteckabzeichen;

Boykottierung der öffentlichen Verkehrsmittel, der Kinos, öffentlicher Veranstaltungen, der Geschäfte usw. Ein bedeutender Teil der Werktätigen in Prag ging am 21.8. zu Fuß zur Arbeitsstelle oder nahm an diesem Tag arbeitsfrei. Auch die Aufforderung, nichts einzukaufen, wurde z. T. befolgt. In einigen Fällen versuchten Rowdy, Werktätige von der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Diskussionen oder mit Gewalt abzubringen;

Verursachung von Verkehrsstörungen, vor allem durch Blockierung der Hauptverkehrsstraßen mit großen Fahrzeugen und anderen Hindernissen. In der Prager Innenstadt wurden z. B. Lkw auf Hauptverkehrsstraßen quergestellt, so daß zumindest der Straßenbahnverkehr zeitweise lahmgelegt wurde;

Durchführung von Streiks von unterschiedlicher Dauer, zumeist in den Mittagsstunden zwischen 5 und 45 Minuten oder Verzögerung des Arbeitsbeginns;

Sogen. Hupkonzerte von Kraftfahrzeugen. In Prag erfolgte um 12.00 Uhr (21.8.) auf dem Wenzelplatz und in den Nebenstraßen ein ca. 5 Minuten langes Hupkonzert. Daran beteiligten sich auch zahlreiche Westwagen;

Verbreitung von Gerüchten; der Inhalt der Gerüchte war in erster Linie gegen die Sicherheitsorgane gerichtet. Typisch war die Behauptung, die Vorfälle und Ausschreitungen wären von den Staatsorganen bewußt provoziert worden, um gegen die Bevölkerung vorgehen zu

können. Verbreitung fanden auch solche Gerüchte wie, die Sicherheitsorgane hätten auf friedliche Bürger geschossen, eine schwangere Frau sei getötet worden usw.;

anonyme Drohschreiben, Anrufe, Morddrohungen; besonders Dienststellen der Staatssicherheit, der Polizei sowie Parteiorgane und einzelne Funktionäre sowie andere fortschrittliche Bürger erhielten solche Schreiben oder Anrufe;

Selbstverbrennungen; am 21.8. erfolgte ein Selbstverbrennungsversuch in Brno;

Gewalttaten gegen Sachen; Beschädigung von öffentlichen und privaten Fahrzeugen, Einschlagen von Schaufensterscheiben, Anlegen von Bränden, Plünderung von Geschäften, Zerschneiden von Kabelverbindungen der Sicherheitsorgane, Beschädigung von Verkehrseinrichtungen (z. B. Eingriffe in das Bremssystem der Züge). Vereinzelt wurde die Durchführung großer Terrorverbrechen schriftlich oder mündlich angedroht, aber nicht realisiert. (z. B. Entgleisung des D-Zuges von Prag nach Moskau) Die materiellen Schäden belaufen sich auf insgesamt ca. 4.500.000 Kronen (Prag 3.850.000 Kronen);

Bau von Barrikaden unter Verwendung von Fahrzeugen, Pflastersteinen, Sitzbänken, Kabelrollen, Betonrohren usw.;

physische Gewaltanwendung gegen Personen, besonders gegen Angehörige der Sicherheitsorgane sowie Partei- und Staatsfunktionäre (Überfälle). Als Angriffsmittel bei Zusammenrottungen dienten hauptsächlich herausgerissene Pflastersteine und Eisenstangen;

Anwendung von Schußwaffen (Pistolen, MPi). In Prag, Brno und Liberec wurden Angehörige der bewaffneten Kräfte von konterrevolutionären Elementen beschossen und z. T. verletzt.

Die Ausschreitungen, verbunden mit Angriffen auf die bewaffneten Kräfte der CSSR, wurden häufig nach dem Muster linksextremistischer Studentenaktionen im westlichen Ausland organisiert. (Errichtung von Barrikaden, Demolierung von Schaufenstern, Steinwürfen auf Polizisten, Verursachung von Verkehrsstörungen, Zerstören von Fahrzeugen, rhythmische Protestrufe usw.).

Offenkundig ist das methodische Vorgehen sehr stark durch die engen Kontakte von Jugendlichen der CSSR zu westdeutschen Studenten und anderen Jugendorganisationen beeinflusst worden. Am 21.8.69 selbst fand in Frankfurt/Main ein erneutes Treffen zwischen westdeutschen und tschechoslowakischen Jugendvertretern statt, auf den über das Thema "Die Taktik des Straßenkampfes gegen die Polizei" diskutiert wurde.

Auf dem Gebiet der DDR gab es im Zusammenhang mit dem 21.8.69 nur vereinzelte Vorkommnisse, die in der Mehrzahl von CSSR-Bürgern verursacht wurden. Es handelte sich hauptsächlich um provokatorisches Auftreten von Touristen aus der CSSR (antisozialistische Äußerungen, Tragen von CSSR-Fähnchen mit Trauerflor usw.). Im Fischverarbeitungswerk Saßnitz nahmen die Vertragsarbeiter aus der CSSR am 21.8. die Arbeit erst nach

Diskussionen mit Betriebsfunktionären auf. In einigen Fällen versuchten CSSR-Touristen, Hetzflugblätter in die DDR einzuschleusen.

3. Der Einsatz der Sicherheitsorgane zur Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit in der CSSR

Die Sicherheitsorgane der CSSR haben bis auf wenige Ausnahmen, die keinen Einfluß auf den politisch-moralischen Gesamtzustand der eingesetzten Einheiten hatten, die festgelegten und befohlenen Aufgaben zur Unterbindung und Zerschlagung der konterrevolutionären Aktionen konsequent durchgeführt und dabei eine hohe Einsatzbereitschaft gezeigt.

Der Einsatz der Kräfte und Mittel der Sicherheitsorgane erfolgte nach den gegebenen Umständen und Notwendigkeiten. Um die Zusammenrottungen bereinigen zu können, wurden Schlagstöcke, Wasserwerfer und chemische Mittel (Tränengas) eingesetzt. Vor jedem Eingreifen wurden die Demonstranten mit Hilfe von Lautsprechern wiederholt aufgefordert, auseinanderzugehen.

In Prag und Brno erfolgte der Einsatz von Einheiten der Volksarmee mit schwerer Kampftechnik (Panzer und gepanzerte Fahrzeuge), da dort, wie bereits geschildert, am 20. und 21.8. die Einheiten für Öffentliche Sicherheit und der Volksmiliz allein nicht mehr in der Lage waren, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Bei den Auseinandersetzungen wurden 393 Angehörige der Sicherheitsorgane verletzt.

Demgegenüber beträgt die bekanntgewordene Zahl der verletzten Zivilpersonen 33. Vier Zivilisten wurden getötet. Nach dem Stand der bisherigen Ermittlungen ist der Tod der Zivilisten - in allen Fällen durch Schußwaffen herbeigeführt - nicht von Angehörigen der bewaffneten Organe verursacht worden.

Im Verlaufe der Aktionen in der Zeit vom 16. - 24.8.1969 wurden auf dem Territorium der CSR insgesamt 2.414 Personen festgenommen (Prag 1.478). Davon sind 1.873 Personen jünger als 25 Jahre (83 %); 150 Personen sind ohne Arbeitsverhältnis. Von der Gesamtzahl der Festgenommenen sind 416 Personen vorbestraft.

In Brno wurden 469 Personen festgenommen.

In der SSR befinden sich 48 Personen in Haft (244 wurden nach der Vernehmung entlassen).

Bei den Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem 21. August erfolgte auf dem Gebiet der CSSR die Festnahme von 134 Ausländern, denen der Aufenthalt verkürzt oder verboten bzw. die ausgewiesen wurden. Die meisten Ausländer stammten aus Westdeutschland (31), den USA (21), Italien (13), Großbritannien (14), Frankreich (12) und Österreich (13). 7 Ausländer kommen aus Jugoslawien.